

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2021, Teil 1**

Sonderheft Nr. 43



**Fragen und Antworten
zur Restabwicklung
Mittel- und Westdeutschlands
von 1990 bis 2021, Teil 1**

Sonderheft Nr. 43

Fragen und Antworten ... 1990-2021, Teil 1

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Wer führte die Gleichschaltung der öffentlich-rechtlichen Medien der Bundesrepublik Deutschland zu linkslastigen Propagandawerkzeugen durch?	2-11
2. Wie wurden "Die Grünen" bzw. "Bündnis 90/Die Grünen" zu gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung?	11-14
3. Was beabsichtigt man mit den ständigen Kollektivschuldvorwürfen gegenüber den Deutschen?	14-17
4. Wieso gibt es keine angemessene Gedenkstätte für die deutschen Kriegs- und Nachkriegsopfer des Zweiten Weltkrieges?	17-31
5. Weshalb wurden die systematischen Massenverbrechen des Kommunismus fast bis zum Ende des 20. Jahrhunderts beharrlich verwiegen oder verschleiert?	31-34
6. Warum bezeichnen viele Historiker die NATO-Osterweiterung als arglistigen Kriegsplan?	34-37
7. Wer förderte trotz der enormen Kosten die EU-Osterweiterung?	38-39
8. Wie wurde der EURO eingeführt?	39-43
9. Was wurde unternommen, um die Bildung eines EU-Zentralstaates vorzubereiten?	43-51
10. Wieso fördert Genderismus das totalitäre Herrschaftssystem des globalen Terrorimperiums?	51-56
11. Weshalb soll die traditionelle Familie systematisch zerstört werden?	56-62
12. Warum wurde das altbewährte deutsche Bildungssystem abgeschafft?	62-64
13. Wer leitete die Verteidigungsunfähigkeit der deutschen Bundeswehr ein?	64-67
14. Wie sollen die Deutschen um jeden Preis das Weltklima retten?	67-75
15. Was steckt tatsächlich hinter der Pseudo-Rettung des Weltklimas durch die NWO-Klimaspekulanten?	75-81
16. Wieso war die Anti-Kernenergie-Bewegung letzten Endes erfolgreich?	81-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-97

Fragen und Antworten zur Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von 1990 bis 2021, Teil 1

1. Wer führte die Gleichschaltung der öffentlich-rechtlichen Medien der Bundesrepublik Deutschland zu linkslastigen Propagandawerkzeugen durch?

Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Die von der neomarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflussten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten der 68er Bewegung schafften letzten Endes ein kommunistisches Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Der US-amerikanische Journalist und Zeitungspublizist John Swinton (1829-1901) berichtete bereits im Jahre 1883 während einer Rede in New York vor anderen Journalisten über die angebliche Unabhängigkeit der US-Presse (x317/248-249): >>... So etwas gibt es bis zum heutigen Tage nicht in der Weltgeschichte, auch nicht in Amerika: eine unabhängige Presse.

Sie wissen das, und ich weiß das. Es gibt hier nicht einen unter Ihnen, der es wagt, seine ehrliche Meinung zu schreiben. Und wenn er es täte, wüßte er vorher bereits, daß sie niemals im Druck erschiene. Ich werde wöchentlich dafür bezahlt, daß ich meine ehrliche Meinung aus dem Blatt, mit dem ich verbunden bin, heraushalte.

Andere von Ihnen erhalten ähnliche Bezahlung für ähnliche Dinge, und wenn Sie so verrückt wären, ihre ehrliche Meinung zu schreiben, würden Sie umgehend auf der Straße landen, um sich einen neuen Job zu suchen. Wenn ich mir erlaubte, meine ehrliche Meinung in einer der Papierausgaben erscheinen zu lassen, dann würde ich binnen 24 Stunden meine Beschäftigung verlieren.

Das Geschäft der Journalisten ist, die Wahrheit zu zerstören, schlankweg zu lügen, die Wahrheit zu pervertieren, sie zu morden, zu Füßen des Mammons zu legen und sein Land und die menschliche Rasse zu verkaufen zum Zweck des täglichen Broterwerbs. Sie wissen das, und ich weiß das, also was soll das verrückte Lobreden auf die freie Presse?

Wir sind Werkzeuge und Vasallen von reichen Männern hinter der Szene. Wir sind Marionetten. Sie ziehen die Strippen und wir tanzen an den Strippen. Unsere Talente, unsere Möglichkeiten und unsere Leben stehen allesamt im Eigentum anderer Männer. Wir sind intellektuelle Prostituierte. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Presse" in der DDR (x009/335-336): >>>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.

Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...

... Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.

Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.

... Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.

Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.

Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>>Der Journalismus als Herrschafts-Instrument

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizontenerweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungslose, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensicht-

lich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösertigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnisssystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke, Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Atlantische Initiative, American Academy, American Jewish Committee, Deutsche Atlantische Ge-*

sellschaft, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, European Council on Foreign Relations und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefellers Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglösch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen

in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflußten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich

auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen-

sen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weist dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. ...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 14. Oktober 2015 (x893/...): >>**Käufliche Journalisten manipulieren die öffentliche Meinung**

... Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit

Elisabeth Noelle-Neumann sagte vor etwa 20 Jahren anlässlich eines Redaktionsbesuches der FAZ: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Wirklichkeit." Das geschieht durch die systematische Beeinflussung und Steuerung der Massen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Die Gründerin des Umfrage-Instituts Allensbach benannte die Folge eine "Schweigespirale", wenn das Fernsehen ständig Minderheitenmeinungen als Mehrheitsmeinungen darstellt.

Die Bürger präsentieren den Journalisten dafür die Rechnung, indem zwei Drittel der Befragten den Medienleuten mangelnde Objektivität und Glaubwürdigkeit bescheinigen. Die Journalisten werden nicht mehr als ehrliche Makler zwischen Politik, Wirtschaft und Weltgeschehen einerseits und den Bürgern andererseits angesehen. Denn das sind sie nicht. Viele von ihnen sind "gekaufte Journalisten".<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 21. Oktober 2019 folgender Bericht über die Meinungsmanipulation durch die Medien (x1.014/...): >>**Der schmerzliche Verlust der Medien**

Albrecht Müllers Buch "*Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst*"

Rezension von *Wolfgang Bittner*

Es ist nicht das erste Buch, das Albrecht Müller, ehemals aktiver Politiker und seit 2003 Herausgeber des Internetforums NachDenkSeiten zu gesellschaftspolitischen Fragen veröffentlicht hat. Kürzlich ist nun "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst" erschienen, ein außerordentlich wichtiges, aufklärendes Buch. Man will es nicht glauben, aber es ist wahr und beweisbar: Die sogenannten Qualitätsmedien in Deutschland haben in ihrer übergroßen Mehrheit schon lange ihre Bedeutung als Vierte Gewalt und Korrektiv im System der Gewaltenteilung verloren.

Deutlich wird das vor allem, wenn wir die politischen Artikel der marktbeherrschenden Zeitungen lesen, Sender wie den Deutschlandfunk hören oder im Fernsehen die Tagesschau oder das Heute-Journal schauen. Kaum ein kritisches Wort über die Aggressionspolitik der USA und der NATO, dagegen eine permanente Hetze gegen Rußland. Das ist aber nicht das Einzi-

ge, es geht gegen alles, was sich dem verdummenden, zum Teil verlogenen Mainstream entgegenstellt. Und der Mainstream wird von genau diesen Medien gemacht.

Albrecht Müller kritisiert diese herrschende Meinungsmanipulation und Indoktrination, die zur Erosion des demokratischen Rechtsstaats maßgeblich beiträgt, mit treffenden, zum Teil erschütternden Beispielen. Das kostet heutzutage viel Mut und ist ihm hoch anzurechnen. Er stellt fest: "Wir leben in einer Zeit, die wesentlich von neoliberaler Ideologie und ebensolchen Taten geprägt ist, und das genaue Gegenteil wird unter die Leute gebracht. Das ist perfekte Meinungsmache und kein Zufall."

Allein schon die Wortwahl (das "wording") gibt Aufschluß über eine der Methoden bewußter Manipulation. So werden mißliebige Regierungen "Regime" oder "Diktatur" genannt, Baschar al-Assad ist ein "Schlächter", der saudische Meuchelmörder Mohammad bin Salman al-Said bleibt ein Kronprinz. Müller führt siebzehn Beispiele für Manipulationen an, darunter die Verkürzung von Sachverhalten, das Verschweigen, die permanente Wiederholung und Übertreibung, das falsche Expertentum usw.

Des Weiteren lenkt er den Blick auf gravierende Fälle von Meinungsmache sowie auf die entsprechenden Strategien. Ein Beispiel ist die Behauptung eines demographischen Wandels, die zur privaten Vorsorge geführt hat, wodurch den Versicherungen und Banken das Geld der Bevölkerung in die Kassen gespült wurde. Ein zweites Beispiel ist die systematisch betriebene Wende von der Friedenspolitik ("Nie wieder Krieg") zur neuen Konfrontation mit Rußland und damit zu der schon seit Jahren herrschenden Kriegsgefahr in Europa.

Auch die Auflösung der Deutschland AG und die Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne der großen Vermögen wurden von den Medien werbewirksam begleitet. Über die Folgen, nämlich den Verkauf Tausender Unternehmen an zumeist angelsächsische Kapitalgruppen und Hedgefonds wurde der Mantel des Schweigens gebreitet - "Monopoly auf Steuerzahlerkosten".

Die von den Medien betriebene Manipulation betreffe auch das Personal der Parteien, schreibt Müller. Die Spitzenkandidaten der SPD von Rudolf Scharping bis Martin Schulz seien "rauf- und runtergeschrieben" worden, während die "wahrlich nicht fortschrittlichen Personalentscheidungen", die Angela Merkel in der letzte Zeit eingefädelt habe, propagandistisch unterstützt würden: Der Aufstieg von der Leyens zur Präsidentin der EU-Kommission wie auch die Einsetzung Kramp-Karrenbauers, "dieser aus den 1950er Jahren übrig gebliebenen Kalten Kriegerin", als Vorsitzende der CDU und Bundesverteidigungsministerin.

Gut zu wissen ist in diesem Zusammenhang, daß viele der leitenden Journalisten wie auch der führenden Politiker nicht nur Konzerninteressen vertreten, sondern auch US- und NATO-Netzwerken angehören oder nahestehen. Damit läßt sich erklären, zu welchem Zweck und mit welchem Ziel ein beträchtlicher Teil dieser Manipulationen stattfindet. Denn die Frage ist doch letztlich: Wer manipuliert die Manipulierer. So läßt sich dann auch eine Antwort hinsichtlich der Sanktions- und Aggressionspolitik, der fortschreitenden Aufrüstung und Militarisierung finden.

Schon vor Erscheinen des Buches wurden Albrecht Müller und sein Internetforum in der Süddeutschen Zeitung diffamiert. Da hieß es am 13. September 2019 in einem "Streiflicht" unter anderem: "Herr Müller war, lange her, mal Planungschef im Kanzleramt, in der Ära Brandt/Schmidt. Gemeine Kritiker - in wessen Solde stehen sie eigentlich? - sagen ihm nach, er leide, wie mancher ältere Herr, an der Ignoranz der Menschheit, die sich keinen Deut für ihn interessiert, obwohl er doch alles viel besser weiß. Seit Beginn der Regierung Kohl denkt er darüber nach (daher der Name seines Politblogs), warum niemand auf ihn hört, und er kann es sich und seinen Followern einfach nicht erklären."

Wie mit derartigen Medienangriffen umzugehen ist, hat Albrecht Müller bereits 1972 als Wahlkampfleiter Willy Brandts gelernt und praktiziert, als dem SPD-Kanzlerkandidaten seine

uneheliche Geburt und sein Exil vorgeworfen wurden: Keine "vornehme Zurückhaltung", kein demütiges Abducken ob solcher Gemeinheit. Müller ging dagegen offensiv vor, jetzt auch in eigener Sache.

In seinem viel gelesenen Blog schrieb er, in "erprobter Weise" werde versucht, die NachDenkSeiten in die Verschwörungs- und Querfrontecke zu stellen, wobei sein hohes Alter als Herausgeber dazu diene, ihn und sein Forum in ein schlechtes Licht zu rücken.

Er wandte sich an die Leserinnen und Leser mit der Bitte, ihn zu unterstützen und sein Buch zu propagieren.

Das fand große Resonanz, und der Erfolg blieb nicht aus, "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst" liegt inzwischen in allen Buchhandlungen und steht seit dem 21. Oktober auf der Spiegel-Bestsellerliste. "Wir müssen zweifeln und widersprechen", schreibt Albrecht Müller. "Das wird leichter, wenn wir uns mit anderen verbinden. Wenn wir ein eigenes Milieu einer lebendigen Gegenöffentlichkeit schaffen, wenn wir uns austauschen, wenn wir kommunizieren."

Zu wünschen ist, daß diese Antimanipulationsschrift über die "aufgeklärte" Leserschaft hinaus viele Menschen erreicht, die weiter zur Aufklärung beitragen.

Albrecht Müller, "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst. Wie man Manipulationen durchschaut", Westend Verlag 2019, 144 Seiten ... <<

2. Wie wurden "Die Grünen" bzw. "Bündnis 90/Die Grünen" zu gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung?

Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Der staatlich geförderte Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und unterstützte die Herrschaft der religiösen Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten. Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig nicht selten zu den Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen.

Die linksradikalen Gutmenschen und die Massenmedien setzten danach unentwegt Rechtfertigungsgründe wie z.B. Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Rassismus usw. ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.

Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers, von 1998-2005 Bundesaußenminister, auf Lévy's Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen

abzuwickeln. ...<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 10. Januar 2006: >>**Gastprofessur an Elite-Uni**

Fischers neues Leben

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.

In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik.

Fischer arbeite zunächst aber noch an einem Buch über seine siebenjährige Amtszeit als Außenminister und Vizekanzler der rot-grünen Koalition, hieß es. Es soll Anfang 2007 erscheinen.

Die Grünen gehen den Informationen des Blatts zufolge davon aus, daß Fischer sein Bundestagsmandat "demnächst" zurückgeben werde. Gerade hat er sein letztes Parteiamt bei den Grünen niedergelegt, und zwar die Mitgliedschaft im Parteirat.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012: >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. ...

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>... Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen kön-

nen?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/56-57): >>Fisherman's Friends

_ von Jürgen Elsässer

Die Grünen durchlebten in den knapp 40 Jahren ihres Bestehens ein ständiges Auf und Ab. Eine stabile Verankerung in der Wählerschaft konnte bislang nie gelingen, da die Partei dem Volk feindlich gesonnen ist.

... In einem jahrelangen Machtkampf, der schließlich erst 1988 durch die Abwahl der linksradikalen ("fundamentalistischen") Vorstandssprecherin Jutta Ditzfurth entschieden wurde, setzten sich die sogenannten Realos durch. Sie wurden angeführt von Joschka Fischer, der mit 200 ehemaligen Linksradikalen den hessischen Landesverband unterwandert hatte. Der arbeitsscheue Nichtstuer, der "außer strategischem Bücherklau nichts gelernt hatte" (so sein Biograph Christian Schmidt), sah in den Grünen vor allem ein Vehikel für seine Karriere und war deswegen bereit, für eine Machtbeteiligung alle Prinzipien aufzugeben.

So geschah es auch in der ersten rot-grünen Landesregierung ab 1985 in Hessen: Politisch setzte die Fischer-Gang nichts durch, aber alle kamen zu gutdotierten Jobs. Daß die Äppelwoi-Grünen beim nächsten Urnengang 1987 ihr Ergebnis sogar noch steigern konnten (von 5,9 auf 9,4 Prozent), nutzten die Glücksritter als Argument für ihre Linie. Tatsächlich dürfte eher die Tschernobyl-Katastrophe 1986 den Anstieg verursacht haben.

Die Joschka-Jahre

Die Nachwelt wird Joschka Fischer in schillernder Erinnerung behalten. Politisch war er ein Chamäleon und wechselte seine Meinung nach den Moden der Zeit. Konstant blieben die Konturen seines Auftretens: ein proletarischer Macho mit Charme, bullig und einschüchternd gegenüber Andersdenkenden; ein begnadeter Redner im Stile der CSU-Legende Franz Josef Strauß; ein Political Animal mit dem Riecher für Themen und Stimmungen.

In seiner Autobiographie *Mein langer Lauf* zu mir selbst bekannte er: "Fast meine ganze Energie konzentrierte ich auf den politischen Erfolg und ordnete dem Ziel alles andere unter, auch und gerade mich selbst." In diesem Zusammenhang pries er seine "radikale Lebensänderung durch Auswechseln und völliges Umschreiben meiner persönlichen Programmdiskette". Zeitweise hat Fischer nicht nur seine Software ausgewechselt, sondern sich auch an seiner Hardware versucht, seinem Körper. In Vorbereitung auf sein erstes Ministeramt prügelte der wohlgenährte Bonvivant 1998 sein Gewicht um fast die Hälfte herunter.

Statt Zechtouren verschrieb er sich Marathonläufe, statt Rotwein gab es nur noch Mineralwasser. Binnen weniger Wochen schrumpelte das feiste Metzgergesicht ein, die Fettpolster verschwanden, und mit runzelig zusammengezogener Haut glich er bald seiner eigenen Oma. Die Radikalkur hielt er immerhin ein paar Jahre durch; aber schon in seiner zweiten Amtszeit als Außenminister legte Fischer wieder zu. Heute nähert sich sein Leibesumfang dem seines ewigen Kontrahenten Helmut Kohl. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 03/2019 berichtete im März 2019: >>Die Ökodiktatur der Grünen

_ von Jürgen Elsässer

Kein Volk, kein Recht, kein Diesel - das ist erst der Anfang. Die nächsten Stationen dieses Zugs ins Nirgendwo sind schon vorgezeichnet: keine Industrie, kein Strom, keine Demokratie. Auf frappante Weise ähneln die aktuellen Entwicklungen einem alten Plan.

Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates. "Dieses Programm ... soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln", skizzierte Henry Morgenthau die Leitlinie seiner Überlegungen.

... Auf unheimliche Weise zeichnen sich im wiedervereinigten Deutschland Entwicklungen ab, die an den Morgenthau-Plan erinnern:

Denazifizierung: Je größer der zeitliche Abstand zu Hitler-Deutschland wird und je weniger alte Parteigenossen noch leben, um so wilder rast der Furor eines faktenbefreiten Antifaschismus. Positionen, die 60 Jahre lang in der CDU/CSU mehrheitsfähig waren, stehen mittlerweile unter Nazi-Verdacht.

Demilitarisierung: Was Morgenthau nicht schaffte, gelingt Ursula von der Leyen mit ihren Beratern von McKinsey mühelos. Die Bundeswehr ist nur noch ein Schrotthaufen, die meisten Panzer stehen in der Werkstatt, Kampfflugzeuge müssen zur Rundumsanierung am Boden bleiben, bei Manövern werden fehlende Geschützrohre durch Besenstiele ersetzt. Die Rüstungsschmiede Heckler & Koch darf das Standard-Sturmgewehr G36 nicht mehr produzieren, der einstige Großwaffenlieferant Thyssenkrupp steht vor der Zerschlagung.

Deindustrialisierung: Die "vollständige Demontage des Ruhrgebietes", einer der Kernpunkte des Morgenthau-Plans, ist seit der Wiedervereinigung zügig umgesetzt worden. Im Dezember 2018 wurde die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Die gesamte Region ist zum Armenhaus der Republik verkommen, in ihren No-go-Areas herrschen muslimische Banden, die Infrastruktur verfällt.

... Die neuerlichen Attacken sollen die verbliebenen Zentren der Wertschöpfung attackieren - die Automobil- und die Energieproduktion.

Die immer weiter um sich greifenden Dieselfahrverbote treffen den deutschen Exportschlager schlechthin. In dieser Technologie ist Made in Germany führend. Bezeichnenderweise begann der Abgasskandal in den USA mit Klagen gegen VW und andere deutsche Konzerne. Die Steilvorlage wurde dann hierzulande von den Grünen und ihren Vorfeldorganisationen aufgenommen. Mit der neuen EU-Schadstoffverordnung geht es ab 2021 auch den Benzinern an den Kragen. Die dann geltenden Grenzwerte richten sich gezielt gegen die PS-starken Premiumfahrzeuge aus Bayern und Baden-Württemberg - von Kleinwagen, wie sie vorwiegend in Italien und Frankreich produziert werden, können sie zur Not erfüllt werden.

Das von Bund und Ländern kürzlich beschlossene Kohle-Aus ab dem Jahr 2038 vernichtet den letzten Rest einer eigenständigen Energiebasis - und zigtausende Jobs in den Tagebauländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Deutschland ist dann abhängig von Sonne und Wind, deren Stromerzeugung je nach Wetter stark schwankt und die Grundlast für Großbetriebe nicht gewährleisten kann - und von Importen aus dem Ausland, die auch aus französischen Atomkraftwerken kommen.

... Die als ökologisches Allheilmittel gepriesene Elektromobilität ist in jedem Fall eine Mompackung: Nicht im Fahrbetrieb, wohl aber in der Batterieherstellung fallen ebenfalls Giftstoffe an. Die Gesundheit der Kinder, mit der hochmoralisch etwa die aktuellen Fahrverbote begründet werden, spielt im Falle der E-Autos keine Rolle: Beim Abbau des für sie benötigten Kobalts im Kongo schufteten minderjährige Arbeitssklaven unter hochtoxischen Bedingungen in den Minen von Konzernen und Warlords. ...

Die Aussage "Es gibt kein Volk" stammt nicht von linksradikalen Eiferern wie Claudia Roth, sondern vom schicken Hoffnungsträger Robert Habeck, der gerade zum Politiker des Jahres 2018 gekürt wurde. ...<<

3. Was beabsichtigt man mit den ständigen Kollektivschuldvorwürfen gegenüber den Deutschen?

Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete später über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/244-249,254-256): >>... Die Kollektivschuld (ist) das Negativ des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ist sie wie im Nachkriegsdeutschland, zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts geworden, so kann man analog zu den individuellen psychi-

schen Prozessen von einem kollektiven malignen Introjekt sprechen.

Diese autodestruktive Introjekt, also die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit, Gefährlichkeit usw. der Werteprinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekennnisse und Bußrituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: die moralische Haltung verschafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl ...

Sie bringt zu ihrer Erhaltung das Opfer materieller Ausbeutbarkeit und genießt deshalb große Anerkennung von seiten der Ausbeuter, und weil sich die Aggression gegen das eigene Kollektiv wendet, viel Lob wegen dessen Harmlosigkeit von seiten potentieller oder ehemaliger Gegner ...

Die Übernahme der Kollektivschuldthese als zentrales Konzept einer Sozialpathologie, deren dominierendes Kennzeichen eine kollektive masochistische Moral ist, stellt einen komplexen Komplex dar, dessen Voraussetzung die Zerstörung der kollektiven Schutzmechanismen (Verleugnung und Idealisierung von Nationalbewußtsein und -stolz) ist.

Die kollektive masochistische Moral (wir sind ein gefährliches, für Diktatur anfälliges barbarisches Volk, daß vor sich selbst geschützt werden muß und hierfür das Nationale abstreift) stellt einen Abwehrmechanismus dar, der den Siegermächten die beruhigende Außenseite der Selbstdestruktion einschließlich unbegrenzter materieller Opfer anbietet und dahinter eine grandiose Moralposition entwickelt, deren Arroganz durch die demutsvolle Seite verborgen wird und die durch Kollektivschuld und masochistische Moral als Negativ des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls dieses verbirgt. ...

Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die flagellantischen (geißlerischen) Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freud beschrieben hat.

Das als äußere Realität vernichtete totalitäre System entsteht in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben in Gestalt negativer identifikatorischer Prozesse anbietet, wie im Kampf der 68er Generation gegen die Naziväter mit der "Militanz" das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.

Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pedant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien weitverbreiteten Meinungsterrors, exekutiert zum Beispiel an Nolte, Jenninger, Heitmann, Annemarie Schimmel, Walser, mit dem ein großer Teil des Wahrheitsspektrums unterdrückt wird. ...

... Die Geschichtsindoktrination durch die Sieger und das Verstummen der Kriegsgeneration der Enttäuschten, Gefoppten, Geschlagenen, Diffamierten, die mit einer Minderheit von Verbrechern konfundiert wurde (siehe die Reemtsma-Ausstellung, in der eine ganze Generation als Bestandteil einer Verbrecherorganisation dargestellt wird), haben die im Wohlstand aufgewachsenen Söhne der Kriegsgeneration ihren Eltern entfremdet, ihnen ein verzerrtes Geschichtsbild, gleichzeitig aber das Hochgefühl der beschriebenen masochistischen Moral vermittelt, das sie so resistent gegen Wahrnehmungskorrekturen macht.

Diese unter komfortablen Bedingungen lebende Nachkriegsgeneration verstand die Lebensbe-

dingungen ihrer Eltern nicht und wurde an deren Verständnis auch durch das die Vergangenheit entwertende Geschichtsbild (die Reduktion der Geschichte auf Hitler und Auschwitz) verhindert. So blieb der Kriegsgeneration, welcher der Mut zur Gegenwehr abhanden gekommen war, in dem verkürzten Verständnis der Nachkommen nur die Alternative, als Verbrecher oder politische Dummköpfe zu erscheinen.

Diese Nachfolgegeneration entwickelte einen unlimitierten Hochmut gegenüber der Elterngeneration und verlor darüber jegliches differenzierende Geschichtsverständnis zugunsten der die Kollektivschuld stützenden masochistischen Moral. Weil diese differenzierte Betrachtungen ersetzen und die belohnungsträchtige masochistische Moral stützen mußte, wurden und werden bis heute widerstrebende Betrachtungsweisen von der Mehrzahl der publizierenden Öffentlichkeit bekämpft. Die Generation der 68er kann deshalb vorläufig die Lebenslüge eines verzerrten Menschen- und Weltbilds aufrechterhalten und verteidigen, obwohl es so unabweisbar gescheitert ist.

Weite Felder der Wahrheit gelten deshalb als obszön und werden auch in totalen Systemen unterdrückt. Die Mechanismen dieser Unterdrückung sind einfach; die herrschende Ideologie und ihre masochistische Moral, Wächterin der Kollektivschuld, bedrohenden Inhalte müssen lediglich mit Vokabeln wie rechtsradikal, populistisch (ein Synonym für die Kundgabe kollektiv unterdrückter Wahrheiten) belegt werden. ...

Die inneren Bedingungen der inzwischen staatstragenden 68er Generation sind ihr zu großen Teilen gemeinsam. Sie haben eine wichtige Bedeutung für das Verständnis der beschriebenen Mechanismen. Gemeinsam ist ihr die schwere Störung der Identifizierung mit der Vatergeneration: viele waren vaterlos aufgewachsen, weil ihre Väter im Krieg gefallen oder in der Gefangenschaft verhungert waren; konnten sich aber wegen der totalen materiellen und moralischen Niederlage des Staatsgebildes, für das die Väter ihr Leben geopfert hatten, nicht mit ihnen als Helden identifizieren, wie das sonst in und nach Kriegen üblich ist und auch Waisenkindern noch zu einer für die Persönlichkeitsentwicklung wichtigen positiven Identifikation mit den toten Vätern verhilft.

Diejenigen, welche das Glück hatten, ihren Vätern nach dem Krieg wieder zu begegnen, erlebten Beschädigte, Gedemütigte, Beschämte und deshalb Verstummte, deren einzige Chance, die Selbstachtung wiederzugewinnen, war, das zerstörte Land und die eigene Existenz wiederaufzubauen. Dies aber entfernte sie eher weiter von ihren Kindern, welche zwar die wiederkehrende Wohlhabenheit selbstverständlich genossen, aber den Vätern die Schwierigkeit, sich mit ihnen positiv zu identifizieren, nicht verziehen, vielmehr sie unter dem Einfluß der Geschichtsschreibung der Sieger, die ihre Wahrnehmungsmatrix wurde, zu hassen und zu verachten begannen.

Statt dessen suchten sie sich andere, starke Väter, die, in Antithese zu ihrer Vatergeneration, welche mit einer "rechten" Politik gescheitert waren, "links" sein mußten, und so vielen sie dem Sozialismus, genauer dem Stalinismus und dem Maoismus, also ebenfalls totalitären Strukturen zum Opfer, die sie mit Hilfe von Verleugnung und Verkehrung ins Gegenteil sowie mit der Idealisierung, die sie ihren eigenen Vätern versagen mußten, verklärten. ...<<

>>... Untersucht man das verbreitetste psychoanalytische Fachblatt, so findet sich dort zwar ein respektabler Anteil von über zehn Prozent historisch-politisch-soziologischen Themen, aber sie beschränken sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit, auf Holocaust und Rechtsradikalismus. Die gesellschaftliche Realität kommt (darüber hinaus) nicht vor.

Natürlich ist auch die wissenschaftliche Betrachtung der Kollektivschuld wegen mangelnder kritischer Distanz kein Gegenstand. Dabei ist deren Ursache, Einbettung und Verflechtung in einem komplexen historischen Kontext gerade im Zusammenhang unbewußter kollektiver Prozesse ein unentbehrlicher Bestandteil des Verständnisses deutscher Nachkriegsmentalität und ihrer konkreten geschichtlichen Folgen.

Betrachtet man nämlich die Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges, so waren die physische Bedrohung (mehrere Millionen starben an Hungerfolgen, nicht zuletzt, weil die Alliierten anfangs die vorhandenen Nahrungsmittel der Bevölkerung vorenthielten) und der drohende Identitätsverlust mit Niederlage, Entwertung und Demütigung eine bedrohliche Situation, die massive Abwehr provozieren mußte.

Die kollektiven psychosozialen Sofortmaßnahmen waren, psychoanalytisch gesprochen, manische Abwehr und aus deren materiellen Folge der legendäre Wiederaufbau sowie Verleugnung der traumatischen Vergangenheit und Gegenwart, beides die Alternativen zu einer kollektiven Depression, wie sie erst später schleichend, verschleiert, als Generativitätsverweigerung zutage trat.

Das Kollektivschuldintjekt bot in der prekären Nachkriegssituation die Chance einer pathologischen Identität auf sadomasochistischem Niveau. Wie auch jede individuelle Psychopathologie stiftete sie einen "Leidengewinn", genauer eine Reihe wichtiger Vorteile: sie schützte vor kollektiver Depression und Verzweiflung, sie bot den Schutz der Identifikation mit dem Aggressor, das heißt mit den Siegermächten, welche diese Form der Unterwürfigkeit mit Wohlwollen und, soweit es sich um die USA handelte, auch mit materiellen Zuwendungen belohnten. Die kollektive Selbstbeschuldigung war ein wichtiges, vielleicht das einzige Mittel, von den Alliierten, denen gegenüber völlige Abhängigkeit bestand und besteht, akzeptiert zu werden.

Die Kollektivschuld und ihr kollektives intrapsychisches Täterorgan, die masochistische Moral, boten mittels der Anwehrmechanismen der Verkehrung ins Gegenteil und der Reaktionsbildung die Chance, eine Haltung der absoluten Friedlichkeit zu entwickeln. Die masochistische Moral lieferte auch mit dem in der Niederlage verlorengegangenen Überlegenheitsgefühl eine Immunität gegenüber Anklagen, Entwertungen und Beschuldigungen: hierin ist die masochistische Moral allemal schneller, unüberholbar und deshalb unverletzbar.

Kollektivschuld und masochistische Moral wurden so auch zum Eintrittsbillett in die Völkergemeinschaft. Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt. Insbesondere die aus schlimmer Erfahrung hellwachen Juden spüren den Abwehrcharakter der kollektiven masochistischen Moral und bleiben mißtrauisch.

Kann man die Verankerung der Kollektivschuld als eine unausweichliche pathologische kollektive Abwehrform in einer traumatischen historischen Situation verstehen, analog zu individuellen Neurosen, so müssen, ebenfalls in Analogie zu individuellen neurotischen Syndromen und damit verbundenen Ich-Einschränkungen als Tribut an die neurotische Konfliktlösung, die Kosten der Sozialpathologie Nachkriegsdeutschlands gesehen werden.

Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<

4. Wieso gibt es keine angemessene Gedenkstätte für die deutschen Kriegs- und Nachkriegsopfer des Zweiten Weltkrieges?

Andreas von Schoeler (von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main) berichtete am 12. November 1992 in der Frankfurter Rundschau (x354/54): >>... Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<<

Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schrieb am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkort überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-80): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das ... Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der amerikanischen Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt.

Man stelle sich das Klagegeschrei in den USA gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden. ...<<

Lennart Meri (von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden - aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute

keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...

Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.

Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feindseligen Mehrheit beruht.

Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>Woher nur die Lust an der Grausamkeit?

... Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert. ...

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig - oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann, SPD, warb vor der Abstimmung für den US-Architekten Eisenman und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre.

...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Der regierende Bürgermeister Berlins, Diepgen, soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch." << Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus.

Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh - eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin - plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Merkur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer: >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**

Außenminister Joschka Fischer, Grüne, sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. ...

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. ...<<

Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärte in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>... Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>**"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch**

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend - vor allem auf die historische Forschung - und moralisch diskreditierend, weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine, werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>... Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.

Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayt, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<

Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart**

Wehe den Besiegten

... Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration ste-

hen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruieren eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte. Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert. ...

Das "Wehe den Besiegten" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.

Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde.

Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung. Mit Verfassungsschutzinstitutionen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. ...

"Wehe den Besiegten": ... Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<

Alt Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>... Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" (x318/80-82): >>... Und heute? ...

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland

für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxe Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

Der CSU-Politiker Carl-Dieter Spranger (von 1991 bis 1998 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) schrieb am 1. Juni 2015 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x358/5): >>... Doch nicht nur die deutschen Soldaten, sondern alle Opfer des Zweiten Weltkriegs haben diese deutschen Repräsentanten vergessen und beschwiegen: Die vielen Millionen toter deutscher Männer, Frauen und Kinder, getötet, ermordet, verhungert, verbrannt, vergewaltigt, erfroren, verstorben - im Krieg, bei Flucht und Vertreibung, im Bombenterror, in den Straf- und Konzentrationslagern der Sowjetunion und des früheren Ostblocks oder in amerikanischen Gefangenenlagern wie in den Rheinwiesen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete im Oktober 2019 über die Opfer der alliierten Luftangriffe gegen Dresden (x358/27-29): >>**Die Dresden-Lügen**

_ von Jan von Flocken

Die Opfer des angloamerikanischen Bombenterrors vom Februar 1945 werden seit der Wiedervereinigung systematisch verhöhnt. Staat und angeschlossene Medien übertreffen sich in einem unwürdigen Gefeilsche, um die Zahl der Toten kleinzurechnen.

161 deutsche Städte versanken während des Zweiten Weltkriegs im Bombenterror aus der Luft - von Köln bis Magdeburg, von Pforzheim bis Potsdam.

Ein besonders grausiges Fanal setzte die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt, des europäischen Kulturzentrums Dresden am 13./14. Februar 1945 durch US-amerikanische und britische Bombergeschwader. Bei diesem Angriff wurde die Stadt zu zwei Dritteln zerstört.

Terror nur gegen Zivilisten

Den beteiligten Besatzungen der 1., 3. und 5. Bomber Group wurde in ihrer Einweisung am Vormittag des 13. Februar verkündet: "Dresden besitzt wie andere Großstädte ein umfangreiches Netz von Telefon- und Eisenbahnverbindungen und ist von großer Bedeutung für die Kontrolle der Verteidigung.

Außerdem sei die Stadt "mit westwärts strömenden Flüchtlingen überfüllt, und es sind Unterkünfte nunmehr sehr begehrt". Der Angriff erfolge auch, "um den Russen zu zeigen, was das Bomber Command anrichten kann".

Tatsächlich richtete das Bomberkommando Schauerliches an. Die Zivilbevölkerung wurde regelrecht hingeschlachtet. Nur der einzig strategisch wichtige Punkt, der Flughafen Dresden-Klotzsche mit den benachbarten Kasernen und Materiallagern, blieb von den Angriffen verschont. Auch die Bombardierung des Verkehrsknotenpunktes Dresden spielte im Hinblick auf die Auswirkungen nur eine Nebenrolle. Schon nach 48 Stunden konnte der Verkehr auf den

Hauptgleisen wieder aufgenommen werden.

Die Zahl jener Menschen, die damals den Bombenangriffen zum Opfer fielen, wird sich nie exakt ermitteln lassen. 1939 zählte die Stadt 629.000 Einwohner.

Fünf Jahre später waren noch 567.000 Personen erfaßt. Belegt ist, daß sich nach dem Vorstoß der Roten Armee im Januar 1945 mehrere zehntausend Flüchtlinge aus Schlesien (die Schätzungen reichen bis zu 500.000) in der Stadt aufhielten; hinzu kamen noch tausende Evakuierte aus anderen Landesteilen.

Wegen dieser Unklarheiten hielten sich Historiker auch bis Ende der 1980er Jahre weitgehend mit genauen Zahlenangaben zurück. Das sei an drei Beispielen der bundesdeutschen Geschichtsdarstellung aus dem Jahr 1988 illustriert. In der Chronik des Jahres 1945, herausgegeben vom Dortmunder Harenberg Verlag, hieß es: "Die Schätzungen belaufen sich auf 60.000 bis 245.000 Tote". In seinem Werk *Geschichte des Zweiten Weltkriegs* schrieb Mathias Färber von "einer Feuerhölle, in der nach zuverlässigen Ermittlungen etwa 100.000 Menschen ums Leben kamen". Und in der Chronik der Menschheit ist die Rede von "mindestens 60.000 Menschen. Schätzungen reichen sogar bis zu 245.000 Opfern".

Die mehrfach genannte Zahl 245.000 basiert auf einer Ermittlung der Joint Relief Commission des Internationalen Roten Kreuzes aus dem Jahr 1948.

Sehr wahrscheinlich hat man sich hier auf übertriebene Darstellungen der Nazi-Propaganda zu unkritisch eingelassen. 1954 unternahm das Statistische Bundesamt in Wiesbaden den Versuch, aufgrund des vorhandenen Schriftmaterials eine Bilanz der deutschen Verluste im Luftkrieg 1939-1945 zu verfassen. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß in Dresden etwa 60.000 Menschen dem Bombenterror zum Opfer fielen.

Die Deutschen als sogenanntes Tätervolk

Seit der Wiedervereinigung 1990 herrscht jedoch in der Politik das bizarre Bestreben, die Deutschen als beispiellos ruchloses Tätervolk zu brandmarken und im Gegenzug etwaige deutsche Opfer entweder zu bestreiten oder ihre Zahl so gering wie möglich zu halten. Der DDR-Historiker Olaf Groehler, ein profunder Kenner der Materie, schrieb 1990 in seinem Kompendium *Bombenkrieg gegen Deutschland* noch zurückhaltend:

"Aufgrund der Bergung von Opfern ... kann aber davon ausgegangen werden, daß die Zahl der bei diesen Februarangriffen auf Dresden ums Leben gekommenen Personen mindestens bei 30.000 liegt; sie kann sich jedoch auch auf 40.000 belaufen."

Allerdings verwickelt sich Groehler hier in Widersprüche, wenn er sich auf den Bericht des Befehlshabers der deutschen Ordnungspolizei vom 22. März 1945 beruft. In diesem Rapport ist von bisher 18.375 geborgenen Toten die Rede, aber auch von 35.000 als vermißt gemeldeten Personen, die in größter Zahl unter die Toten zu rechnen sein dürften.

Als 2002 Jörg Friedrichs Buch *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945* erschien und der Autor schrieb, die Alliierten hätten an einem "entlegenen und unerheblichen Ziel" wie Dresden ihre Macht demonstrieren wollen und er überdies die Zahl der Todesopfer mit 40.000 bezifferte, schritt die Politik ein. Es begann ein unwürdiges Gezerre und Gefeilsche. Daß tausende Menschen durch den Feuersturm vollständig verbrannt waren und nicht mehr als Tote registriert werden konnten, wurde als Legende abqualifiziert.

Auch die verheerenden Angriffe amerikanischer Tiefflieger an den Elbwiesen hätten nie stattgefunden - all dies sei eine kollektive Halluzination der Dresdner Bevölkerung gewesen. Sogar das Argument, in den Berichten von Besatzungen der US-Luftwaffe wären keinerlei Vorstöße im Tiefflug auf wehrlose Zivilisten vermerkt, ist nicht zu billig, um herangezogen zu werden. Groehler hierzu: "Das klingt wenig wahrheitsgetreu, denn rühmens- und berichtenswert mochte auch den amerikanischen Piloten diese Art von Luftkriegführung nicht erscheinen."

Um ein kanonisch wirkendes und möglichst niedriges Maß an Todesopfern zu dokumentieren,

wurde von der Politik eine Historikerkommission eingesetzt, die am 17. März 2010 in ihrem Abschlußbericht wunschgemäß zu dem Ergebnis kam, es seien "bislang etwa 18.000 Dresdner Luftkriegstote nachgewiesen worden". Man gehe von "maximal 25.000 Menschen aus", die ums Leben gekommen seien.

Kaum war der Bericht erschienen, tauchten Dokumente auf, wonach damals 20.100 Leichen namentlich und 2.600 anonym bestattet worden seien. Flugs mußte die Mindestzahl korrigiert werden. Doch das Quantum von 25.000 zu bezweifeln, ist heutzutage schon fast ein strafbares Delikt.

Immerhin beschleichen manche Publizisten doch Zweifel, was den Fall Dresden 1945 betrifft. Der politisch überaus korrekte Bertelsmann-Verlag läßt seine Autoren in einer Neuen Chronik der Weltgeschichte (2010) zu dem Resultat gelangen: "Mehr als 35.000 Menschen kamen ums Leben."

Wem diese Zahlenakrobatik angesichts unschuldiger Opfer zu geschmacklos erscheint, darf sich auf das Standardwerk des Historikers Janusz Piekalkiewicz über den Zweiten Weltkrieg berufen: "Der Angriff auf Dresden hat weder den Krieg verkürzt noch den Vormarsch der Sowjets beeinflußt. Die Stadt liegt selbst am Tage der Kapitulation noch immer nicht im unmittelbaren Kampfgebiet." Der britische Philosoph und Historiker Anthony C. Grayling schreibt in seinem Buch Die toten Städte 2007:

"Das Ausmaß der Gleichgültigkeit gegen Menschenleben und menschliches Leid, das sich darin zeigt, daß man eine ganze Stadt bombardiert, bloß um eine Kaserne oder Fabrik zu zerstören, bleibt schuldhaft." Die Zahl der Opfer in Dresden berechnet Grayling übrigens mit "über 30.000".

Ausradiert

In Dresden gab es zum Zeitpunkt der Bombardierung insgesamt 38.964 Wohngebäude.

Davon wurden zerstört:

11.916 total (30,5 Prozent),

1.525 schwer (3,9 Prozent),

1.374 mittelschwer (3,5 Prozent),

9.867 leicht (25,3 Prozent).

805 angloamerikanische Flugzeuge warfen 1.472 Tonnen Sprengbomben und 1.262 Tonnen Brandbomben ab.

_ Jan von Flocken ist Historiker und Buchautor und schreibt regelmäßig in COMPACT zu geschichtlichen Themen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete im Oktober 2019 über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x358/46-49,52-53): >>**Flucht**

und Vertreibung

_ von Alfred M. de Zayas

Die Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland und anderen Gebieten im Osten zählt zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Millionen verloren ihre Heimat - und oft auch ihr Leben.

"Homo homini lupus", schrieb der römische Dichter Plautus in seinem (Werk) "Asinaria": Seit Jahrtausenden geht der Mensch unmenschlich mit anderen Menschen um. Seit Jahrtausenden werden Menschen benachteiligt, diskriminiert, unterjocht, ausgebeutet, versklavt, vertrieben, massakriert. Sowohl in Imperien als auch in Demokratien grassiert der Rassismus. So wie es Rassismus gegen Afrikaner, Asiaten oder Aborigines gegeben hat und noch gibt, so gibt es seit Langem auch antideutschen Rassismus.

Der lateinische Spruch "Audacter calumniare, semper aliquid haeret" bekommt eine besondere Bedeutung in der Geschichtsschreibung. Mit der Anschuldigung, Kriegsverbrechen begangen zu haben, werden ganze Völker diffamiert - und oft entsteht so eine starre Täter-Opfer-

Schablone. Tatsächlich bleibt immer etwas hängen, egal wie absurd oder ungerecht die Unterstellungen sind. Es bleiben ein Schatten, ein Zweifel, eine Abneigung - es sei denn, daß man begreift, daß Verbrechen nicht nur von einer Seite begangen worden sind.

Verbrechen gegen die Menschheit

Audiatur et altera pars - man soll alle Seiten hören, alle Fakten und Ansichten berücksichtigen. So ergibt sich die Frage: Es ist unbestritten, daß die Deutschen im Ersten und Zweiten Weltkrieg schwere Verbrechen begingen - doch wie verhielten sich Amerikaner, Briten, Franzosen, Russen, Polen? Diese Frage ist nicht nur legitim, sondern ethisch. Dabei geht es keinesfalls um Aufrechnung oder Relativierung, sondern um Wahrheit - um eine umfassende und kontextualisierte Darstellung der Historie.

Im Bereich der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit ("Verbrechen gegen die Menschlichkeit" ist eine falsche Übersetzung aus den Englischen) bekommt man den Eindruck, als ob die Deutschen - oder genauer: die Nazis - ein Copyright auf solche Untaten hätten. Die Filme, Bücher, Artikel, Theaterstücke über die Verbrechen, die von den Nationalsozialisten verübt wurden, kann man kaum noch zählen. Die Perzeption (Wahrnehmung) der Geschichte - und die heute zu ziehenden Konsequenzen - werden verfälscht, wenn nur die eine Seite beleuchtet wird und die Verbrechen von anderen systematisch verschwiegen werden.

Zuweilen werden Historiker, die versuchen, sie zu enthüllen, vom Mainstream dreist als "Revisionisten" oder gar "Rechtsradikale" beschimpft. Unter jenen, die bemüht sind, alle Seiten zu berücksichtigen, befinden sich Horst Boog, Christopher Clark, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Norman Naimark, Stefan Scheil, Gerd Schultze-Rhonhof, Franz W. Seidler und der Verfasser dieses Beitrages. Da alle Opfer von Gewalt dieselbe Menschenwürde besitzen, darf hier nicht selektiert und diskriminiert werden. Dies tun aber viele Journalisten, Juristen, Politiker und auch Geschichtsforscher, deren Schwarz-Weiß-Malerei im Kern menschenverachtend ist.

Quellen, Archive und Zeitzeugen

Das wahrscheinlich größte Verbrechen an Deutschen war die Vertreibung von insgesamt etwa 15 Millionen Reichsdeutschen aus den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Ober- und Niederschlesien, aus dem Freistaat Danzig, sowie Volksdeutschen aus den altpolnischen Gebieten, aus Böhmen, Mähren, Slowakei, Ungarn und Jugoslawien in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges und vor allem nach dem Krieg bis 1949.

Damals wurde nicht nur ein Viertel des deutschen Reichsgebietes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 unter fremde Verwaltung gestellt, die dort seit 700 Jahren lebenden Deutschen wurden auch enteignet und massenhaft vertrieben. Dies ist ein beispielloses Verbrechen, das nach den Studien des Bundesarchivs, des Statistischen Bundesamtes und des Bundes der Vertriebenen mehr als zwei Millionen Menschen das Leben kostete - und Traumata und unheilbare Wunden bei den Überlebenden hinterließ.

Im Bundesarchiv lagern abertausende Erlebnisberichte von Vertriebenen, darunter viele von Nachkommen der Ermordeten und von Frauen, die vergewaltigt worden waren. Diese enorme Dokumentation, die in den späten 1940er und in den 1950er Jahren zusammengetragen und von Archivaren in Auswertungsbögen erfaßt wurde, ist bisher von deutschen und ausländischen Historikern nur zum Teil ausgewertet worden. Daraus entstand in den 1960er Jahren die achtbändige Dokumentation der Vertreibung, herausgegeben von Prof. Hans Rothfels und Prof. Theodor Schieder.

Auch meine Bücher Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten (Kohlhammer, 1986), Die Nemesis von Potsdam (Herbig, 2005) und 50 Thesen zur Vertreibung (Verlag Inspiration, 2008) basieren zum Teil auf diesen Akten sowie auf persönlichen Interviews mit Zeitzeugen, Opfern, Diplomaten, Politikern und sogar Tätern. Im Bundesarchiv lagern ebenso

tausende richterliche Ermittlungen über alliierte Kriegsverbrechen, die von der Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts, einer von Richtern besetzten Behörde, in den Jahren 1939 bis 1945 erstellt wurden.

Diese Akten sind für eine Studie über Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg unerlässlich. Darüber hinaus gibt es in ausländischen Archiven in Washington, London, Bern und so weiter tausende einschlägige Berichte, diplomatischen Schriftverkehr sowie umfangreiches Fotomaterial. Es ist unmöglich, die Megaverbrechen der Vertreibung zu leugnen. Und dennoch gibt es amerikanische, britische, polnische, tschechische und sogar deutsche Negationisten.

Besonders verlustreich waren die Vertreibungen durch polnische Behörden, die sich in keiner Weise an die Bedingungen des Potsdamer Abkommens hielten. Nach Artikel IX des Potsdamer Kommuniqués vom 2. August 1945 wurden die deutschen Ostprovinzen nur unter polnische "Verwaltung" gestellt, und gemäß Artikel XIII sollten die Deutschen "in geordneter und humaner" Weise aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland übersiedelt werden.

Für den Zeitpunkt und die Organisation der Umsiedlung war vor allem der Alliierte Kontrollrat in Berlin zuständig. Gemäß Absatz 3 des Artikels XIII galt ein Vertreibungsmoratorium, bis die Besatzungsmächte in Deutschland für die Aufnahme, Ernährung und Unterkunft der Auszusiedelnden sorgen konnten. Nur Ungarn hielt sich an das Moratorium, und von "geregelt und human" kann nicht die Rede sein, wie ein ausführlicher Bericht des US-Repräsentantenhauses 1950 feststellte.

Keine gerechte Strafe

Besorgniserregend sind die Bestrebungen von sowjetischen, polnischen, tschechischen und deutschen Historikern, die Vertreibung der Deutschen als sozusagen "legal" beziehungsweise als eine "gerechte Strafe" gegen die Deutschen darzustellen.

Ich habe sämtliche veröffentlichten Akten der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam sowie auch die nicht-veröffentlichten sogenannten Minutes (Ergebnisprotokolle) in den Archiven ausgewertet. Ich habe den Verfasser des Artikels IX des Potsdamer Kommuniqués, Sir Dennis Allen, den Verfasser des Artikels XIII, Sir Geoffrey Harrison, und Teilnehmer an der Potsdamer Konferenz interviewt, unter anderem den politischen Berater Eisenhowers Robert Murphy (der das Vorwort von Die Nemesis von Potsdam beisteuerte), den Chef der Mitteleuropa-Abteilung im State Department James Riddleberger und den Diplomaten George F. Kennan befragt. Oder besser:

Ich habe sie befragt und hinterfragt. Aus den Akten und aus den Erklärungen der Konferenzteilnehmer wird deutlich, daß es eben nicht um eine "Strafe" gegen die Deutschen ging, sondern um eine geopolitische Maßnahme.

So schrieb Winston Churchill über die deutsch-polnische Grenze: "Was Polen im Osten verliert, könnte es im Westen gewinnen. ... Ich demonstrierte dann mit Hilfe dreier Streichhölzer meine Gedanken über eine Westverlagerung Polens. Das gefiel Stalin." Was Vertreibungen betrifft, schrieb Geoffrey Harrison am 1. August 1945 an das Foreign Office: "Wir gerieten in eine große Auseinandersetzung, die in der Plenarsitzung behandelt werden mußte. ... Sobolew vertrat die Ansicht, daß der polnische und der tschechoslowakische Wunsch, ihre deutschen Bevölkerungen auszuweisen, einer historischen Mission entspreche, welche die sowjetische Regierung keineswegs zu verhindern suche. ...

Cannon und ich wandten uns nachdrücklich gegen diesen Standpunkt. Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, wollten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden."

Ähnlich äußerte sich der amerikanische Außenminister James Byrnes am 19. Oktober 1945: "Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, aber wir beabsichtigten in

Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikalabel waren, Verpflichtungen einzugehen."

Mit anderen Worten, es ging um eine Art Mission, rein slawische Staaten ohne deutsche Minderheiten zu bilden. Weder in Teheran noch in Jalta oder Potsdam wurde einen Nexus zwischen deutschen Verbrechen und der Vertreibung als Strafe konstruiert. Es ging lediglich um Geopolitik. Die Sowjets behielten die Gebiete, die sie nach dem Hitler-Stalin-Pakt im September 1939 besetzten. Man habe Polen dann eine gewisse "Entschädigung" geben müssen. Und was ist einfacher, als Polen auf Kosten des Verlierers zu entschädigen? ...<<

>>... **Völkerrechtliche Bewertung**

In Kriegszeiten sind Kollektivstrafen gegen Zivilpersonen in der Landkriegsordnung zur IV. Haager Konvention von 1907 ausnahmslos verboten. Die Deportationen, die durch die Nazi-Regierung gegen polnische und andere Zivilpersonen durchgeführt wurden, wurden im Statut des Nürnberger Tribunals (Londoner Abkommen vom 6. August 1945) als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit eingestuft.

Nazi-Politiker und Militärs wurden nach Artikel 6(b) und Artikel 6(c) des Statuts angeklagt: "Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung".

Punkt 3 Abschnitt B der Anklage betraf "Deportation der Zivilbevölkerung", und spezifischer wurde der Tatbestand der Vertreibungen von Polen in den Jahren 1939/40 in Punkt 3 Abschnitt J aufgenommen. Danach wurden die deutschen Angeklagten in Nürnberg verurteilt.

Auch gemäß der UN-Charta und der UN-Menschenrechtspakte stellt jede Vertreibung eine schwere Menschenrechtsverletzung dar, umso mehr, wenn sie aus rassistischen Gründen geschieht. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Millionen deutschen Opfer der Jahre 1944-49 nur deswegen vertrieben wurden, weil sie Deutsche waren.

Vertreibung und Verschleppung können den Tatbestand des Völkermordes erfüllen. Laut Artikel II der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes ist dafür entscheidend, daß die Verantwortlichen in der Absicht handeln, eine bestimmte nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder auch nur teilweise zu zerstören und in dieser Absicht vorsätzlich Mitglieder dieser Gruppen töten, ihnen unerträgliche Lebensbedingungen auferlegen oder andere Tatbestände verwirklichen, die bei Vertreibungen oft erfüllt sind.

Da zumindest einer dieser Tatbestände, nämlich die Zufügung schwerer seelischer Schäden, bei jeder Vertreibung erfüllt ist, sind alle Vertreibungen, die zur zumindest teilweisen Zerstörung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe führen sollen, zugleich auch Völkermorde. Entscheidend ist hier - und das ist wichtig - die (subjektive) Zielsetzung der Zerstörung einer solchen Gruppe und nicht das (objektiv) erzielte Ergebnis. So besagt es der Wortlaut dieser Konvention. Diese Zerstörungsabsicht steht außer Zweifel bei den sowjetischen, polnischen, jugoslawischen und tschechoslowakischen Vertreibungsverbrechen gegen Deutsche.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat in ihrer Resolution 47/121 vom 18. Dezember 1992 die ethnischen Säuberungen, die seinerzeit in Jugoslawien stattfanden, als Völkermord eingestuft. Auch der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien hat Aspekte der dortigen ethnischen Säuberungen als Völkermord eingestuft, namentlich das Massaker von Srebrenica.

Im Fall Bosnien und Herzegowina vs. Jugoslawien vor dem Internationalen Gerichtshof erging am 26. Februar 2007 ein Urteil, in dem das Verbrechen des Völkermordes - etwa in Srebrenica - festgestellt wurde.

Auf der Basis dieser Rechtsprechung läßt sich feststellen, daß die Vertreibung der Deutschen, die mit hunderttausendfachen Morden und Vergewaltigungen um ein Vielfaches schlimmer

war als die Vorgänge im ehemaligen Jugoslawien, kaum weniger als genozidal einzustufen ist. Gemäß Artikel 6 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 gelten Vertreibungen als Genozid. Gemäß Artikel 7 gelten sie auch als Verbrechen gegen die Menschheit. Leider haben die Politiker die Erfahrung der Vertreibung der Deutschen und der ethnischen Säuberungen in Jugoslawien noch nicht verinnerlicht. Lesen wir die Mahnung des ersten UNO-Hochkommissars für Menschenrechte, José Ayala Lasso, in der Paulskirche am 28. Mai 1995: "Ich bin der Auffassung, daß, hätten die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demografischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären."

Schande für die Welt

Zum Schluß sei aus den Artikeln 4-8 der UN-Erklärung über Bevölkerungstransfers, angenommen 1998 von der UN-Menschenrechtskommission, zitiert: "Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben.

... Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demografische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und/oder durch die Seßhaftmachung von Siedlern ... ist rechtswidrig.

Bevölkerungstransfers oder -austausche können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden. ... Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder freien Wahl zurückzukehren. Die Ausübung des Rückkehrrechts schließt das Recht der Opfer auf angemessene Wiedergutmachung nicht aus." (E/CN.4/Sub.2/1997/23).

Es bleibt eine Schande für die ganze Welt, daß die Vertreibungsverbrechen straflos geblieben sind, und daß die Opfer nie eine angemessene Wiedergutmachung erhielten - nicht einmal die soziale und historische Anerkennung, Opfer zu sein.

*_ Prof. Dr. Alfred Maurice de Zayas (*1947) ist US-amerikanischer Völkerrechtler, Historiker und Professor an der Geneva School of Diplomacy and International Relations. Er war als Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerdeabteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte tätig. Von 2012 bis 2018 war er unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung.*

Er hat 14 Berichte an den Menschenrechtsrat und die UN-Generalversammlung vorgelegt, unter anderem über die Theorie und Praxis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und über das Menschenrecht auf Frieden. De Zayas ist Verfasser zahlreicher Gutachten und Bücher zu völkerrechtlichen Fragen sowie Vertreibungsverbrechen und wurde mit mehreren Menschenrechtspreisen ausgezeichnet.<<

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte am 6. Dezember 2019 während ihrer Rede im ehemaligen NS-Vernichtungslager Auschwitz (x354/90): >>... An die Verbrechen zu erinnern, die Täter zu nennen und den Opfern ein würdiges Gedenken zu bewahren - das ist eine Verantwortung, die nicht endet. Sie ist nicht verhandelbar; und sie gehört untrennbar zu unserem Land. Uns dieser Verantwortung bewußt zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 9 berichtete im Januar 2020 über die Luftangriffe der Alliierten gegen Dresden (x359/12-14): >>**Gezielter Beschuß?**

Seit dem Jahr 2000 wird in Dresden eine öffentliche Diskussion geführt, in der sich Zeitzeugen an selbsterlebte Tieffliegerangriffe am 14. Februar 1945 erinnern. ...

Im Folgenden seien deshalb einige Auszüge aus dem "Exclusive Interview - Jimmy Doolittle, Commander in Chief of 8th US-Air Force - On Winning the War in Europe" zitiert:

"Eine andere Sache, die ich anordnete, war die Änderung des Kampfauftrages der Piloten. Aus Furcht vor feindlichen Jägern war ihnen bisher die Berechtigung versagt worden, die Bomber allein zu lassen. Jetzt, da wir eine Menge Flugzeuge hatten, ordnete ich an, daß die Jagdpiloten feindliche Kämpfer ("fighters") am Boden und in der Luft aktiv jagen und zerstören. Die Abschußraten unserer Piloten nahmen drastisch zu, und die Verluste der Luftwaffe an Flugzeugen und, besonders wichtig, an hoch qualifizierten Piloten stiegen so, daß sie sich davon nicht wieder erholten.

Ich befahl Bodenangriffe und den Beschuß des deutschen Transportsystems. Ich forderte von meinen Piloten, alles, was sich bewegte, fliegen konnte oder die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützte, auf der Stelle zu vernichten. (... I told my pilots to kill it in place.) Dieser Entschluß, die Taktik des Luftkriegs zu ändern, brachte Erfolg, aber auch Kritik. Ich meinte, daß der Zweck die Mittel rechtfertigen würde. Die Geschichte möge entscheiden."

Zur Auswirkung dieser Befehlslage auf die Situation der Zivilisten äußerte sich General Chuck Yeager. Er war im Zweiten Weltkrieg Kampfpilot der 8. US Airforce (8. US-Luftflotte). In seinen autobiografischen Erinnerungen schildert er seine Sichtweise auf die Kampfeinsätze der Jahre 1944/45 gegen Deutschland: "Der Zermürbungskrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung war eingeläutet worden.

Niemand stellte die Frage, ob wir die Deutschen wirklich demoralisierten, oder ob sie in einer Trotzreaktion ihrerseits alle Kräfte freimachten, um die Kriegsmaschinerie der Nazis noch einmal anzukurbeln. Man fragte uns auch nicht, wie uns zumute war, wenn wir Zivilisten niederschossen.

Diese Einsätze waren schmutziger Krieg, und wir fühlten uns unwohl dabei. Aber keiner von uns weigerte sich mitzumachen. Und wenn sich einer dagegen gesträubt hätte, wäre er wahrscheinlich vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Ich weiß noch, wie ich bei der Flugvorbesprechung Oberstleutnant Donald Bochkay zuflüsterte: "Wenn wir so was machen, können wir bloß hoffen, daß wir diesen Krieg gewinnen, ansonsten gnade uns Gott."

Dieser Ansicht bin ich auch heute noch. Jeder Krieg an sich ist unmoralisch; es gibt keinen "sauberen" Krieg. Sobald Armeen gegeneinander kämpfen, ist der Krieg total. Wenn wir Greuelthaten begingen, dann schlicht und einfach, weil wir den Befehl dazu hatten. Und die da oben, von denen die Einsatzbefehle kamen, rechtfertigten sich vielleicht damit, daß man im Krieg nicht so einfach unterscheiden konnte zwischen der unschuldigen Zivilbevölkerung und dem Militärapparat.

Ein Bauer, der sein Feld bestellte, trug zum Beispiel zur Verpflegung der deutschen Truppen bei. Und weil die deutschen Industrieanlagen völlig zerbombt waren, kam der Nachschub jetzt aus den Dörfern. Im ganzen Land wurden in Heimarbeit und in kleinen Werkstätten Munition und Waffen produziert.

Damit entschuldigten die Briten die großflächige Bombardierung ziviler Ziele mit Brandbomben. Im Krieg nimmt das Militär selten Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, und oft zielen militärische Maßnahmen aus strategischen Erwägungen sogar absichtlich auf die Zivilbevölkerung ab. Das war bisher in jedem Krieg so und wird auch in Zukunft so sein. Es liegt einfach im Wesen des Krieges selbst. Ich bin, weiß Gott, nicht stolz auf diese Einsätze gegen Zivilisten. Aber sie lassen sich nicht ausradieren aus dem Gedächtnis und den Geschichtsbüchern!" ...

Konkrete Beobachtungen

Am 14. Februar 1945 muß in der Zeit von 10 bis 11 Uhr eine Gruppe von drei bis vier Jagdflugzeugen wenigstens dreimal das Gebiet der Elbauen vom Ostragehege bis Laubegast und die südlichen Bereiche Dresdens überflogen haben. Dabei wurde mit Bordwaffen auf Perso-

nen geschossen. Von Toten und Verwundeten wird berichtet.

Ein Augenzeuge erlebte zwei Tieffliegerangriffe: den ersten am Vormittag und den zweiten am frühen Nachmittag des 14. Februar 1945 während einer Lkw-Fahrt auf dem Weg nach Kreischa. Dabei wurde eine der mitfahrenden Personen durch Bordwaffenbeschuß getötet.

Eine Zeitzeugin konnte in ihren Schilderungen eine erstaunliche Zeitbestimmung vorweisen: Auf der Flucht aus der brennenden Stadt gelangte ihre Familie über die Südhöhe nach Mockritz. Ihr Bruder war noch Säugling, Jahrgang 1944.

Als 14-Jährige kannte sie genau die Stillzeiten, die von ihrer Mutter exakt eingehalten wurden (alle vier Stunden, von früh sechs Uhr an). Die Mutter begab sich deswegen gegen zehn Uhr in das dortige Schulgebäude, während die übrige Familie weiter unten am Kaitzbach wartete. In dieser Zeit erfolgte ein Tieffliegerangriff aus westlicher Richtung. Die Familie ging an der Uferböschung des Kaitzbaches in Deckung, neben ihr starben durch die MG-Salven mehrere Soldaten, die, wie sie zuvor erfahren hatte, auf Genesungsurlaub waren. Bei einem gemeinsamen Ortstermin habe ich die besagte Stelle gezeigt bekommen.

Einige Augenzeugen erinnern sich an warnende Ausrufe "Achtung, Tiefflieger ... !" oder ähnlich. Solche einprägsamen Erinnerungen sind nicht hinzuerfunden worden. Mehrere von mir kontaktierte Augenzeugen haben ihre Erinnerungsberichte dem Zeitzeugenarchiv im Stadtarchiv zur Verfügung gestellt. Eine ansatzweise Prüfung meiner Ergebnisse ist dadurch möglich.

All diese Augenzeugenberichte, nunmehr gebündelt in einer anschaulichen Gesamtdarstellung, gehören zur Quellenlage und dienen der Findung der historischen Wahrheit. Daß dieses Kapitel der Geschichtsaufarbeitung bisher vernachlässigt wurde, mag auch dem bisherigen Forschungsstand und den bisherigen Forschungszielen geschuldet sein. ...<<

5. Weshalb wurden die systematischen Massenverbrechen des Kommunismus fast bis zum Ende des 20. Jahrhunderts beharrlich verwiegen oder verschleiert?

Der deutsche Historiker Horst Möller schrieb im Jahre 1999 in seinem Buch "Der rote Holocaust und die Deutschen über die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/11-16): >>Kann man von "rotem Holocaust" sprechen?

Das "Schwarzbuch des Kommunismus" trägt diese Bezeichnung weder im Titel noch in den Kapitelüberschriften, doch kehrt in der durch das Werk ausgelösten Diskussion diese Kennzeichnung immer wieder. ... Sind die Verbrechen kommunistischer Diktaturen derart massenhaft, daß eine ursprünglich für den Massenmord an den Juden verwandte Wortprägung auch das Wesen weltweit millionenfach verübter kommunistischer Verbrechen trifft? ...

Im strengen Sinne singular (einzigartig) ist jedes der Massenverbrechen, die die totalitären, sich selbst durch eine fanatische Ideologie legitimierenden Diktaturen des 20. Jahrhunderts begangen haben. Durch ihre totalitäre Zielsetzung der Gleichschaltung, die religiöse, soziale, nationale und andere Minderheiten aus der Gesellschaft ausgrenzte, sie diffamierte, entrechtete, vertrieb oder gar ermordete, wurden viele Millionen Menschen planmäßig organisiert zu Opfern, ganz gleich, wie ihre Ermordung motiviert wurde. Um die objektive, empirisch fundierte Analyse kann sich keine ernstzunehmende geschichtswissenschaftliche Interpretation herumdrücken.

Die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen - gleich welcher Ideologie, gleich, welchen Herrschaftssystemen, gleich, in wessen nationaler Verantwortung sie begangen worden sind - ist ein Prüfstein jeglicher humanitär, ethisch oder politisch motivierter Argumentation: Sie wird unglaubwürdig, wenn sie ausschließlich Verbrechen einer der Diktaturen des 20. Jahrhunderts anprangert, bei anderen aber wegsieht oder sie nicht wahrhaben will. Gefahren für rechtsstaatliche Demokratien gehen von allen Extremismen aus, unabhängig davon, welcher Herkunft, Richtung oder Zielsetzung sie sind.

Die Autoren, die in einer Reihe von Länderstudien die kriminelle Praxis kommunistischer Herrschaftssysteme untersucht haben, machen eine erschreckende Bilanz auf - eine Bilanz, die sich an der Zahl der Opfer orientiert, die allein durch ihre Zahl eine Wortwahl nahelegt, die der Ungeheuerlichkeit dieser Massenmorde Rechnung trägt. Ob mit Fragezeichen oder ohne: Die Diskussion über den Begriff ist zwangsläufig eine Diskussion über den Inhalt.

Während die Massenmorde der nationalsozialistischen Diktatur von keinem ernstzunehmenden Historiker, Politiker oder Publizisten bestritten oder bagatellisiert werden und sie seit langem im gesellschaftlichen Bewußtsein innerhalb und außerhalb Deutschlands als Wesensmerkmal des Nationalsozialismus gegenwärtig sind, hat sich die Diskussion über die Massenmorde der kommunistischen Regime, sei es zu Zeiten Lenins, Stalins, Maos oder Pol Pots nicht in gleichem Maße zu der Einsicht verdichtet, daß das organisierte Verbrechen ein Wesensmerkmal aller bisher real existierenden kommunistischen Diktaturen gewesen ist, obwohl auch darüber kein Zweifel bestehen kann.

Daher überraschen auf den ersten Blick der Riesenerfolg und die heftigen Kontroversen, die das "Schwarzbuch des Kommunismus" sogleich nach der Publikation in Frankreich 1997 ... gefunden und ausgelöst haben. Schon drei Monate nach Erscheinen waren in Frankreich etwa 200.000 Exemplare verkauft, die deutsche Ausgabe erreichte bis Jahresende 1998 innerhalb von sieben Monaten zehn Auflagen. ... Die Diskussionen in den großen Zeitungen und Zeitschriften erstreckten sich auch in Deutschland zum Teil über Monate.

Was war so überraschend, was so neu? Welche Kenntnis existierte über den totalitären Charakter kommunistischer Diktaturen und ihre Verbrechen? ...

Sieht man einmal von der schieren Größenordnung der im Schwarzbuch dargestellten Opferzahlen (weltweit 80 bis 100 Millionen, die zum Teil nachgewiesen werden, zum Teil auf Schätzungen beruhen) ab, dann handelte es sich hier wie dort im Kern um eine seit langem geführte, immer wieder auflebende Kontroverse.

So hat beispielsweise der ehemalige Kommunist Arthur Koestler in seinem zuerst 1940 erschienen Buch "Darkness at Noon", das 1948 unter dem Titel "Sonnenfinsternis" auch in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, aus eigener Anschauung über die stalinistischen Schauprozesse in der Sowjetunion während der dreißiger Jahre berichtet, der Tausende kommunistischer Funktionäre - also der eigenen Partei - zum Opfer fielen.

Hannah Arendt, die vom nationalsozialistischen Regime wegen ihrer jüdischen Herkunft in die Emigration gezwungene Philosophin, hat in ihrem zuerst 1951 in englische Sprache, dann bald darauf auch in Deutschland veröffentlichten epochemachenden Werk "Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" im Anschluß an das in den dreißiger Jahren zuerst in den USA entwickelte Totalitarismusmodell völlig zu Recht nationalsozialistische und kommunistische Herrschaft gleichermaßen als totalitäre Diktaturen beschrieben und schon damals den "Rassenkampf" des einen Regimes mit dem "Klassenkampf" des anderen verglichen: Seinerzeit führte diese Charakterisierung keineswegs zu heftigen Reaktionen, wie dies während des sogenannten Historikerstreits Mitte der achtziger Jahre gegenüber einer verwandten Begriffsbildung Ernst Noltes der Fall war. ...

Wer die Wahrheit über kommunistische Herrschaft wissen wollte, der konnte sie also längst wissen - aus diesen Büchern wie aus zahlreichen weiteren. Doch darum ging es nicht: Der Kommunismus blieb über Jahrzehnte, wie es Raymond Aaron in seiner 1954 veröffentlichten Streitschrift über die "Sucht nach Weltanschauung" treffend formuliert hatte, "Opium für Intellektuelle", er blieb dies bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa seit 1989.

Manche der kommunistischen Intellektuellen haben sich von dieser Sucht befreit, als sowjetische Panzer (in der Regel durchaus kommunistische) Reform- oder Protestbewegungen niederwalzten: zuerst 1953 in Berlin, dann 1956 in Budapest, schließlich 1968 in Prag, oder als

sich der Kommunismus an der Macht als imperialistisch erwies, beispielsweise 1979/80 in Afghanistan oder schon 1950 im Koreakrieg.

Auf der anderen Seite erlangte die Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, mit denen erstmals eine amtierende Parteiführung mit den eigenen Verbrechen - genauer, einem kleinen Teil der von Stalin befohlenen Verbrechen - abrechnete, bei ihrem Bekanntwerden eine durchaus ambivalente Wirkung:

Zum einen provozierte die "Entstalinisierung" das Entsetzen über den kriminellen Charakter der Herrschaft Stalins und der Machtinstrumente des Kommunismus, zum anderen eine irri- ge Schlußfolgerung.

Die neue Illusion leitete aus der vermeintlichen "Selbstreinigung" des Kommunismus die Möglichkeit eines Reformkommunismus mit menschlichem Antlitz ab. So zählte es zu den historisch abwegigen Versuchen, allein die stalinistische Phase der Sowjetunion mit kriminel- len Akten in Verbindung zu bringen und Lenin davon freizusprechen. Doch tatsächlich be- ginnt die rücksichtslose Eliminierung politischer Gegner, der gezielte politische Terror, bei Lenin selbst: Er praktizierte ihn nicht nur, sondern versuchte auch, ihn theoretisch zu rechtfertigen. ...

In Deutschland endete die Debatte über das Schwarzbuch, die durchaus auch rein geschichts- wissenschaftlich geführt werden könnte und müßte, bei dem spezifischen nationalen Trauma der nationalsozialistischen Diktatur und der Frage der Vergleichbarkeit - als ob sich etwas an der Beurteilung und Verurteilung nationalsozialistischer Verbrechen änderte, wenn man auch diejenigen des Kommunismus erforscht und darstellt. ... Ein Teil dieser Auseinandersetzung wird paradoxerweise geführt, als ob das Schwarzbuch weniger Theorie und Praxis kommuni- stischer Herrschaft im 20. Jahrhundert untersuchte als das Thema "Die Deutschen und der Nationalsozialismus".

Tatsächlich aber stellt ein Vergleich - der in keinem Falle eine Gleichsetzung bedeutet - erst die zweite Stufe dar, nachdem ein hinreichender Grad an empirischer Sicherheit in bezug auf die Massenverbrechen des Kommunismus gewonnen ist. Strukturelle Ähnlichkeiten haben schon vor vielen Jahren Historiker vom hohen Rang wie Karl Dietrich Bracher herausgearbei- tet. Und heute ist der Vergleich für die Geschichtswissenschaft unentbehrlich.

Die politischen Konsequenzen liegen auf der Hand: Gelingt der Nachweis, daß alle funk- tionierenden Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts nicht allein gescheitert sind, sondern - nach Zeit und Ort in unterschiedlichem Ausmaß - Massenverbrechen begangen haben, dann delegitimiert dies alle politischen Zielsetzungen und Parteien, die sich im Prinzip auf marx- istische Ideologie stützen. Die heftige Reaktion von dieser Seite ist also verständlich, geht es bei solchen historischen Erkenntnissen doch nicht allein um die Vergangenheit, sondern um Gegenwart und Zukunft. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x046/172-174): >>Die Erkenntnisse von Stéphane Cour- tois ... lassen sich in folgenden Sätzen kurz zusammenfassen:

1. Die Sowjetherrschaft ist allein durch Massenverbrechen gesichert worden. In den Mittel- punkt einer Analyse des Sowjetsystems ist das Verbrechen zu stellen, das methodische Mas- senverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Lenin und Stalin betrieben die gesellschaftliche und physische Ausmerzungen aller derer, die sie als offene oder geheime Gegner ihrer Herrschaft betrachteten.
3. Sie haben das System der Konzentrationslager eingeführt.
4. Und sie haben den Tod von mindestens 25 Millionen Menschen verschuldet. Massenmord war ein konstitutives Element der bolschewistischen Herrschaftsausübung.
5. Hitler hat den Weltkrieg ausgelöst, aber die Beweise für die Verantwortung Stalins sind niederschmetternd.

6. Stalin war im Vergleich zu Hitler ein noch größerer Verbrecher. Stalin war der größte Verbrecher des Jahrhunderts. Damit trifft das SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS die Leninisten-Stalinisten in ihrem Wesenskern. Denn die physische Auslöschung von insgesamt 100 Millionen Menschen, von 25 Millionen allein durch die sozialistische Sowjetmacht, kann nicht mit der Behauptung bemäntelt werden, es habe sich in der Theorie doch um eine "Befreiungsideologie" gehandelt. ...

Sogar das linksideologische Wochenblatt DIE ZEIT kommt daher nicht umhin, seinen mehrseitigen Beitrag zum SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS unter das vernichtende Motto "Der rote Holocaust" zu stellen.

Courtois läßt den Begriff der "Einzigartigkeit", der "Singularität", nicht gelten, denn die Bolschewisten haben für ihn dieselben oder ganz ähnliche Schreckenstaten begangen wie die zu Unrecht heutzutage fast allein noch geächteten "Faschisten". Mochten die Verfahrensarten in mancher Hinsicht auch unterschiedlich gewesen sein, es gibt wie Courtois betont, keine Spezifität (Eigentümlichkeit) des Völkermordes. Unmißverständlich geht aus dem SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS hervor, daß die Menschheitsverbrechen Lenins und Stalins denen Hitlers nicht nur zeitlich um Jahrzehnte vorausgingen, sondern diese auch in ihren Ausmaßen um ein Vielfaches und teilweise in der Abscheulichkeit der Durchführung noch übertroffen haben. "Was das, leninistische und stalinistische Rußland betrifft", schreibt Courtois, "so gefriert einem das Blut in den Adern". ...<<

6. Warum bezeichnen viele Historiker die NATO-Osterweiterung als arglistigen Kriegsplan?

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/2015) berichtete später über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremelchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat." << Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 12. März 2018 (x1.000/...): >> **NATO-Ost-Erweiterung in 100 Sekunden erklärt**

Kurz und knapp erklärt der Historiker, Politologe und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser in nur 100 Sekunden die skandalöse Unrechtmäßigkeit und Gefährlichkeit der NATO-Ost-Erweiterung, die Europa evtl. schon bald in einen nuklearen Krieg stürzen kann. ...

Dr. Daniele Ganser: Der Zweck der NATO als Verteidigungsbündnis und Gegengewicht zu den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes war nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben. Da der weltweite Führungsanspruch der USA aber im Wesentlichen mit Hilfe der NATO durchgesetzt wird, mußte sie zu Gunsten dieser US-Interessen erhalten bleiben.

Es wurden zu dem Zweck nicht nur neue Feindbilder geschaffen wie der Krieg gegen den Terror und der Widerstand gegen den (in Anführungszeichen) "Aggressor" Rußland, es wurden auch neue Mitgliedstaaten in die NATO rekrutiert, d.h. die NATO wurde erweitert. Als NATO-Osterweiterung wird der Beitritt von Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, der baltischen Staaten und der Nachfolgestaaten Jugoslawiens zur NATO bezeichnet. Damit rückt die NATO immer näher an die unmittelbare Grenze zur Russischen Föderation vor und treibt so eine provokante und brandgefährliche Einkreisungspolitik. ...

Die Russen haben 1990 den Deutschen ermöglicht, daß die DDR mit der BRD fusionieren konnte und daß Gesamtdeutschland Mitglied der NATO wurde.

Die Russen haben ihre Truppen abgezogen aus der DDR und das einzige, was Gorbatschow damals gesagt hat, ist, ich möchte aber keine Nato-Osterweiterung. Haben die Deutschen und die Amerikaner gesagt, na klar, keine Nato-Osterweiterung, keinen Zentimeter werden wir die Nato erweitern. Dann kam Polen - ... in die Nato, dann kam Rumänien - ... in die Nato, dann kam Bulgarien, dann kam Albanien, dann kam Kroatien, dann Estland, Lettland, Litauen. Irgendwann haben die Russen gesagt, geht's eigentlich noch?

Und dann hat die Nato 2008 beschlossen, die Ukraine, die wollen wir auch noch in der Nato. Und dann hat Janukowitsch, der Präsident, gesagt, nein, nein, ich will nicht in die Nato. Ja, der wurde gestürzt. Am 20. Februar 2014 haben wir Scharfschützen in Kiew, die runter in die Leute schießen. Die töten Polizisten und Demonstranten, ganz klar eine False Flag Operation. Falsche Flagge, so kann man jedes Land destabilisieren. Dann bringt man Poroschenko. Poroschenko will in die Nato, und am Schluß wird das verkauft mit: Ja, die Russen sind halt super aggressiv.

Der Putin hat nur den Gegenzug gemacht. Also wenn Sie es als Schach sehen, eröffnet die NATO, schiebt die Bauern immer weiter nach vorne, das ist die Nato-Osterweiterung. Dann schlägt sie die Dame, die Dame fällt raus, und dann zieht erst Putin den Gegenzug, damit sein König nicht fällt, und er holt sich die Krim, weil dort hat er die Schwarzmeerflotte. Er hat auch in Syrien, hat er Latakia, hat seine Stützpunkte, ja, das sind natürlich Militärstützpunkte, und die Russen, das weiß man ja, sind gute Schachspieler. ... <<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Dezember 2020 über die geheimen NWO-Netzwerke (x1.000/...): >> **Netzwerke der Macht - Die Ursache der globalen Gleichschaltung**

Wie kein anderes Thema dominiert im Jahr 2020 die Corona-Krise Politik und Medien. Dabei fällt auf, daß nahezu alle Staaten der Welt in gleicher Weise auf die Krise reagieren. Weltweit wurde die Wirtschaft heruntergefahren und Grund- und Freiheitsrechte massiv eingeschränkt. Um das Virus zu stoppen, wurden gewaltige wirtschaftliche Schäden, Massenarbeitslosigkeit und soziale Tragödien durch die verhängten Maßnahmen einfach in Kauf genommen.

Kritische Stimmen, selbst hochrangigster Wissenschaftler und Ärzte gegen die geltende Mei-

nung, werden dabei einfach weggewischt. Ist diese auffällige weltweite Gleichschaltung nur Zufall? Laut F. William Engdahl, einem deutsch-amerikanischen Autor und Wirtschaftsjournalisten, der sich seit mehr als 30 Jahren mit Geopolitik befaßt, ist die Ursache für die überall zu beobachtende Gleichschaltung folgende: Mit Hilfe eng miteinander verbundener Denkfabriken steuert eine kleine globale Elite sowohl Politik als auch die Medien durch ein fast unsichtbares Netz von Manipulation und Einflußnahme!

Den Grundstein für eine derartige Steuerung von oben legte der Engländer Cecil Rhodes. Rhodes war Freimaurer und einer der reichsten Männer der Welt. Sein Traum war die Wiedervereinigung der anglo-amerikanischen Welt unter einer gemeinsamen Weltregierung. Um dieses Ziel zu erreichen, vermachte er sein gesamtes Vermögen an Lord Rothschild zur Schaffung eines Geheimbundes. Dieser gründete dann auch 1909, zusammen mit dem Politiker Lord Milner, den "Round Table".

Der Round Table arbeitete hinter den Kulissen auf den höchsten Ebenen der britischen Regierung und beeinflusste deren Außenpolitik. Die Mitglieder waren einflußreiche Personen aus Politik, Finanzwesen und den führenden britischen Medien. Doch dabei blieb es nicht. Es wurden Zweigstellen des Round Table in der ganzen Welt gegründet. So kam es im Jahr 1921 auch zur Gründung einer Schwesterorganisation in den USA, dem "Council on Foreign Relations", kurz CFR.

Dieser entwickelte sich zur einflußreichsten Denkfabrik des vergangenen Jahrhunderts und wurde hauptsächlich von Rockefeller, J. P. Morgan und anderen Wall-Street-Bankern finanziert. Top-Journalisten und Führungskräfte nahezu aller bekannten US-Medien sind in das Netzwerk des CFR eingebunden, so daß es mit seinen knapp 5.000 Mitgliedern seit Jahrzehnten die US-Außenpolitik und deren Darstellung in den Medien prägt. Wie groß der Einfluß des CFR ist, verdeutlichen die folgenden Zahlen:

Aus seinen Reihen gingen acht Präsidenten der Vereinigten Staaten, sieben Vizepräsidenten, 17 Außenminister, 20 Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren hervor. Auch der voraussichtliche neue US-Präsident Joe Biden ist Ratsmitglied des CFR und Vizepräsidentin Kamala Harris hat ebenfalls enge Verbindungen zum CFR. Der CFR wiederum ist mit weiteren Denkfabriken von immensem Einfluß verbunden. Seine wichtigsten Partner-Organisationen sind die Bilderberger-Gruppe und die Trilaterale Kommission. Bei der alljährlichen Bilderberger-Konferenz treffen sich zwischen 100 und 150 Gäste hinter verschlossenen Türen.

Unter ihnen Regierungschefs, die Hochfinanz, führende Industrielle, hochrangige Militärs, Geheimdienstchefs und die Chefetagen der größten und bekanntesten Medienunternehmen der Welt. Entscheidungen mit weltpolitischer Tragweite werden dort getroffen und offensichtlich auch der Aufstieg geneigter Politiker in höchste Ämter eingeleitet.

Unmittelbar nach dem Besuch einer solchen Konferenz wurden z.B. Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Angela Merkel Bundeskanzler sowie Ursula von der Leyen Präsidentin der Europäischen Kommission. Mit Gründung der Trilateralen Kommission im Jahr 1973 durch David Rockefeller und Zbigniew Brzezinski (CFR), wurde das Netzwerk auch auf die Asien-Pazifik-Region ausgedehnt. Wegen ihres äußerst mächtigen, aber versteckten Einflusses auf die Weltpolitik, wird sie auch als "Schatten-Weltregierung" bezeichnet.

Das bedeutendste deutsch-transatlantische Netzwerk mit ca. 500 Mitgliedern ist die Atlantik-Brücke. Sie hat ebenfalls ihre Wurzeln beim CFR und der Hochfinanz. So gehörten zu ihren Gründungsmitgliedern u.a. John Jay McCloy, ein ehemaliger Vorsitzender des CFR und der Bankier Eric M. Warburg. Auffallend ist, daß insbesondere die Chefredaktionen der Leitmedien ca. 100 Mitglieder stellen.

Daher verwundert es kaum, daß all diese im Grunde genommen das Gleiche berichten. Die, vor allem während der Corona-Krise offensichtlich gewordene, globale Gleichschaltung zeigt

deutlich, wie gut diese Netzwerke inzwischen weltweit funktionieren. Ihre Macht gründet sich darauf, daß sie aus dem Verborgenen heraus die Agenda einer globalen Finanzelite durchsetzen. Daß diese besteht und welcher Art ihr Handeln ist, sagen sie uns selber: "Das Illegale tun wir sofort. Das Verfassungswidrige dauert etwas länger."

Henry Kissinger, Friedensnobelpreisträger, US-Präsidentenberater, Ex-Außenminister und Bilderberger "Es wäre unmöglich für uns gewesen, unsere Pläne für die Welt zu entwickeln, wenn wir all die Jahre im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden hätten. Nun ist unsere Arbeit jedoch soweit durchdacht und bereit, in einer Weltregierung zu münden."

"Alles was wir benötigen, ist die eine, richtig große Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren." David Rockefeller, Weltbankier, Bilderberger und Mitgründer der Trilateralen Kommission.

Im Abspann sehen Sie eine Liste mit deutschen Politikern, die Mitglied der Atlantik-Brücke und der Trilateralen Kommission sind bzw. an den Bilderberger-Konferenzen teilgenommen haben.

Deutsche Politiker als Mitglieder der Atlantik-Brücke Mitglieder der Vorstandschaft: Sigmar Gabriel SPD, ehemaliger Bundesvorsitzender der SPD sowie deutscher Wirtschafts- und Außenminister, Edelgard Bulmahn SPD, bis 2017 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Alexander Graf Lambsdorff FDP, stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit der Zuständigkeit Außenpolitik, Christian Lange SPD, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Justiz, Friedrich Merz CDU, Vizepräsident des Wirtschaftsrats der CDU, Kandidat für den CDU-Vorsitz, Omid Nouripour Die Grünen, seit 2006 Mitglied des Bundestages, Norbert Röttgen CDU, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Kandidat für das Amt des CDU-Parteivorsitzenden, Bundestagsmitglied.

Sonstige Mitglieder der Atlantik-Brücke: Angela Merkel CDU, amtierende Bundeskanzlerin seit 2005, Philipp Rösler FDP, ehemaliger Vizekanzler, Bundesvorsitzender der FDP, Stefan Liebich Die Linke, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, Dorothee Bär CSU, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Markus Blume CSU, seit 2008 Abgeordneter im Bayerischen Landtag, Generalsekretär der CSU, Christian Lindner FDP, Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP, Joachim Pfeiffer CDU, Bundestagsmitglied, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU.

Mitglieder der deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission: Michael Fuchs (Vorsitzender) CDU, bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, Edelgard Bulmahn SPD, bis 2017 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Friedrich Merz CDU, Vizepräsident des Wirtschaftsrates, Kandidat für das Amt des CDU-Parteivorsitzenden, Joachim Pfeiffer CDU, Bundestagsmitglied, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU, Alexander Graf Lambsdorff FDP, stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit der Zuständigkeit Außenpolitik, Sigmar Gabriel SPD, ehemaliger Bundesvorsitzender der SPD sowie deutscher Wirtschafts- und Außenminister.

Aktive deutsche Politiker als Teilnehmer der Bilderberg-Konferenzen: Norbert Röttgen CDU, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Kandidat für das Amt des CDU-Parteivorsitzenden, Bundestagsmitglied, Ursula von der Leyen CDU, Präsidentin der Europäischen Kommission Christian Lindner FDP, Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP, Angela Merkel CDU, amtierende Bundeskanzlerin seit 2005, Wolfgang Schäuble CDU, seit 2017 Präsident des deutschen Bundestages, ehemaliger Bundesminister des Innern und Bundesfinanzminister, Thomas de Maizière CDU, Bundestagsabgeordneter, ehemaliger Bundesminister des Inneren, Olaf Scholz SPD, Vizekanzler und Bundesfinanzminister, Jens Spahn CDU, Bundesminister für Gesundheit, Linda Teuteberg FDP; Bundestagsabgeordnete, bis 09.2020 Generalsekretärin.<<

7. Wer förderte trotz der enormen Kosten die EU-Osterweiterung?

Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich - dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**

EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzieren sich von Verheugens Äußerungen. ...

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen.

In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben." ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer, von 1998-2005 Außenminister: >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen, SPD, der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politi-

schen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2000: >>"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitleistung über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäischen Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-159): >>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig. Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.

Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen. ...<<

8. Wie wurde der EURO eingeführt?

Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hatte (ein Euro = 1,95583 DM). Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Die EZB übernahm am 1. Januar 1999 die Verantwortung für die europäische Geldpolitik. Um die Stabilität der neuen gemeinsamen Währung zu sichern, wurde im Maastrichter Vertrag festgelegt, daß das gesamtstaatliche Defizit jedes Mitgliedstaates drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der staatliche Schuldenstand 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht

überschreiten darf.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über den Euro-Verfall (x887/...): >>>**Kränkende Frühgeburt**

Warum die Finanzmärkte dem neuen Geld mißtrauen / Scheitern bleibt möglich

von BRUNO BANDULET

Der Euro wird so hart wie die Mark", hatte Theo Waigel den Deutschen immer wieder versprochen. Der Euro sei eine "kränkende Frühgeburt", sagte Gerhard Schröder noch vor einem Jahr. Jetzt, ein halbes Jahr nach dem Start der Kunstwährung am 4. Januar, sieht es ganz so aus, als habe Schröder recht behalten. Der Euro wurde schneller schwach, als dies selbst seine schärfsten Kritiker erwartet hätten. In den ersten sechs Monaten verlor er rund 13 Prozent an Wert gegen den amerikanischen Dollar.

Die großspurigen Reden der Politiker, die euphorischen Kommentare der Medien, die optimistischen Prognosen der Banken - all dies hat sich als Selbsttäuschung und bloße Propaganda entpuppt. Keine Rede mehr davon, daß der Euro Wachstum und Arbeitsplätze bringt, daß er Europa politisch stärkt, daß ihm zuzutrauen wäre, die Hegemonie des Dollars zu brechen.

Noch Anfang Januar hatte Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, dem Euro glänzende Aussichten attestiert. Jetzt empfiehlt er, die hochgelobte Währung einfach dem Markt zu überlassen. Sie könne möglicherweise sogar unter die Parität zum Dollar fallen.

Was ist geschehen? Zum einen haben die internationalen Zentralbanken bisher nicht damit begonnen, ihre Reserven von Dollar in Euro umzuschichten. Zum anderen haben offenbar japanische Großinvestoren schon 1998 - im Vorgriff auf die Europäische Währungsunion - Euro gekauft und sahen sich in den vergangenen Wochen gezwungen, mit Verlust wieder auszusteiern. Die von dem CSU-Politiker Gauweiler als Plastikgeld verhöhnte Währung genießt jedenfalls bisher kein Vertrauen an den internationalen Finanzmärkten.

Dies ist nicht zuletzt die Quittung dafür, daß sich die Beteiligten im Frühjahr 1998, als die "Konvergenz" der Euro-Länder offiziell verkündet wurde, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Eintritt in die Währungsunion erschlichen haben. In Wirklichkeit war es nie gelungen, Schuldenstand und Defizite, aber auch Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in den beteiligten elf Ländern in Einklang zu bringen.

Wie denn auch: Nicht einmal innerhalb der großen europäischen Nationen kann von "Konvergenz" die Rede sein. Zwischen der Lombardei und Apulien, zwischen Katalonien und Andalusien, zwischen dem Norden und dem Süden Großbritanniens liegen - volkswirtschaftlich gesehen - Welten. Und auch in Deutschland ist es nach zehn Jahren Einheit und gigantischen Finanztransfers nicht im geringsten gelungen, in den neuen Bundesländern ähnliche Verhältnisse wie im Westen herzustellen.

Vergeblich war bisher auch die Hoffnung, das über Jahrzehnte erworbene Vertrauenskapital der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen zu können. Dafür sprechen die europäischen Währungsmanager mit zu vielen Zungen, dafür mischen sich die europäischen Politiker zu oft in die Geldpolitik ein, dafür ist, alles in allem, der Euro noch zu jung. Um Ansehen zu erwerben und Vertrauen aufzubauen, benötigt eine neue Währung Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte. Selbst der Erfolg der Deutschen Mark war zunächst keine ausgemachte Sache. Selbst die Mark hat seit 1948 rund drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren.

Das Hauptproblem des Euro ist sein virtueller und staatenloser Charakter. Er ist bekanntlich keine nationale Währung, nicht einmal die Währung eines homogenen Wirtschaftsraumes. Vorerst existiert er nur auf den Computerschirmen, als Monopoly-Geld der Großbanken. Und die Euro-Zone verfügt über keine wirklich aussagekräftigen Geldmengen- und Inflationsstatistiken. Zwar publiziert die Europäische Zentralbank regelmäßig entsprechende Zahlen, aber sie sagen wenig aus. Schon Ende 1998, vor dem Start des in der Finanzgeschichte beispiellosen Experiments, stiegen die Preise in Italien dreimal so schnell wie in Deutschland, und in

Portugal wiederum doppelt so schnell wie in Italien.

Schon Lenin erkannte, daß in der Verfügungsgewalt über eine Währung eine ungeheure Machtfülle liegt. Wer aber beherrscht und kontrolliert den Euro? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet und zugleich ungemein wichtig für die Beurteilung dessen, was bevorsteht.

Bekannt ist, daß die Europäische Zentralbank (EZB) über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, daß sie laut Maastrichter Vertrag (aber nicht unbedingt in der Praxis!) unabhängig von den Regierungen ist und daß die nationalen Zentralbanken alleinige Kapitaleigner der EZB sind.

Bekannt ist auch, daß alle wichtigen Entscheidungen im EZB-Rat fallen und daß diese Entscheidungen vom Direktorium, das die laufenden Geschäfte führt, in praktische Geldpolitik umgesetzt werden. Wer in Frankfurt den Ton angibt, ist freilich immer noch nicht ganz klar. Im EZB-Rat sitzen die Präsidenten von elf nationalen Notenbanken, von denen jede ihre rechtliche Eigenständigkeit bewahrt hat, sowie die sechs Mitglieder des Direktoriums - unter ihnen Präsident Wim Duisenberg aus den Niederlanden und sein französischer Stellvertreter Christian Noyer.

Nun hält zwar die Deutsche Bundesbank mit 31 Prozent den relativ größten Teil des Kapitals der EZB. Die Banque de France liegt an zweiter Stelle und bringt es nur auf 21,3 Prozent. Aber: nach Kapitalanteilen wird nur abgestimmt, wenn es um die Überweisung von Währungsreserven von den Nationalbanken an die EZB oder um Fragen der Gewinnverteilung geht. Ansonsten hat jeder nur eine Stimme. Die Beschlüsse des EZB-Rates werden mit einfacher Mehrheit gefaßt - und die deutschen Vertreter können theoretisch jederzeit überstimmt werden.

Sinnvoll verwaltet werden kann ein derart uneinheitliches Währungsgebiet wie die EU allerdings nur, wenn man sich an den Bedürfnissen der Kernzone - also Deutschlands und Frankreichs - orientiert. Zinsabschlüsse an den wirtschaftlichen Lagen in Portugal oder Irland auszurichten wäre kaum machbar.

In Frankfurt ist denn auch zu hören, daß Duisenberg zwar nach außen hin die Schau dirigiert, daß die Fäden aber von den Deutschen und den Franzosen gezogen werden: von Tietmeyer, der angeblich bald zur Vatikanbank geht, und dem früheren Chefideologen der Bundesbank, Otmar Issing, sowie von Christian Noyer und Jean Claude Trichet, dem Gouverneur der Banque de France, der nach vier Jahren Duisenberg vorzeitig ablösen soll.

Würden die kleineren EU-Staaten im Konfliktfall strikt nach dem Prinzip "eine Nation, eine Stimme" verfahren und auf ihren nationalen Interessen beharren, dann käme es zur ersten großen Euro-Krise. Und würde Frankreich - das ist ebenfalls denkbar - zusammen mit den anderen Romanen die Deutschen überstimmen, dann könnte das ganze Projekt scheitern.

Es kann zwar noch dauern, bis ernsthafte Differenzen sichtbar werden. Aber allein die Tatsache, daß sie in der Konstruktion dieses staatenlosen Geldes von vornherein angelegt sind, muß bei langfristig denkenden Investoren einen erheblichen Rest von Mißtrauen gegen den Euro wachhalten.

Eine andere eingebaute Schwäche der europäischen Währung liegt darin, daß sich die EZB zwar laut Vertrag um Preisstabilität zu kümmern hat, nicht jedoch um Wechselkursvereinbarungen gegenüber Drittwährungen wie Dollar oder Yen. Nur der Ministerrat der EU kann über Zielzonen und Bandbreiten beschließen, konkret also darüber, wo der richtige Kurs des Euro gegen den Dollar zu liegen hat. Die EZB muß dabei nur angehört werden. Wird der EZB aber ein Wechselkursregime aufgezwungen, dann verliert sie leicht die Kontrolle über Geldmengen, Zinsen und Preise. Dann ist ihre vertraglich festgelegte Unabhängigkeit nicht mehr viel wert.

Daß Haushaltsdisziplin und Preisstabilität für manche europäische Politiker kein Evangelium sind, hat sich längst herumgesprochen. Ein typischer Inflationspolitiker war der inzwischen

gescheiterte Finanzminister Lafontaine. Der Spiritus rector scheint aber von Anfang an nicht der Saarländer mit dem Napoleonkomplex gewesen zu sein, sondern ein echter Franzose: der Pariser Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der übrigens fließend deutsch spricht. Strauss-Kahn war es vor allem, der die Etablierung eines mächtigen Gegengewichts zur EZB vorantrieb: der Euro-11-Gruppe.

Zu deren geheimen Sitzungen treffen sich ausschließlich die elf Finanzminister der Euro-Zone mit nur je einem Berater. Ein so kleines Gremium ist selbstverständlich aktionsfähiger als das reguläre Treffen aller 15 EU-Finanzminister, wo einschließlich der Beraterstäbe leicht 100 Teilnehmer zusammenkommen.

Daß der Euro einen schwachen Start hatte und gegen den Dollar abwertete, wird den sozialistischen Politikern Europas, aber auch der Exportwirtschaft keineswegs unrecht gewesen sein. Allerdings gehen die französischen Ambitionen weiter als die deutschen: Paris will den Dollar entmachten.

Dollar-Hegemonie bedeutet, daß die USA alle wichtigen Rechnungen in der Währung bezahlen, die sie selbst drucken, daß die ausländischen Zentralbanken den Großteil ihrer Reserven in Dollar halten und damit Uncle Sam Kredit geben und daß die USA ihre Schulden entweder nie oder nur mit entwerteten Dollars zurückzahlen.

Damit haben die Amerikaner die Möglichkeit, mehr zu konsumieren und zu investieren, als sie verdienen. Sie leben seit langem über ihre Verhältnisse. Sie leisten sich enorme Defizite in der Außenbilanz - Fehlbeträge, die sich bald auf 2.000 Milliarden Dollar angehäuft haben werden. Amerika ist heute der größte Schuldner der Welt, ohne dafür büßen oder zahlen zu müssen. Ein in der Geschichte einmaliges Privileg, in dessen Genuß nun auch Europas Politiker gerne kommen würden. Erst wenn sich der Euro einen dem Dollar vergleichbaren Status als Weltreservewährung verschafft hat, dann hätte sich eine Einführung - nach dieser Logik jedenfalls - wirklich gelohnt.

Man kann nicht vollständig ausschließen, daß dieses Kalkül am Ende doch aufgeht - dann aber um den Preis eines erbitterten Konflikts zwischen den USA und der EU.

Denn wenn die EZB wirklich auf Dauer eine solide Geldpolitik betreibt, wenn sie das Vertrauen der Finanzmärkte erwirbt oder wenn der Dollar in den Strudel einer großen Finanzkrise gerissen wird - dann könnte sich der Euro irgendwann doch zu einer Alternative zur US-Währung entwickeln. China zum Beispiel ist brennend daran interessiert, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern, denn die gewaltigen Dollar-Guthaben Pekings können im Ernstfall jederzeit von der amerikanischen Regierung blockiert werden.

Aber dies alles ist jetzt noch Zukunftsmusik. Bis auf weiteres muß man sich darauf einrichten, daß sich Perioden eines starken Dollar und solche eines festeren Euro einander abwechseln. Papierwährungen sind immer nur relative Größen. Auch der Dollar und der Yen haben ihre fundamentalen Schwächen. Der Londoner Finanzstratege David Roche hatte recht, als er in einer Untersuchung zu dem Schluß kam: "Alle drei großen Währungen der Welt sehen letztlich aus."

Für die Deutschen, die ein halbes Jahrhundert die Vorteile einer relativen Hartwährung genießen durften, ist das Fazit unerfreulich. Sie mußten aus rein politischen Gründen - wirtschaftlich war der Euro weder notwendig noch sinnvoll - auf ihre bewährte D-Mark verzichten. Im Jahr 2002 sollen sie ihr Bargeld endgültig in eine synthetische Währung umtauschen, die zwar auf lange Sicht möglicherweise nicht schlechter als der Dollar sein wird, aber bestimmt weniger gut als die Deutsche Mark, die für immer mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden bleiben wird.

Niemand kann übrigens garantieren, daß der Euro, die kränkelnde Frühgeburt, nicht doch noch scheitert - daß das Experiment abgebrochen werden muß. Dann müssen die Europäer eben wieder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren. Ratsam wäre es auf jeden Fall, den

für 2002 geplanten Zwangsumtausch um einige Jahre zu verschieben und dem Euro eine längere Probezeit einzuräumen. Man könnte ihn zunächst als Parallelwährung weiterlaufen lassen. Vielleicht wird er im Laufe der Zeit von den Finanzmärkten und den Privatanlegern doch noch akzeptiert. Wenn nicht, wäre dies nicht die erste Währungsunion der Geschichte, die auf Sand gebaut war.

Dr. Bruno Bandulet ist Herausgeber des Finanzdienstes G & M. Von ihm erschienen zuletzt die Bücher "Was wird aus unserem Geld?" und "Tatort Brüssel - Das Geld, die Macht, die Bürokraten".<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. Mai 2000 (x887/...): >>"Gebt uns die Mark wieder!"

Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen und österreichischen Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO₂-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebremst wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntlang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. September 2000: >>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**

In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.

Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...

In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel, SPD, die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<

9. Was wurde unternommen, um die Bildung eines EU-Zentralstaates vorzubereiten?

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...

Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren größtenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<

Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mit-

gliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen. "SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik** Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. ...<<

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung ...

Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?

Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion ... in der alle Menschen übereinstimmen ... ist das Fundament der Freimaurerei geworden."

Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest: ... "Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte." ...

Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?

... In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben: ...

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden.

Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später (im Jahre 2007) über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.

Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.

Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.

Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.

Fanden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.

Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen planiert. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.

Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...

Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestimmungen, Drogen und Armutsflichtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine anderen duldet.

Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. Im Moment haben wir beides - zu wenig Europa und zu wenig Nationalstaat. Der eine fühlt sich für die Herausforderung durch die Globalisierung nicht mehr und der andere noch nicht zuständig. Die Nation macht sich kleiner, als sie ist derweil die Brüsseler eine Stärke zur Schau stellen, die sie in Wahrheit nicht besitzen. So treffen die Veränderungen der Globalisierung auf einen Kontinent, dem das politische Kraftzentrum fehlt. Es besteht die Idee als Möglichkeit, aber nicht im wahren Leben der Völker.

Notwendig wäre die Europäisierung des Nationalstaates ...

Europa ist eben nicht der Ersatz des Nationalstaates, sondern sein Partner, zuweilen auch sein Erfüllungsgehilfe. Wer die Dinge besser regeln kann als der andere, bekommt das Recht zum Handeln übertragen. Die Politiker durchstreifen ohnehin nicht selbst die Großstädte auf Ver-

brecherjagd, sie verhaften nicht und klagen nicht an, und auch das Verurteilen und Wegsperrn übernehmen andere. So wie der Nationalstaat hoheitliche Aufgaben an Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter überträgt, sollte er auch Europa für sich zu nutzen wissen.

Die Nation bleibt die einzige Quelle von Staatlichkeit, aber nicht ihr alleiniger Vollstrecker. Es kommt nicht zur Abtretung von Hoheitsrechten, wohl aber zu ihrer Übertragung. Die Nation verliert ihre Exklusivität, um im Gegenzug an Durchschlagskraft zu gewinnen. Die europaweite Verbrecher- und Terroristenjagd ist nun mal deutlich effizienter als die kriminalistische Kleinstaaterei, wo der eine den anderen in den Abendnachrichten mit den Grausamkeiten des Tages überrascht.

Ausgerechnet eine europäische Wirtschaftspolitik ist bisher über das Skizzenhafte nicht hinausgekommen. Dabei wäre die Bündelung der ökonomischen Interessen das Einzige, was im Weltkrieg um Wohlstand schnellen Erfolg verspricht.

Eine Forschungspolitik, die weltweite Spitzenleistungen hervorbringt, ist heute nur europäisch vorstellbar. Der Rückfall in nationale Industriepolitik kann nur auf europäischer Ebene verhindert werden.

Gegenüber dem mächtigen Rivalen in Übersee hat Europa nur eine Stimme oder gar keine. In der Welthandelsorganisation sitzen die nationalen Minister ohnehin nur noch als Zaungäste dabei.

Gesucht werden also Politiker, die bereit sind, über das Nationale hinauszugehen, ohne es zu verraten. Fragen von historischer Dimension warten auf ihre Beantwortung: Wie kann eine wirksame Außenvertretung funktionieren, die mehr zu bieten hat als der Grüßaugust, den man heute als Kommissar für die Außenpolitik bezeichnet?

Wie vertreibt man die grauen Gesellen des europäischen Bürokratismus, die bisher als Kräfte der wirtschaftlichen Entschleunigung wirkten?

Was wäre zu tun, um die industriellen Kapazitäten Europas zu konzentrieren, damit sie international mithalten können?

Wie lassen sich gemeinsam die ins Rutschen geratenen Grundlagen der europäischen Staatsfinanzierung neu befestigen?

Welches Regime an den Außengrenzen der EU ist notwendig, um den Mitgliedernationen, ihren Firmen und deren Belegschaften jenen Schutz zu bieten, den sie zu Recht erwarten?

...<<

Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärte im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>... Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2011 über den Euro und die sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**

... Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugun-

sten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Oktober 2011 (x887/...): >>Brüsseler Scheindemokratie

"Mehr Europa"? - Bundesbürger sind im EU-Parlament stark unterrepräsentiert

Die endlosen Streitereien über die sogenannten Rettungsschirme haben schwere Konstruktionsfehler von Euro-Zone und EU aufgedeckt. Im Gestrüpp der Zuständigkeiten und Hoheitsrechte sind kaum noch tragfähige Einigungen zu erzielen. Als Lösung fordern immer mehr Verantwortliche, auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel: "Wir brauchen mehr Europa!" Sprich: eine noch weitergehende "Integration" auf Kosten der nationalen Selbständigkeit.

Unklar bleibt jedoch, was darunter genau zu verstehen ist. Würde beispielsweise eine "Fiskalunion" eingeführt, wo die Steuern aller EU-Bürger zusammenfließen, würde die Mehrheit der schwachen Länder letztlich über das Steuergeld der starken verfügen, weil die Zahlerländer deutlich in der Minderheit sind. Die Deutschen zählten mit Sicherheit zu den Hauptverlierern. Zudem sind die europäischen Instanzen wie EU-Kommission, EU-Ratspräsident oder die Leitungsgremien der Rettungsschirme alles andere als demokratisch gewählt. So entstünde also zudem ein verfassungsrechtliches Problem.

Dem wollen die Befürworter von "Mehr Europa" mit einer Stärkung des EU-Parlaments begegnen. Doch auch hier steht es schlecht um grundlegende demokratische Prinzipien. So kommen in Deutschland mit seinen 99 Sitzen bei gut 81 Millionen Einwohnern mehr als 800.000 Bewohner auf einen Platz im Parlament. Malta verfügt hingegen mit seinen nur 418.000 Einwohnern über sechs Sitze, das heißt: Die Stimme eines einzigen Maltesers hat ein stärkeres Gewicht im EU-Parlament als die vom mehr als elf Deutschen. Und ab 2014 soll Deutschland auch noch drei Sitze einbüßen, während alle anderen Staaten ihre Parlamentsstärke behalten.

Würden die Deutschen mit Maltesern oder Luxemburgern (sechs Sitze bei 511.000 Einwohnern) gleichgestellt, müßte Deutschland mehr als 1.000 Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden. Sollte hingegen die Repräsentanz Luxemburgs und Maltas auf deutsches Niveau reduziert wurden, müßten sich die beiden Zwergstaaten einen einzigen Parlamentarier teilen. Damit könnte eine gerechte Vertretung der Wähler im Parlament hergestellt werden. Die Widerstände gegen eine solche Reform würden indes vermutlich schnell enthüllen, wie ernst es den Politikern der EU wirklich ist mit dem Aufbau eines "demokratischen Europas der Bürger".<<

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. ... Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/55,57): >>Brandstifter im europäischen Haus

_ Federico Bischoff

Die sogenannte Euro-Rettung hat die Völker entzweit. Dabei war der entscheidende Faktor der Krise von Anfang an die US-amerikanische Finanzoligarchie. Sie hat auch heute ihre Statthalter in Europa.

... Rom im Visier

Mehr als augenfällig war auch die Koinzidenz der Machtübernahme von Mario Monti in Italien und der Bestellung von Draghi bei der EZB. Monti wurde am 13. November 2011 von Ita-

liens damaligem Präsidenten Giorgio Napolitano mit der Regierungsbildung betraut und stellte drei Tage später sein Technokraten-Kabinett vor. Noch in den letzten Wochen der vorherigen Regierung unter Silvio Berlusconi hatte die EZB in großem Umfang italienische Bonds aufgekauft, um eine Staatspleite abzuwenden.

Doch das reichte Mario Draghi nicht aus: Er wollte Monti, der bis heute als Berater von Goldman Sachs tätig ist und damals European Chairman der Trilateralen Kommission war sowie im Lenkungsausschuß der Bilderberger saß, an der Spitze der Regierung in Rom sehen - und schaffte es letztlich auch, ihn dort zu plazieren. Die italienische Tageszeitung Il Giornale schrieb daraufhin treffend über das Goldman-Gespinnst: "Dies ist jene Bande von Kriminellen, die uns dieses finanzielle Desaster gebracht hat. Es ist, als würde man Brandstifter bitten, das Feuer zu löschen."

Zu Goldman Sachs & Co. schrieb der Ökonom und ehemalige Staatssekretär für Wirtschaftspolitik im US-Finanzministerium unter Ronald Reagan, Paul Craig Roberts: "Diese Banken wollen jegliche Verluste vermeiden, indem sie die griechische, italienische und spanische Regierung drängen, entweder für die Anleihen direkt aufzukommen, was notwendigerweise mit einer extremen Sparpolitik gegenüber ihren Bürgern einhergehen müsste, oder aber der Europäischen Zentralbank einzuräumen, praktisch unbegrenzte Liquidität bereitzustellen, mit der dann die von den Banken gehaltenen Staatsschulden aufgekauft werden."

Die Brandstifter sind immer noch am Werk, das Feuer ist längst nicht gelöscht, und in Italien droht 2019 nach den Haushaltplänen der Regierung Conte/Salvini der nächste Überfall der Goldmänner.

_ Federico Bischoff lebt im Tessin und befaßt sich seit Jahren mit den Machenschaften der US-Finanzindustrie in Europa.<<

Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x948/...): >>Die Europäische Union - von Anfang an Instrument der US-Geostrategie

Die Europäische Gemeinschaft oder Union ist nicht geschaffen, um den Interessen der europäischen Völker zu dienen, sondern diese mit ihrer jeweiligen Souveränität in einer bürokratischen Organisation verschwinden zu lassen - einer wurzellosen übernationalen Staatsform, die nur eine Etappe auf dem Wege zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt. Zu diesem Ergebnis kommen die Archiv-Forschungen des französischen Politikers und Publizisten Philippe de Villiers in seinem neuen Buch. 1) ...

Die Vereinigten Staaten in Europa

... Im April 1948 gründeten die Amerikaner in New York das "American Committee for a United Europe", das die bereits 1947 von Winston Churchill angestoßene "Europäische Bewegung" strategisch und finanziell jahrzehntelang unterstützte. Wichtige führende Mitglieder wurden drei erstrangige Geheimdienstler, die alle Direktoren des CIA waren oder wurden: General William ("Will Bill") Donovan, Walter Bedell Smith und Allen Dulles, der Bruder von John Forster Dulles. ...

Von Monnet gingen nun die entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammte der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte.

Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet. Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union, der von vornherein als voller Staat angelegt wurde: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", "in dem er", wie der Historiker Andreas Bracher schreibt, "Vertreter der

wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände der Mitgliedstaaten zusammenbringt. ... Das 'Aktionskomitee' blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat."

Interessant ist, worauf Gerald Brei hinweist, daß Monnet dieses "Aktionskomitee" 1955 gründete, nachdem er 1954 bei der Gründungskonferenz der Bilderberger dabei gewesen war.

Aus Deutschland waren z.B. Mitglieder des Monnet-Komitees: Kurt Birrenbach, Hans Furler, Kurt Georg Kiesinger, Heinrich von Brentano (alle CDU); Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Freitag (alle SPD) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Wikipedia). Helmut Schmidt war voll des Lobes über Monnets Weitblick und Detailkenntnis und sprach mit Bewunderung und Verehrung von ihm. Eine rührende Gutgläubigkeit und zugleich erschreckende Realitätsblindheit.

"De Villiers betont", hebt Gerald Brei hervor, "daß die Lüge für die EU konstitutiv und nicht nur peripher ist. Das angestrebte Ziel, das globalistische Projekt, sei niemals genannt worden, sondern wurde sorgfältig versteckt und mit schön klingenden Phrasen überdeckt."

Rita Müller-Hill zitiert de Villiers mit den Worten:

"Was in diesem grundlegenden Chaos auffällt, ist die Geheimhaltung bei der Abfassung der Texte; die Protagonisten schreiben sich außerhalb des Rahmens der Institutionen; Schuman gestand später: Es war Jean Monnet, der mit seinen Mitarbeitern in einem kleinen Hotel in der Rue de Martignac, in wenigen Monaten ohne das Wissen der Öffentlichkeit oder gar der Regierung, die Idee der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entworfen hat."

Und schon bei dieser Gründung habe Monnet bekannt: "Unsere Gemeinschaft ist keine Vereinigung der Hersteller von Kohle und Stahl, sie ist in Wirklichkeit der Anfang von Europa, das die Vorwegnahme einer weltweiten Vereinigung ist."

Das bedeutet, daß die EU die Vorstufe zu einem US-gesteuerten planetarischen Management, einer "Welt-Governance" darstellt, was Churchill schon 1947 in London ankündigte.

Das Recht im Dienste von Wirtschaft und Politik

Gerald Brei hebt hervor, daß de Villiers eindringlich schildere, wie die sogenannten vier Grundfreiheiten der EU zur Schaffung des Binnenmarktes: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, das Recht in den Dienst der Nützlichkeit stellen. Alles werde dem Ziel des Binnenmarktes untergeordnet.

"Sämtliche Grenzen werden aufgelöst, seien es Staatsgrenzen oder Unterschiede in den Rechts- und Sozialsystemen. Selbst die einzelnen Rechtsordnungen konkurrieren auf dem Markt der Gesetze und können frei gewählt werden. Nicht einmal die Menschenwürde hat absoluten Stellenwert, sondern muß nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU mit den Erfordernissen hinsichtlich der durch den Vertrag geschützten Rechte in Einklang gebracht werden und unterliegt dem Verhältnismäßigkeitsprinzip."

... Wird das Recht den pragmatischen politischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen (d.h. der Kapitaleigentümer) unterworfen, verliert es den Zusammenhang mit der Moral, so daß Recht und Gerechtigkeit auseinanderdriften. Damit haben wir es in der EU in weitestem Umfange zu tun.

So ist es folgerichtig, daß "weder die Richter (des EuGH) noch die Europäische Kommission (welche die Gesetzesinitiative hat) demokratisch legitimiert (sind) und nicht zur Rechenschaft gezogen werden (können). Das ist von Anfang an so geplant gewesen. Die Herrschaft der elitären Technokraten unterliegt keiner Kontrolle, weil es keine Gewaltenteilung gibt."

Das traditionelle Verständnis von Macht (im Gleichgewicht gehalten durch andere Kräfte und verbunden mit politischer Verantwortung) sei immer mehr durch den diffusen Begriff des Regierens auf mehreren Ebenen ersetzt worden. De Villiers hält das für symptomatisch, weil das

System auf diese Weise ohne starke bürgerliche Persönlichkeiten funktioniert. Die Akteure der "governance" würden entkörperlicht und man könne an die Spitze der EU-Kommission einen x-beliebigen Trunkenbold setzen. Das hätte keine Bedeutung mehr."

Die Institutionen entwickeln ein Eigenleben, das sich immer mehr den Einflüssen der Menschen entzieht.

Der Historiker Andreas Bracher weist darauf hin, daß dies die Handschrift Jean Monnets sei, der die Macht der Institutionen von Anfang an veranlagt habe, um sie über den Tod der Persönlichkeiten hinweg dauerhaft zu machen. Monnet habe einmal ausgeführt:

"Jeder Mensch beginnt die Welt von vorne. Nur Institutionen werden weiser; sie speichern die kollektive Erfahrung; und von dieser Erfahrung und Weisheit her werden die Menschen, die denselben Gesetzen unterworfen sind, schrittweise feststellen, nicht, daß sich ihre Natur, aber daß sich ihr Verhalten ändert."

Darin komme ein prinzipieller Mißtrauen gegen das menschliche Individuum zu Gunsten der Institutionen als der eigentlich weltgeschichtlichen Individualitäten zum Ausdruck. *"Institutionen sind, wie ich schon gesagt habe, wichtiger als Menschen"*, heiße es in Monnets Erinnerungen.

Ein- und Ausblicke

"Von Anfang an", resümiert Gerald Brei, "ging es um die Auflösung der historisch gewachsenen Nationalstaaten, um die Übertragung ihrer Souveränität auf ein supranationales Gebilde (eine Institution). ... Die Protagonisten hätten zwar von einer Stärkung Europas gesprochen, der Bildung einer europäischen Supernation, doch sei es tatsächlich und im Geheimen um eine Enthauptung Europas gegangen, reduziert auf einen Vasallenstatus, entfremdet, unterworfen und machtlos."

Nach de Villiers haben die "Gründerväter" gut gearbeitet. Die "Vereinigten Staaten von Europa" seien die Vereinigten Staaten in Europa. Die Europäische Bewegung hatte nach dem Ergebnis seiner Recherchen nicht Europäisches. Sie war von den US-Amerikanern vollständig infiltriert und gesteuert." (Gerald Brei)

Und Rita Müller-Hill zitiert dazu de Villiers passend: *"Diese Governance arbeitet seit dreißig Jahren daran, nicht etwa 'Europa aufzubauen' - das heißt, die historische Kontinuität einer Zivilisation zu sichern -, sondern im Gegenteil, alles zu dekonstruieren, um seine emotionalen Gemeinschaften zu untergraben und ihre grundlegenden Grenzen und Orientierungspunkte zu vernichten. Es geht nicht darum, eine 'Europazität' aufzubauen, sondern eine 'Globalität', einen geschichts- und formlosen weiten Spielplatz, der von austauschbaren Menschen bevölkert ist."*

Hier spielt de Villiers auf die von den Globalisten auch in der EU betriebene Massenzuwanderung aus kulturfremden Ländern an, durch die die Völker - nach dem Verlust ihrer Souveränität in der EU-Institution - auch ihre kulturelle Identität und die Menschen ihre Orientierung verlieren sollen.

In dem Interview mit *Le Figaro* antwortet er auf die Frage, was er nun mit seinem Buch aufzeigen wolle:

"Daß das heutige Europa, ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen, keine falsche Umsetzung darstellt. Die geöffneten Archive liefern den Beweis: Das dekonstruktive Gen, das die Europäische Union unterhöhlt, befand sich in der DNA der "Gründerväter". Das Programm war von Anfang an festgelegt. Sie wußten, was sie taten und was sie wollten: eine gehirnlose Governance, um sich auf einen globalen Massenmarkt zuzubewegen. Wir sind weit entfernt von einem unabhängigen Europa."

Die beiden von Anfang an vorhandenen aktiven Prinzipien, die Personenfreizügigkeit und die Nichtdiskriminierung, haben wie Radiumstufen gewirkt, die die beiden vor uns liegenden grundlegenden Zivilisationsveränderungen hervorgebracht haben, das Soros-Europa und den

Marrakesch-Pakt (UN-Migrationspakt): Das erste Prinzip - die Personenfreizügigkeit - war die Vorstufe zur Abschaffung der physischen Landesgrenzen, die den austauschbaren, multiunkultivierten Menschen hervorbringt. Und das zweite, die Nichtdiskriminierung, hat das Ende der anthropologischen Grenze vorbereitet, welche einen "Sandmann» hervorbringt, ohne Humus und ohne Nachkommenschaft."

1) Philippe de Villiers: *J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu*. Paris Fayard, 2019 (Deutsch: *Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen*) ...<<

10. Wieso fördert Genderismus das totalitäre Herrschaftssystem des globalen Terrorimperiums?

Im September 1995 wurde während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es ging damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

Beim sogenannten Genderismus handelte es sich jedoch tatsächlich vor allem um die zwangsweise Durchsetzung von Pseudo-Antidiskriminierungsmaßnahmen und um ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielten, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft zu spalten sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.

Der Genderismus ist ein gemeingefährliches Sozialexperiment (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, egoistischen, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen).

Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der totalitären Herrschaftssysteme, wie z.B. Islamismus, Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus, Raubtierkapitalismus, NWO-Globalismus) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne eigenen Nationalstaat (ohne Herkunft und Heimat), ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne stabile familiäre Bindung (Leben in Großkommunen) formatiert werden.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 über "Gender-Mainstreaming" (x887/...): >>>Ein Sozialexperiment

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 90er Jahre (im September 1995) wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei. ...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017 (x893/...): >>>Gender - Was steckt dahinter?

... Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird. ...

Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx

Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß bereits das infame *Kommunistische Manifest* im Jahre 1848 den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.

Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutsch-

land, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:

In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohl gemerkt. ...

Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft

Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:

"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes". ...

Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa-Straßengewalt" - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt. ...<<

Die evangelisch-lutherische "Kommunität St. Michael" berichtete am 30. Dezember 2018 auf ihrer Webseite "www.stmichael-online.de" über einen Staat ohne Religion (x1.011/...):

>>Nicht Religion, sondern Atheismus ist Opium für das Volk

Überlegungen zur Notwendigkeit transzendenter Bindung des Staates

Von *Walter Rominger*

I.

Als vor inzwischen gut zehn Jahren die Mauer verschwand und zumindest in einem Teil der sozialistischen Staaten Lockerungen eintraten, da wurde, vielleicht etwas vorschnell, von einem Niedergang des Sozialismus gesprochen. Jedenfalls scheinen seine tragenden Gedanken nicht mehr staatstragend gewesen zu sein und hat sich das Volk in der weit überwiegenden Mehrheit, falls es den sozialistischen Ideen überhaupt jemals zuneigte, davon entfernt.

Diese Ideen erwiesen sich auf Dauer demnach nicht als tragfähig. Die Entwicklung strafte die grundlegende Doktrin des Sozialismus lügen: Religion ist Opium für das Volk. Um der Wirklichkeit zu entsprechen, müßte formuliert werden: Sozialismus ist Opium für das Volk, und ein Staat auf Dauer nicht ohne Religion (über)lebensfähig. Das bedarf einer näheren Begründung.

II.

Ein Staat kann nicht über längere Zeit ohne transzendente Bindung bestehen. Erkennt ein Staat nichts über sich an und ist die ihn tragende Staatsideologie rein immanent ausgerichtet, so wird er nicht unbeschadet eine längere Zeit überstehen. Der nationalsozialistische Staat wäre deshalb auch bei für ihn siegreichem Kriege kein tausendjähriges Reich geworden, als was er in der Staatspropaganda ausgegeben wurde. Ihm wäre es ähnlich ergangen wie dem Sozialismus, von dem er ja, wie schon der Name sagt, lediglich eine Spielart ist, eins jedenfalls darin, atheistisch und damit antitheistisch zu sein. Man mag durchaus den verlorenen Krieg als Bestätigung dessen ansehen.

Nicht das sog. "Dritte Reich" erwies sich als tausendjähriges Reich, sondern viel eher das erste deutsche Reich, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. In all seiner Unvollkommenheit und trotz aller nötigen Kritik an ihm verstand es sich, wie der Name schon sagt, als von Gott - und dies konnte nur der dreieinige sein - abhängig und ihm gegenüber verantwortlich und zum Gehorsam verpflichtet. Es wurde bewußt als christlicher Staat empfunden.

Der Ausdruck christliches Abendland kommt nicht von ungefähr. Es war demnach bewußt, daß der Staat einer metaphysischen Begründung bedarf. Man war bestrebt, dieses Reich nach

christlich vertretbaren Grundsätzen zu führen. Daß es dabei zu Fehlentwicklungen kam, soll überhaupt nicht bestritten werden. Doch hebt der falsche Gebrauch den rechten nicht auf.

Die Empirie bestätigt, daß ein Staat, der rein immanent ausgerichtet ist, keine Zukunft hat. In negativer Hinsicht wurde dies am Sozialismus gezeigt und von diesem unter Verweis auf den Zweiten Weltkrieg auf den Nationalsozialismus geschlossen. Man könnte in positiver Hinsicht beispielhaft darauf verweisen, daß im (antiken) Römischen Reich alle möglichen Religionen geduldet waren. Christen gerieten deshalb in Konflikt mit dem Staat, weil sie den Kaiserkult ablehnten, der für alle Bewohner des Römischen Reiches als *conditio sine qua non* galt. Jedenfalls scheint das Bewußtsein geherrscht zu haben, daß ein Staat nur existieren kann, wenn er nicht atheistisch ist.

Im antiken Athen wurde Sokrates im Grunde genommen wegen des Vorwurfs, er vertrete Atheismus, hingerichtet. Man mag das, daß nach einer transzendenten Begründung gesucht wird, mit der *revelatio generalis* bzw. *universalis* in Verbindung bringen, welche das Neue Testament ja durchaus kennt (vgl. z.B.: Johannes 1, 9; Apostelgeschichte 14, 15-17; 17, 24-28; Römer 1, 19-21, 28). Dazu gehören auch die ethischen Inhalte der Zehn Gebote (vgl. Römer 2, 14 ff.).

Daß dies keine Heilsoffenbarung ist, sei ausdrücklich erwähnt. Von unserem christlichen Verständnis aus betrachtet handelt es sich um falsche Religion. Die Absolutheit des Christentums bzw. seinen Absolutheitsanspruch dürfen wir nicht aufgeben, und wir haben begründet zu bezeugen, daß wir in Christus die Wahrheit haben und damit unverrückbar das Wort Jesu gilt: "Ich (Jesus) bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich" (Johannes 14, 6). Trotz der Gültigkeit und Unverrückbarkeit dessen muß auch die Richtigkeit dessen festgehalten werden, was Luther im Großen Katechismus zum Ausdruck bringt, wonach noch nie ein Volk so gottlos gewesen sei, daß es nicht eine Religion gehabt habe.

III.

Atheismus, ob nun als philosophischer oder vor allem als praktischer, scheint im großen und ganzen ein neuzeitliches Phänomen zu sein. Dennoch kennt das Neue Testament die gottlosen Epikuräer, die eine atheistische Philosophie vertraten ("Laßt uns essen und trinken; denn morgen sind wir tot!" 1. Korinther 15, 32), aber staatstragende Idee scheint der Atheismus in der Antike nie gewesen zu sein, und als dann das Christentum im Römischen Reich Staatsreligion wurde, konnte dies sowieso nicht mehr sein, und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation verstand sich als christlicher Staat.

Dieser Zusammenhang von Staat und Religion (Christentum in Europa) war bewußt. In der nachreformatorischen Zeit, als die (sichtbare) Einheitlichkeit der Konfession nicht mehr gegeben war, ging dies soweit, daß in einem bestimmten Herrschaftsgebiet eine bestimmte Konfession galt, die sich nach der des Herrscherhauses richtete. Dies sollte das Herrschaftsgebiet leichter regierbar machen und zum Erhalt des Friedens dienen.

Europaweit sind wir, trotz des Abbröckelns des europäisch-asiatischen kommunistischen Herrschaftsblocks in einer gänzlich anderen Situation. Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als weltanschaulich neutraler, säkularer Staat. In der Tendenz gilt dies für andere europäische Staaten genauso. Zwar wird in der Präambel des Grundgesetzes (GG) noch ein Gottesbezug festgehalten und ebenso - aber nicht obligatorisch - ein solcher in der Vereidigungsformel für Präsident, Kanzler und Minister. Vor noch nicht allzulanger Zeit erlebten wir es erstmalig, daß die Hälfte der Bundeskabinettsmitglieder (einschließlich Kanzler) auf diesen Gottesbezug bei ihrer Vereidigung verzichtete.

Sie sind darauf also nicht behaftbar. Sie wollen ganz bewußt Politik ohne Gott machen. Es ist dann auch nicht verwunderlich, wenn die Präambel des Grundgesetzes mit ihrem Gottesbezug noch mehr zur Leerformel wird, auch wenn das zum unveränderbaren Bestandteil des Grund-

gesetzes gehört. Erlebten wir bereits durch die Studentenrevolte (1968 ff.) und die Wiedervereinigung (1989/90) einen Atheisierungsschub, so wurde im Herbst 1998 ein weiterer kräftiger Atheisierungsschub angestoßen, mit von solchen, die vor dreißig Jahren bei den revoltierenden Studenten waren. Die Gesetzgebung deutet dies an (z.B. "Homoehe").

Allem Anschein nach ist eine nachchristliche Prägung verhängnisvoller als eine vorchristliche. Zu beachten ist auch, daß der Islam als nachchristliche Religion als solche schon antichristlich und unentschuldig ist. Dasselbe gilt für andere nachchristliche Religionen auch (vgl. Apostelgeschichte 17, 30 ff.; Römer 1 + 2).

Bewußter Atheismus, das wurde doch bereits bei den Überlegungen zum Sozialismus und Nationalsozialismus deutlich, führt einen Staat in seinen Ruin. Wohl haben wir keinen aggressiven und militanten, aber einen schleichenden Atheismus. Er leitet sich aus keiner totalitären Ideologie her, viel eher aus Liberalismus und Libertinismus. Das Ergebnis dürfte dasselbe sein. Denn der Transzendenzbezug fällt weg.

Die Ethik wird systematisch untergraben, und eine natürliche Ethik, wozu die Zehn Gebote in ihren ethischen Aussagen zählen, wird immer mehr zurückgedrängt zu Gunsten einer von Jürgen Habermas u.a. geforderten und geförderten "Diskursethik", die sich nicht an feststehenden Normen orientiert, sondern an der herrschenden oder auch nur vorgeblichen Meinung der Gesellschaft, die sich dann an rasch wechselnden Mehrheitsmeinungen ausrichtet. Ganz unschuldig daran sind die Theologen Karl Barth, der jede natürliche Ethik bestritt, und Rudolf Bultmann und Helmut Thielicke, die nur eine Situationsethik kannten, nicht.

Eine solche nimmt freilich die natürliche Befindlichkeit des Menschen nicht ernst, da sie unter Verkennung, daß der Mensch Sünder ist, davon ausgeht, der Mensch würde von selbst richtig handeln. Das jedoch trifft nicht einmal für Christen zu. In Theologie und Kirche haben Barth und Bultmann zum Atheismus beigetragen. Freilich wird man nicht einfach eine theologische und kirchliche Entwicklung auf die gesellschaftliche und staatliche übertragen können, aber unbeeinflusst lassen sie diese selbst in einer Zeit, in der ihr Ansehen und ihr Einfluß und mit aufgrund ihrer atheistischen Tendenz abnehmen, nicht.

Jedenfalls wird ein Volk, das aus jüdisch-christlicher Tradition herkommt, mehr schuldig als eines, dem dieses hohe Gut nie anvertraut war. Wir sind dabei, unsere abendländische Tradition, die eine christliche ist, zu verlieren. Europa ist unter dem Kreuz geworden, also unter transzendente Bezug. Wenn sich die Staaten Europas im großen und ganzen lediglich als säkulare Staaten verstehen, die über sich keine transzendente Größe anerkennen, dann gehen sie den Weg der sozialistischen Staaten, da sie, diesen gleich, atheistisch ausgerichtet werden, selbst wenn der Atheismus nicht vorgeschriebene Staatsdoktrin wird.

So kann ein Staat nicht überleben, sondern wird über kurz oder lang ins Chaos stürzen. Der Einzelne wird sowieso nur noch zum Rädchen im Getriebe; aber dahin geht die Tendenz. Europa, das das, was es geworden ist, unter dem Kreuz geworden ist, kann nicht unter vollständiger Absehung davon auf einer wackligen Monopolywährung, die ein Großteil überhaupt nicht will, und welche keinen transzendenten Bezug hat und auch keinen haben will, weitergebaut werden. Staatstragend können Güter dieser Welt nicht sein.

IV.

Entscheidende Aufgabe der Kirche(n) ist (Innere) Mission, damit Menschen zum Heil gelangen. Aber damit fällt gewissermaßen ein wichtiges Nebenprodukt ab. Der Atheismus wird durchstoßen. Mit Atheisten läßt sich nämlich kein Staat machen und es stellt sich die Frage, wie lange noch die zehn Gerechten (vgl. 1. Mose 18, 32) da sind, die das Verderben aufhalten. Um des eigenen Bestandes willen kann ein Staat nicht auf religiösen Bezug verzichten. Zum Abbau dieses transzendenten Bezuges hat bereits die Aufklärung beigetragen, wobei dieser Abbau durch Romantik, Restauration und Neuluthertum (z.B. durch Friedrich Julius Stahl in Preußen) zumindest vorübergehend aufgefangen werden konnte.

Zum Glauben Erweckte sind letztlich auch für den Staat von Nutzen. Schließlich ist es ja auch ein beachtlicher Unterschied, wer Politik macht. Aber allem Anschein nach ist unsere Kirche / sind unsere Kirchen (das gilt für alle Konfessionen Europas) damit überfordert. Sie ist / sind diesseitsbezogen. Damit wird/werden sie nicht allein am Heil des einzelnen, sondern auch mit am Erhalt des Staates schuldig, der auf transzendente Bindung angewiesen bleibt, auch wenn dies die meisten nicht mehr zu wissen scheinen und nicht wollen. Doch mit ihrem jetzigen Gebaren wird/werden sie in trauter Zusammenarbeit mit gottlosen Politikern zu Totengräbern nicht allein der Kirche(n), sondern auch des Staates/der Staaten, weil beide für sich selbst den transzendenten Bezug in Wort und Tat leugnen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 25. Juni 2019 (x1.000/...):

>>**Die hinterhältige Umerziehung der Menschheit**

Wie viele Anstrengungen, Umerziehungsstrategien sowie neue Lehrpläne und Programme prasseln unablässig auf Eltern und ihre Kinder ein! Kla.TV zeigt anhand zweier konkreter Beispiele auf, wie mittels hinterhältiger Manipulationstechniken die Umerziehung der Gesellschaft fortschreitet. Wann endlich werden solche widernatürlichen Entwicklungen gestoppt, bevor die Staatspolitik sie als sinnvoll erklärt und per Gesetz verordnet?!

Es ist erstaunlich, wie viele Anstrengungen, Programme, Umerziehungsstrategien, Neudefinitionen von Werten und neue Lehrpläne auf uns und unsere Kinder einprasseln. So, als wäre die Natur zu gar nichts in der Lage gewesen mit ihren natürlichen Werte- und Ordnungsprinzipien, die intuitiv alle Menschen - nicht nur Kinder - in sich tragen. Selbst Bewährtes muß "neu erfunden" und umgebaut werden.

Leider jedoch nicht zum Besseren hin, sondern vielmehr zu einem totalitären System, welches keine eigene und freie Meinung toleriert. Und das alles vorgeblich zum Wohl der gesamten Menschheit! Ein recht anschauliches Beispiel hierfür ist die hinterhältige Manipulation durch die Overton-Technik, benannt nach dem amerikanischen Soziologen und Juristen Joseph P. Overton. Diese Technik ist wenig bekannt, kommt aber seit Jahrzehnten mit tragischem Erfolg im politischen Alltag zum Einsatz. Etwas Udenkbares wird so lange immer wieder als sinnvoll dargestellt, bis "jedermann" davon überzeugt ist.

Dieser Methode bedient sich die Staatspolitik, die dafür nicht selten auf die Kunst zurückgreift. Ein Beispiel dafür ist das neue britische Theaterstück "No Kids" (keine Kinder), das auch nach Deutschland kommen soll. Es zeigt zwei Homosexuelle, die auf eine wissenschaftliche Studie stoßen, die besagt, daß ein Kind auf dem Weg zum Erwachsenwerden 58 Tonnen CO2 produziere und somit die Umwelt extrem verschmutze.

Diese Studie wird nun aber ebenso wenig hinterfragt wie die von namhaften Wissenschaftlern widerlegte Theorie, daß menschengemachtes CO2 alleinverantwortlich für die Klimaerwärmung sei. Statt dessen diskutieren die beiden Homosexuellen nun, ob man zukünftig der Umwelt zuliebe auf Kinder und Autos verzichten solle. Obwohl Kinder doch die Grundlage für den Fortbestand der Menschheit sind, rückt das Udenkbare, nämlich das Abschaffen der Kinder, plötzlich in den Bereich der Möglichkeit. Wird morgen von jedermann das Autofahren und Kinderkriegen eingestellt, nur weil es als sinnvoll deklariert und zur offiziellen Staatspolitik geworden ist?

Wenn es häufig genug als sinnvoll wiederholt wird, ähnlich wie die CO2-Theorie, vielleicht schon. Ein anderes Beispiel für die heimliche Umerziehung der Gesellschaft ist der Welt-Kernlehrplan. Bereits vor Jahrzehnten begann diese weltweite Bildungsreform. Dabei handelt es sich um die Erschaffung eines neuen Menschheitsideals. Durch sozialpolitische Manipulation (auf Englisch "social engineering") und Neudefinierung ethischer Werte soll das Bewußtsein für eine neue globale Gesellschaft erschaffen werden.

Die Vorlage für diesen Bildungsplan lieferte seinerzeit der deutsch-britische Autor Robert Muller (1925-1998), ehemals stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen. Doch

diesem perfiden Plan stand von Anfang an ein christliches, muslimisches oder anderweitig religiös-moralisches Wertefundament mit stabilen, gesunden Familien entgegen.

Das brachte um so massivere Maßnahmen auf den Plan, um das neue Menschheitsideal dennoch durchzusetzen. Paul Haubner von der National Education Association of America, zu Deutsch: "Nationale Bildungsvereinigung Amerikas", formulierte die neue Zielgebung Ende des 20. Jahrhunderts sehr drastisch: "Unsere Schulen können nicht zulassen, daß Eltern die Art der schulischen Werteerziehung ihrer Kinder beeinflussen. ...

Unsere Ziele sind unvereinbar mit den ihren." Die Krakenarme dieses Planes wirken längst mit Ganztagschulen, voranschreitender Kindergartenpflicht und Frühsexualisierung weltweit in sämtliche Bildungseinrichtungen hinein. Den Menschen sollen jegliche natürliche und traditionelle Auffassungen entrissen werden.

Diese heimlichen und hinterhältigen Umerziehungsmaßnahmen, deren Liste noch lange fortgesetzt werden könnte, kommentiert der österreichische Autor und Schauspieler Johann Nepomuk Nestroy bereits vor über 150 Jahren so: "Die Zensur ist das lebendige Geständnis der Großen, daß sie nur verdummte Sklaven, aber keine freien Völker regieren können."<<

Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die freimaurerische "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese schändliche Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde besonders von den Vereinten Nationen und der EU maßgeblich unterstützt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat durchzusetzen.

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das perfide Ziel, ein totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle Nationalstaaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.

Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.

11. Weshalb soll die traditionelle Familie systematisch zerstört werden?

Anstatt die bürgerliche Familie und ihre Rechte zu schützen und zu fördern, plant der Staat offensichtlich die komplette Abschaffung der bisherigen traditionellen Familie.

Die Zersetzung und Zerstörung der altehrwürdigen bürgerlichen Familie wurde in erster Linie durch die Berufstätigkeit beider Elternteile und die frühzeitig Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen, wie z.B. Kindertagesstätten und Ganztagschulen, eingeleitet.

Je früher die Krippenerziehung und die gezielte Manipulation (eigenmächtige staatliche Umsetzung der Gender-Ideologie) von Kindern in Kindertagesstätten beginnt, desto wirksamer kann die Mutter-Kind-Bindung gestört werden. Aufgrund der fehlenden Mutter-Kind-Bindung entwickeln sich die Kinder zu instabilen Persönlichkeiten, die leicht zu manipulieren sind.

Im Rahmen der "grünen" (kommunistischen) Ideologie entzieht man den Eltern grundlegende Erziehungsrechte, um die individuelle Persönlichkeit der Kinder durch spezielle Manipulationsmaßnahmen (perverse Sexualerziehung etc.) systematisch zu zerstören. Die Spaltung und Zersetzung der bürgerlichen Familie führt letzten Endes zur Zerstörung der gesamten Gesell-

schaftsstruktur, denn die Familie bildete bisher die Basis (Keimzelle der Gesellschaft) für stabile Nationalstaaten.

Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichteten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>>Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)

In allen Kulturen der Welt sind Ehe und Familie - oft auch Großfamilie - der Ort, an dem die nachwachsende Generation geschützt heranwachsen kann und in die Kultur eingeführt wird. In der Familie aufzuwachsen bedeutet aber viel mehr: Zusammen zu erleben, daß Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern sind und dadurch tiefgreifende Erlebnisse im menschlichen Zusammenleben zu machen.

Die Familie ist die Keimzelle einer auf Freiheit, Gerechtigkeit, Verantwortung und gegenseitiger Mitmenschlichkeit beruhenden Gesellschaft. Sie bietet dem Säugling, Kleinkind und Heranwachsenden den Ort, an dem er sich in Geborgenheit, Sicherheit und unter fürsorgender Anleitung von Vater und Mutter, gemeinsam mit den Geschwistern, Mitmensch und innerlich gefestigte Persönlichkeit werden kann. Im Schoße der Familie entwickelt das Kind seine erste Bindung zum anderen Menschen. Soziale Bindung an emotional präsente Erwachsene ist die Grundlage für eine gesunde seelische Entwicklung. ...

Abwertung von Männlichkeit und väterlicher Autorität

Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. ...

Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet. In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit. Es gab in den USA den von einem Amateurchistoriker 1940 verfaßten **Kaufmann-Plan**, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den **Morgenthau-Plan**, der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.

Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".

... Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist **Herbert Marcuse**, der einstige Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."

So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. **Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno** und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:

An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.

Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe. ...

Die Zahl der von der **Frankfurter Schule** und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflussten Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.

Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft.

Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.

So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht. Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform.

Zusammenfassung

... Gerade in diesem von freudo-marxistischer und radikalfeministischer Ideologie durchtränkten Klima wachsen viele Kinder in einem emotionalen Vakuum auf. Die dadurch entstehende Leere wird von den Medien ausgefüllt. Die überlebenswichtige Bindung des Kindes an seine Bezugspersonen wird unterbunden. An Stelle menschlicher Bindung tritt Elektronik: Das Kind wird mittels Television und Video in eine künstliche, unwirkliche Welt eingeführt, zu der die Eltern nur schwer Zugang haben.

... Als Folge davon kommen zu den neuen elektronischen "Erziehern" staatlich finanzierte Tagesstätten für Kinder hinzu. Unter dem Deckmantel sogenannt staatlicher Familienförderungsprogramme wird das Kind dem Einfluß der Eltern noch weiter entzogen.

Die Folgen einer solchen Kollektiverziehung sind zur Genüge aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder bekannt. Es stellt sich die Frage, ob wir wider besseren Wissens unseren Nachkommen die schwerwiegenden negativen Folgen kollektivistischer Erziehung auch noch antun müssen. ...

Die Leidtragenden sind die entelerten Nachkommen. ...

Die Kinder werden heimatlos, bindungslos. Anstatt ihre menschlichen Fähigkeiten entfalten und für Familie und Gemeinwohl einsetzen zu können, werden sie indifferente Konsumenten oder schlimmer: instrumentalisierbare Manipuliermasse für die Machtinteressen der Wirtschaft oder willfähige Soldaten, die jeden Krieg mitmachen. ...

Wer diese Tatsachen kennt, wird alles daran setzen, unsere Nachkommen und ihre Familien vor der Zersetzung der Familie zu schützen, weil jeder Mensch die Erfahrung einer gesunden Familie für eine geglückte Entwicklung braucht. Es scheint nicht einfach zu sein, aus der Geschichte zu lernen. Versuchen wir es. Unsere Nachkommen werden es uns danken.<<

Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtete am 1. März 2014 über eine Rede von Inge Thürkaf in Stuttgart (x1.004): >>Ansprache von Inge Thürkaf pro Elternrecht am 1. März 2014

Danke, daß Ihr auch heute am 1. März wieder so zahlreich auf den Schloßplatz gekommen seid, um Euren Rechten als Eltern Ausdruck zu verschaffen.

Es ist in keiner Weise glaubwürdig, wenn von Seiten der grün-roten Bildungspolitiker behauptet wird, es ginge nur darum, in den Schulen ein Umfeld für Toleranz, Offenheit und gegenseitigen Respekt für verschiedene Lebens- und Liebesweisen zu verschaffen, es bestünde keine Absicht zur Umerziehung.

Die Leitprinzipien des Bildungsplanes sowie der 2012 ins Leben gerufene landesweite Aktionsplan für die "Akzeptanz sexueller Vielfalt" sprechen eine andere Sprache. Dort geht eindeutig daraus hervor, daß Bildung und Erziehung in den Schulen mit den Farben des Regenbogens durchzogen werden sollen.

Das Emblem auf dem Papier für "*Lesbische und Schwule Lebensweisen*" mit dem Untertitel "Wir bilden die Zukunft" der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft zeigt unmißverständlich eine Fahne in den Regenbogenfarben.

Soll dies ein Vorgeschmack auf die eventuelle Neugestaltung der Nationalflagge sein - nicht mehr Schwarz-Rot-Gold, sondern Regenbogen?

Der Einmarsch der deutschen Sportler in Sotschi im Regenbogenkostüm könnte diesen Eindruck noch verstärken und zeigt vor allem, wie weit die Diktatur des Regenbogens schon weltweit in Fahrt gekommen ist.

Ideologischer Zwang der Gender-Lobby

Es gehört zum Christsein, daß jeder Mensch in seiner Individualität und Einzigartigkeit vor Gott angenommen wird.

Doch können wir nicht akzeptieren, daß an allen öffentlichen Schulen alle Schüler schon von der 1. Klasse an oder noch früher vergendert werden, d.h. in verschiedene sexuelle Lebens- und Liebesweisen eingeführt werden sollen, wie z.B. homosexuell, lesbisch, bi-, transsexuell usw.; in der Zwischenzeit soll es ja - vorläufig wenigstens - 58 Geschlechter geben, die wir alle - nach Ansicht der Gender-Lobbyisten - als völlig **gleichwertig zu betrachten haben**.

Das ist ideologischer Zwang. Eine Minderheit von Gender-Gläubigen bzw. ihre Lobby will der Mehrheit der Bevölkerung eine neue Ideologie aufdrängen.

Hinter dem Genderismus steht der Gedanke, den Menschen von allen angeblich natürlichen Auffassungen zu befreien. Um dies zu erreichen, brauche es eine gendergerechte geistige Umerziehung, die so früh wie möglich beginnen soll.

Inzwischen schreckt man nicht davor zurück, die Neuformung der Geschlechtsidentität nicht nur in Kindergärten und Schulen, sondern bereits schon in Kindertagesstätten anzusetzen. Um deutlich zu machen, worum es sich bei den Kitas im Grunde handelt, nennt man sie ganz offen "gendered institutions".

Der Hintergedanke dieser Gender-Institutionen ist, daß ein auf diese Art umerzogenes Kind sehr früh begreifen lernen soll, daß es nicht nur Mann und Frau gibt, sondern daß die Palette viel bunter und reichhaltiger ist. Die Kinder sollen beizeiten lernen, selbst wie Homos, Lesben, Bi- und Transsexuelle usw. zu leben.

Auch werden Kindergarten- und Schulbücher geändert in dem Sinn, daß nicht mehr von einer Ehe zwischen einem Mann und einer Frau die Rede sein darf, weil dies die übrigen 58 Geschlechter diskriminieren würde.

Leitbild der klassischen Ehe entschwindet

Auf diese Weise wird den Kindern immer mehr das Leitbild der monogamen Ehe von einem Mann und einer Frau als Orientierung für ihr Leben genommen. Kinder lernen nicht mehr, daß Ehefähigkeit eine kulturelle Leistung ist, die erst entwickelt werden muß.

"Nach Karl Marx ist die Auflösung der Familie eine der Hauptaufgaben der sozialen Revolution." - Doch gerade in Revolutionen und Kriegen, in den schweren Zeiten der vergangenen Jahrhunderte hat sich eines deutlich gezeigt: "Die Familie ist der wärmste Ort gegen die Kälte dieser Welt".

Seit über einem halben Jahrhundert leben wir hier im Westen ohne Krieg, in vollständiger sozialer Sicherheit. In dieser behaglichen Ruhe des Wohlstands haben wir nun eine Theorie entwickelt, die dem gesunden Menschenverstand völlig zuwiderläuft: der strategische Plan zur Umwandlung der Gesellschaft im Namen von Gender Mainstreaming; eine Ideologie, die sämtliche gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Werte in Frage stellt.

Frühsexualisierung der Kinder

Eines der erfolgreichsten Mittel, Gender in der Gesellschaft durchzusetzen, ist die Frühsexualisierung von Kindern, die diesem totalitären Zugriff hilflos ausgesetzt werden.

Man konfrontiert sie in den Schulen mit Materialien, die nur allzu oft die Schamgrenze überschreiten. Wie eine Unterrichtsstunde gendergerecht ablaufen kann, schildert ein Bericht aus der Schweiz.

12-jährige beschreiben den Besuch der "Sextante", wie sie die Aufklärerin nennen. Sie sei ihnen eher negativ in Erinnerung geblieben, schreiben sie. Über einige ihrer Äußerungen waren die Schüler und Schülerinnen schockiert. Manche hatten Probleme mit vulgären Begriffen und wollten sie aus Scham nicht aussprechen. Sie wurden aber gezwungen, sie doch auszusprechen. Die Sextante meinte, sie sollen doch keine Hemmungen haben und einfach reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen sei.

Zerstörung des natürlichen Schamgefühls

Warum will man die Scham der Kinder zerstören? Ist dies nicht im Grunde sexuelle Belästigung von Kindern und Jugendlichen, wenn sie sich mit sexuellen Fragen auseinandersetzen müssen, die sie noch gar nicht interessieren?

Offensichtlich hat uns der Ausspruch Lenins eingeholt, der sagte: "Interessiert die Jugend für Sex und ihr habt sie in der Hand." - Ich kann die Jugendlichen nur dazu ermuntern, über ihre Erfahrungen und Empfindungen zu berichten in Bezug auf die Gender-Umerziehung in den Schulen.

Sigmund Freud wußte, wovon er sprach, wenn er warnte, daß Kinder, die (früh) sexuell stimuliert werden, nicht mehr erziehungsfähig sind, die Zerstörung der Scham bewirke eine Enthemmung auf allen anderen Gebieten.

Gender: Zukunftsprogramm der UNO

Sexualisierung der Kinder ist der Schlüssel zur Destruktion der Familie und der Religion, sie führt zur Bindungslosigkeit und letztlich zum Untergang des Staates. Menschen, die losgelöst sind von allen Bindungen, sind leicht einzubinden in das, was heute offen, auch von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel als *Neue Weltordnung* bezeichnet wird.

Die Neue Weltordnung ist keine Verschwörungstheorie, sondern das Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der UNO, und Gender Mainstreaming ist eines ihrer mächtigsten Programme.

Wo bleibt eigentlich in der ganzen Diskussion unser Recht für eine selbstbewußte und selbstbestimmte Entscheidung für Ehe und Familie, bestehend aus einem Mann und einer Frau, wie es im Grundgesetz verankert ist, und wie sie nicht nur in der jüdisch-christlichen Kultur, sondern in den verschiedensten Kulturen seit Jahrtausenden gelebt wird?

Im Übrigen darf die Frage erlaubt sein: Was geht eigentlich in Menschen vor, die sich Lehrmaterialien ausdenken, wie wir sie im Bildungsplan 2015 vorfinden und sie auch anwenden?

Denken wir denn nicht daran, daß nachfolgende Generationen eines Tages auch über uns urteilen werden? Daß Kinder ihre Eltern eines Tages fragen werden, wo wart ihr, als es darum ging, politisch korrekt die traditionelle Ehe zwischen Mann und Frau in Frage zu stellen?

Wo wart ihr, als man versuchte, uns in der Schule verschiedene Liebesweisen schmackhaft zu machen und wir uns dadurch beschmutzt und mißbraucht fühlten?

Wo wart ihr, als die Begriffe Mann und Frau politisch korrekt in staatlichen Dokumenten gestrichen wurden und die Begriffe Vater und Mutter durch Elter I oder Elter II ersetzt wurden, wie es in einigen Ländern schon geschehen ist?

Armutszeugnis für Demokratie und Meinungsfreiheit

Habt ihr euch deshalb nicht zu Wort gemeldet, weil Kritik an der Gender-Ideologie mit Verleumdungen wie reaktionär, faschistisch, rassistisch, homophob, fundamentalistisch usw. bedacht wurde? Wart ihr durch diese primitiven Beschimpfungen so verunsichert, daß ihr nicht erkannt habt, daß sie nichts anderes sind als ein Armutszeugnis für Meinungsfreiheit und Demokratie?

Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie selbst sind nicht nur Familienvater, Sie sind auch unser Landesvater und - Sie sind katholischer Christ und in dieser Eigenschaft erlaube ich mir, Sie nun anzusprechen: Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um die Gender-Ideologie zumindest in Ihrem Regierungsbereich Baden-Württemberg zu stoppen, um uns und unsere Kinder zu bewahren - vor der Neuen Weltordnung der Sexualität.

Unsere Autorin Inge M. Thürkauf ist Theaterschauspielerin und katholische Publizistin; sie lebt im Schwarzwald.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 16. Februar 2015

(x892/...): >>Die systematische Zerstörung der Familie durch die Politik

Am Samstag den 7. Februar veröffentlichte "Die Tagespost" einen ausgesprochen guten und mutigen Artikel von Martin Voigt unter dem Titel "Wer sind wir eigentlich?"

Der Beitrag ... thematisiert den vollständigen Zerfall der Moral, die "Umwertung aller Werte" und vor allem die systematische Zerstörung von Ehe und Familie durch den Staat. Der Staat selbst wird damit zum Totengräber seiner eigenen Grundlage. ...

Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen?", schreibt Martin Voigt, der als Jugendforscher mit dem Schwerpunkt Sexualisierung unter Teenegern arbeitet. Der Staat im Verbund mit Linksradikalen und den Medien unterließ nichts, um diesen Menschen den Mund zu verbieten, sie zu diskreditieren und nach der Methode der letzten 25 Jahre als "Nazis" zu beschimpfen.

Voigt stellt selbst nun die Frage, die vom politisch-medialen Komplex im Verein mit den Linksradikalen unterdrückt wird. Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen? Ein Grund für den Zerfall von Pegida dürfte gewesen sein, daß die Teilnehmer und die Führung diese Fragen selbst nicht beantworten konnten.

Er schreibt: "Die Inventur unseres moralischen Zustands soll mit dem Programm jener Politiker beginnen, die sich weigern die Nationalhymne zu singen, die christliche Feiertage und Symbole abschaffen und den Gottesbezug aus der Verfassung streichen: Abtreibung als Menschenrecht, Babys in die Krippe, Alte in Heim, Sterbehilfe auf Rezept. Haben Politiker Schuld oder sind sie ein Symptom? Sie wollen das Ehegattensplitting und Betreuungsgeld abschaffen und reden von "Nur-Hausfrauen" und "Heimchen am Herd". Sie fordern Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und Abitur für alle. Sexuelle Vielfalt soll in jedes Schulbuch. "Habt Spaß, probiert alles mal aus", sagen die Pädagogen von *pro familia*."

Das ist in Kurzform das Programm der deutschen Politik. Dahinter steht eine Kulturrevolution, die bereits seit den 1960er Jahren betrieben wird, aber auf Karl Marx, den Sozialismus und Kommunismus zurückgeht. Daß Politiker einer Partei, die sich selbst "christlich" nennt, dabei nicht selten mitwirken, zeigt, wie weit dieses Denken heute gesellschaftsfähig geworden ist.

"Drei wesentliche Zielscheiben hat die Kulturrevolution: 1) Mutter-Kind-Bindung, 2) Familien, 3. Polarität der Geschlechter und stabile sexuelle Bindungen." Durch all dies werden

Kinder und Jugendliche für sexuellen Mißbrauch leicht zugänglich, wie der Autor mit Bezug auf das Beispiel Rothenham zeigt.

"Die totalitären Tendenzen deutscher Familienpolitik beschreibt Hanne K. Götze in ihren Beiträgen zu den psychosozialen Spätfolgen der Krippenerziehung: "Die Bindung muß - je früher, um so wirksamer - gestört werden, denn instabile Persönlichkeiten mit unsicheren Bindungsmustern sind um so leichter manipulierbar." Rot-Grün weiß das nicht erst seit Manuela Schwesig. Schon 2002 schwärmte Olaf Scholz vom Ausbau der Ganztagsbetreuung und von einer SPD, die "die Lufthoheit über den Kinderbetten" und "die kulturelle Revolution" erreicht."

Ziel ist, wie gesagt, die Zerstörung jeder echten Eltern-Kind-Bindung, die Zerstörung der Familie als der grundlegenden Gemeinschaft, deren Manipulation nicht leicht möglich ist, da sie sich allen revolutionären Veränderungen widersetzt. Dies wußten schon Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin, aber auch Hitler und seine nationalen Sozialisten. Dieses Ziel wird von den Revolutionären inzwischen immer mehr erreicht: "Die dritte Generation, die Enkel der 68er, entwickeln sich zu einem bindungsunfähigen, egozentrischen, konsumorientierten Proletariat, das auf einfache Reize reagiert, Universitäten an ihr Limit bringt, an Windenergie glaubt, irgend etwas "Soziales" wählt und den x-ten Ex via *WhatsApp* abserviert".

Es sind die Menschen, die bei der sogenannten Antifa mitlaufen, wenn es gegen Demonstranten geht, die für das Leben und gegen Abtreibung demonstrieren. In ihren Plakatsprüchen bringen sie eigentlich nur ihre eigenen biographischen Brüche und den daraus resultierenden Selbsthaß zum Ausdruck, wie Martin Voigt schreibt. "Der Haß auf die eigene Herkunft ist der gemeinsame Nenner jeglicher linker Couleure von den steuerfinanzierten Autonomen über Quer-Aktivistinnen bis zu Vertretern der evangelischen Kirche.

"Der Glaube ist heute zur Intimsphäre geworden, während wirklich Intimes überall publik gemacht wird", sagte der Dresdner Bischof Heiner Koch mit offensichtlichem Bezug zu Sigmund Freud: "Schamlosigkeit ist das erste Anzeichen von Schwachsinn".<<

12. Warum wurde das altbewährte deutsche Bildungssystem abgeschafft?

Die deutsche Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule (ging auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU damals noch für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium). Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten jedoch allmählich konsequent zerlegt.

Obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten, führte man u.a. das umstrittene US-Diplom (Bachelor/Master) ein.

Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde zusätzlich die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache endgültig als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache auszuschalten.

Aufgrund der ständig geringeren Leistungsanforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie Aussetzung des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen wurde der Bildungsstandard für alle Schüler drastisch gesenkt.

Infolge der sogenannten "Inklusion" sollen z.B. geistig, körperlich, sozial oder sonst wie behinderte Kinder in "normale" Schulklassen integriert werden (alle Kinder sind gleich bzw.

alle Kinder sind irgendwie behindert und sind deshalb gleich zu machen). Fast niemand kümmert sich darum, daß besonders die behinderten Kinder unter der Inklusion leiden und die Lehrer hoffnungslos überfordert werden.

Wegen des mangelhaften Schulunterrichtes besitzen heutzutage viele Schüler nicht mehr die erforderlichen Grundkenntnisse, die eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium gewährleisten.

Der "Rheinische Merkur berichtete am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:

"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2004 (x887/...): >>Der Schriftsteller und Humorist Vicco von Bülow alias Loriot geht in der Bild vom 26. August die Rechtschreibreform hart an und stellt sie in einen größeren Zusammenhang:

"Jede Form der billigen Vereinfachung und Verstümmelung beraubt unsere Sprache ihrer Wirkung. Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügen wird, sich grunzend zu verständigen.

Keine Regierung darf es sich erlauben, eine Kulturnation zu einer Klasse von Schülern zu degradieren, denen nicht die geringste Anstrengung zumutbar ist. Es wäre mir peinlich, müßte ich mit Hilfe meiner geliebten Sprache zum Ungehorsam gegen den Staat aufrufen. Ich möchte auch nicht erleben, daß mir ein junger Mensch versichert, ihm sei es egal, woher er komme. Denn ich müßte ihm sagen: 'Dann ist es auch wurscht, wohin du gehst.'<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2006 (x887/...): >>**Demontage der Kultursprache Deutsch**

Deutliche Zeichen für die Demontage der Kultursprache Deutsch sind der stupide Umgang mit der sogenannten Rechtschreibreform und die Zerstörung der deutschen Sprache durch ein Übermaß an gezielt importierten oder gedankenlos übernommenen Anglizismen, die auch von staatlicher Seite betrieben, zumindest aber hingenommen wird. ...

Die 1996 von Staaten des deutschen Sprachraums beschlossene Rechtschreibreform, die für Ämter und Schulen vom 1. August 1998 an gilt und deren Ziel es war, die Rechtschreibung zu vereinfachen, wurde zu einer politischen Blamage, an deren Ende die Auflösung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung in diesem deutschen Sprachraum stehen könnte. Jedenfalls ist die "Ruhe an der Rechtschreibfront" noch nicht abzusehen, und statt eines Reglements zeichnet sich ein Durcheinander ab. ...<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 14. Dezember 2017: >>Bildungspolitik - Bildung, die schaffen wir ... ab!

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Die Forderungen nach mehr sozialer Durchmischung der Schulen werden lauter. So sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren mitziehen. Doch die Reformen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler

Immer lauter und immer öfter wird die Forderung nach einer stärkeren vom Gesetzgeber reglementierten sozialen Durchmischung der Schulen erhoben. ...

Die Forderung der "Durchmischung" an den Gesetzgeber geht von folgender Vorstellung aus: Der mangelhafte Wortschatz von Grundschulern und ihre Handicaps im Erlernen des Lesens und Schreibens beruht darauf, daß immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in den Klassen auf Kinder treffen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. ...

Niedrigeres Niveau für alle

... Man erklärt Kinder zur Verschiebungsmasse und macht sie zu Ausputzern einer verkorkten Einwanderungs- und Bildungspolitik, bringt die Senkung von Bildungsstandards politisch ernsthaft ins Gespräch und zwingt die Kinder in Einheitsschulen. Das alles zeugt von wenig Respekt den Kindern gegenüber, zeugt von einem Bildungsstalinismus, der die Kinder zu einem Rädchen im Getriebe erklärt und noch dazu entscheidende Fragen außer acht läßt, die bereits vor der großen Zuwanderung eine Rolle spielten.

Absurder neuer Lehrplan

Das beginnt bei der Einsparung von Lehrern, die dazu geführt hat, daß heute fast jeder ohne besondere Qualifikation unterrichten darf. Und es endet bei zweifelhaften, ideologiegetriebenen pädagogischen Experimenten wie Flexklassen, Erlernen des Schreibens nach Gehör, Verbot des Diktatschreibens, Abschaffung der Schreibschrift, Schaffung eines dem Wissenserwerb hinderlichen Zwangssystems von Gesellschafts- und Naturwissenschaften als große Unterrichtskomplexe. ...

Schädliche Bildungsreform

... Schaut man sich die Vielzahl schädlicher "Bildungsreformen" an, kann man schwerlich dem Eindruck widerstehen, daß Bildungspolitik die Absenkung der Bildungsstandards zum Ziel hat.

Eine andere Studie besagt, daß Deutschland nur in einem Bereich sehr weit vorn liegt, und zwar in der Teamfähigkeit. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses brach darüber Jubel aus, denn Wissen wäre nicht mehr wichtig, so hieß es, Wissen kann man sich schließlich auch ergoogeln. Menschen, die sich nur noch Wissen ergoogeln können, sind aber in allem abhängig von Google. Wir wissen zwar nichts, aber es ist doch toll, daß wir jetzt mal zusammen sind. ...<<

13. Wer leitete die Verteidigungsunfähigkeit der deutschen Bundeswehr ein?

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderausstellung mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32

Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944":

>>**Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung**

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...

Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahresheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewe (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.

Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert. ...

Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Mord an den Vätern - Die angebliche? Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.**

Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...

Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.

Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die besten bewertet. ...

Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt ... gewesen.

Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.

Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>Per Losentscheid zur Bundeswehr?

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. Juni 2011: >>... Ende der Wehrpflicht

"Wir dienen Deutschland" ab jetzt freiwillig

Die Wehrpflicht ist 55 Jahre alt geworden. Mehr sollen es nicht werden. Wehr- und Zivildienst werden ersetzt. Von Freitag an sollen es Freiwillige richten.

Nach 55 Jahren ist die Wehrpflicht in Deutschland Geschichte. Von Freitag an werden Wehr- und Zivildienst durch neue Freiwilligendienste ersetzt, die Männern und Frauen offen stehen. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) will künftig mit dem Slogan "Wir. Dienen. Deutschland" die Nachwuchswerbung verstärken. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) will die Bundeswehr durch verschiedene Maßnahmen attraktiver machen, um die angestrebte Personalstärke von 175.000 Soldaten zu sichern.

Die Wehrpflicht war in der Bundesrepublik im Juli 1956 per Gesetz eingeführt worden. Die ersten 10.000 Wehrpflichtigen wurden zum 1. April 1957 eingezogen. Seitdem haben insgesamt 8,3 Millionen junge Männer ihren Pflichtdienst geleistet. Die letzten 12.000 Wehrpflichtigen wurden zum 3. Januar dieses Jahres einberufen. Ihre sechsmonatige Dienstzeit endete am Donnerstag. Die Wehrpflicht bleibt allerdings im Grundgesetz verankert und kann bei Bedarf mit einfacher Mehrheit in Bundestag und Bundesrat wieder eingeführt werden. ...

Wehrbeauftragter Königshaus sagte, die Aussetzung der Wehrpflicht bedeute eine "völlige Veränderung des Charakters der Bundeswehr". ...

Er zeigte sich auch offen für die Aufnahme von in Deutschland lebenden Ausländern in die Bundeswehr. Für Bewerber ohne deutschen Paß müßte es dann allerdings auch "eine vereinfachte Möglichkeit der Einbürgerung" geben. Die Gefahr einer Entwicklung der Bundeswehr zu einer "Unterschichtenarmee" nach dem Aussetzen der Wehrpflicht sieht der Wehrbeauftragte nicht. "Wir haben zurzeit die am besten gebildete und ausgebildete Armee der Welt." Die Bundeswehr biete Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten, die es woanders nicht gebe, deswegen sehe er "die Gefahr einer Verrohung nicht".<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 16. November 2017: >>"Das ist unfassbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. ...

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfassbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.

"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." ...

Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere und maximal 72 km/h schnelle Kettenfahrzeug kann

aus seiner Hauptwaffe, der Glattrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern. ...<<
Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht (ab 1. Juli 2011), der Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute von der zivilen Gesellschaft entkoppelt und praktisch nicht mehr verteidigungsfähig.

14. Wie sollen die Deutschen um jeden Preis das Weltklima retten?

Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wurde am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthielt erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer. Das Kyoto-Protokoll trat letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. März 2001 über die Entwicklung des "Klimaschutzes" (x887/...): >>>Die Revolte der "Achtundsechziger"

... Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".

Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch keinem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.

Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der, verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.

Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.

Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen. ...

... Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!

Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig

wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei.

Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. September 2001: >>"Kohlendioxid ist kein Luftschadstoff"

Interview: Der Meteorologe Wolfgang Thüne hält den Treibhauseffekt für eine Erfindung der Atomlobby

Herr Dr. Thüne, wie stehen Sie zur aktuellen Diskussion über den zu hohen Kohlendioxid-Ausstoß in den Industrieländern und die damit zusammenhängende Erderwärmung?

Thüne: Als Meteorologe halte ich die ganze Treibhaus-Diskussion für absurd. Als Soziologe nehme ich sie überaus ernst, verbirgt sich doch hinter dem Konzept Klimaschutz ein gewaltiges, ja globales kulturrevolutionäres Projekt zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaften. Dies steckt versteckt in der Behauptung, allein die reichen Industrieländer seien über den Kohlendioxid-Ausstoß für die Erderwärmung verantwortlich.

Sind sie das also nicht?

Thüne: Nein, das ist physikalisch unsinnig! Es gibt keine guten und keine bösen Kohlendioxidmoleküle! ...

Die Behauptung vom natürlichen Treibhauseffekt ist eine raffinierte wissenschaftliche Lüge!
Woran liegt es denn, daß die Meinungen der Wissenschaftler zum Thema Treibhaus-Emissionen so weit auseinandergehen?

Thüne: Die hochgradigen Meinungsverschiedenheiten unter den Wissenschaftlern sind Folge der unterschiedlichen politischen Gesinnung und der Tatsache des "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing"! ...

Buch zum Thema: Wolfgang Thüne: "Der Treibhausschwindel - Die Erde steckt in keinem Glashaus" ...<<

Die evangelisch-lutherische "Kommunität St. Michael" berichtete später auf ihrer Webseite "www.stmichael-online.de" über den angeblich von Menschen verursachten "Klimawandel" (x1.010/...): >>"Wir retten die Welt"

Mit geradezu messianischem Pathos versammeln sich ab Montag 15.000 (!!!) Wissenschaftler, "Experten", Diplomaten, Politiker und Minister zur größten Konferenz der letzten Jahrzehnte, dem sogenannten "Weltklimagipfel". Festes Ziel dieser Versammlung ist die Rettung der Menschheit, oder noch besser, die Rettung unseres Planeten.

Vor was soll denn der Planet gerettet werden? Vor dem angeblich von Menschen verursachten "Klimawandel", der das gesamte Leben auf dieser Erde bedroht. *Das Civitas Institut veröffentlicht in den kommenden Tage eine Fortsetzungsreihe über die Hintergründe dieses größten Betrugs der Menschheit seit dem Kommunismus.*

... **1. Teil.**

Rechnet man allein den Energieaufwand für diesen Gipfel zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß ohne diesen Gipfel die Atmosphäre der Erde erheblich geringer belastet würde, als das durch diesen Gipfel der Klimawandel gestoppt würde. Allein die Anreise der über 15.000 Teilnehmer aus 192 Nationen, die natürlich nicht zu Fuß oder per Fahrrad anreisen, sondern mit dem Flugzeug, trägt nicht unwesentlich zur Verschmutzung der Umwelt und der Erhöhung des CO₂-Gehaltes bei.

Doch worum geht es überhaupt?

Nach Auffassung von sogenannten "Experten", das sind insbesondere vier Klimaforschungsinstitute (von einigen Tausend) die im sogenannten "Weltklimarat" zusammengeschlossen sind, wird die Erde sich in den nächsten Jahrzehnten erheblich erwärmen. Die genaue Höhe

der Erwärmung ist umstritten. Die Zahlen liegen zwischen 7 Grad und 14 Grad Celsius. Wenn dies zutrifft, dann besteht allerdings eine nicht unerhebliche Gefahr für das "Weltklima" (ein Begriff, der blödsinnig ist und speziell hierfür geschaffen wurde). Dies kann man sich auch ohne Experte zu sein, leicht ausrechnen.

Nun sind die "Experten" zugleich davon überzeugt, daß diese Erderwärmung eine anthropogene Ursache hat, d.h. daß sie vom Menschen gemacht ist. Neben Methan und einigen anderen Gasen sowie Wasserdampf wird als Hauptursache der Erderwärmung das Kohlendioxid, chemische Formel CO₂, verantwortlich gemacht. Dieses Gas kommt auch natürlicherweise in der Erdatmosphäre vor, doch die Experten haben festgestellt, daß sich der Anteil von CO₂ in der Atmosphäre seit der Industrialisierung "exorbitant" erhöht hat und das die Ursache dafür die Verbrennungsprozesse sind, die durch Industrie, Verkehr und anderes entstehen.

Um das "Klima" zu retten, muß man folglich nach Meinung der "Experten", die inzwischen von Politikern, Ökosozialisten und anderen linken Ideologen, insbesondere den Medien unterstützt werden, den Ausstoß von CO₂ reduzieren und zwar gewaltig.

Die dafür vorgeschlagenen Maßnahmen würden in den kommenden Jahrzehnten nicht nur mehrere 10 Billionen Dollar kosten, sondern auch das Wirtschaftswachstum radikal reduzieren und zu einer gewaltigen Umverteilung des Reichtums führen.

Soviel zum Schreckensszenario der "Klimaforscher" im Dienste der Ökoideologen. Mit geradezu religiöser Terminologie wird die zweite Erbsünde im Verbrauch von CO₂ gesehen und die Rettung der Menschheit kann durch den Menschen selbst erfolgen, indem er den CO₂ Verbrauch reduziert. Was ist an diesen Behauptungen dran? Antwort: So gut wie nichts!

Dazu zunächst einige Tatsachen:

1. Das global freigesetzte CO₂ auf unserer Erde kommt zu 97 % aus der Natur (Ozeane, Verwitterung von Carbonaten, Atmung der Lebewesen, Verwesungsprozesse, Vulkane).
2. Nur 3 % des gesamten CO₂ auf der Erde stammt aus menschlicher Tätigkeit (Industrie, Landwirtschaft, Brandrodung etc.). Nach Auffassung des Umweltbundesamtes macht der menschliche Anteil sogar nur 1,2 % aus.
3. Der Anteil von CO₂ an der Atmosphäre beträgt insgesamt zwischen 0,03 und 0,038 Prozent. Der Rest ist Stickstoff (78 Prozent), und Sauerstoff (21 Prozent). Das alles haben wir früher auch in der Schule schon so gelernt und gehört zur Allgemeinbildung.
4. Von diesen, sagen wir mal, 0,038 Prozent CO₂ in der Atmosphäre beträgt der menschliche Anteil also maximal 3 Prozent, das sind 0,00114 % der Erdatmosphäre.

Schlußfolgerung des gesunden Menschenverstandes: Selbst wenn alle Menschen sofort aufhören würden irgend etwas zu verbrennen, wenn also der gesamte vom Menschen gemachte Anteil am CO₂ in der Atmosphäre beseitigt würde, wäre davon absolut nichts zu bemerken.

... 2. Teil

Die neue Erbsünde - Der CO₂-Verbrauch

Die Weltklimakonferenz mit 15.000 Teilnehmern aus 192 Nationen hat (am 7. Dezember 2009) in Kopenhagen begonnen. Die Rettung der Welt steht auf der Tagesordnung. Dazu muß die Welt von der "neuen Erbsünde" erlöst werden, dem CO₂-Verbrauch. Denn die dort versammelten Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler, Minister usw. sind der festen Überzeugung, daß der Klimawandel durch das CO₂ verursacht wird, das der Mensch durch die moderne Industrie und Landwirtschaft erzeugt. Und die Medien trompeten diese Lüge in die Welt hinaus.

Im ersten Teil unserer Reihe zur Weltklimakonferenz haben wir gesehen, welchen Anteil das CO₂ an der gesamten Atmosphäre hat und wieviel davon vom Menschen beigetragen wird. Die Schlußfolgerung war, daß selbst dann, wenn die CO₂-Emissionen des Menschen auf Null reduziert würden, sich keine Veränderung des Klimas ergäbe.

Nun ist es aber sogar so, daß das CO₂ so gut wie überhaupt keine Rolle auf das Wetter und

damit das Klima hat. Unter Klima versteht man übrigens das Durchschnittswetter über einen längeren Zeitraum von dreißig Jahren. Prognosen über eine Klimaveränderung sind angesichts dessen, daß man selbst das Wetter der nächsten drei Tage nur mit einer Wahrscheinlichkeit unter 50 Prozent vorhersagen kann, praktisch unmöglich. Auf solche Unmöglichkeiten stützen sich aber die in Kopenhagen versammelten "Klimaexperten", um in den nächsten Jahren Milliarden von Euro zur "Rettung der Erde" auszugeben.

Wie ist es nun mit dem Einfluß des CO₂ auf das Wetter, oder das Klima?

Die Tatsachen:

1. Das allermeiste CO₂ auf unserem Planeten ist in den Meeren gebunden. Diese enthalten sechzig mal mehr CO₂ als die Atmosphäre.
2. Bei einer Erwärmung der Meere wird CO₂ an die Atmosphäre abgegeben, während dann, wenn es wieder kälter wird, das CO₂ wieder in den Meeren gebunden wird.
3. Dies bedeutet, daß der CO₂-Gehalt der Atmosphäre von der Meerestemperatur abhängt.

Schlußfolgerung des gesunden Menschenverstandes:

Nicht das CO₂ führt zu einer Erwärmung der Atmosphäre, sondern umgekehrt führt eine Erwärmung der Atmosphäre und damit der Meere zu einer Erhöhung des CO₂.

Beweise für diese Tatsache sind bereits hundertfach erbracht worden und können z.B. durch die Untersuchung von Bäumen, Bohrkernen aus der Erde und anderen geologischen Befunden sowie aus Eisbohrkernen von den Polen belegt werden.

Damit sind zunächst zwei der wesentlichsten Behauptungen der Ökosozialisten und anderer Klimahysteriker widerlegt:

A. Eine menschliche Verursachung für einen höheren CO₂-Gehalt der Atmosphäre gibt es nicht.

B. Selbst wenn der Mensch wesentlich an einer Erhöhung des CO₂ in der Atmosphäre beteiligt wäre, spielt das CO₂ für eine Erderwärmung überhaupt keine Rolle, denn die CO₂-Erhöhung in der Atmosphäre ist eine Folge der Temperaturerhöhung und nicht deren Ursache. In unserem nächsten Beitrag stellen wir die Frage: **Gibt es eine Erderwärmung und wenn ja, welche Ursachen hat diese?**

Wird die Erde wärmer?

In Kopenhagen tagen derzeit über 15.000 Fachleute und Politiker aus 192 Nationen, die sich in den Kopf gesetzt haben, die Erde zu retten. Denn diese Leute glauben, die Erde sei durch eine schlimme Erwärmung bedroht, für die der Mensch verantwortlich ist. Viele der in Kopenhagen versammelten glauben zwar nicht an Gott, doch dafür an das Märchen, das vom Menschen verursachte Kohlendioxid würde bis zum Jahr 2100 zu einer Erderwärmung von 7-14 Grad Celsius führen. ...

3. Teil

Im 1. Teil unserer Darstellung haben wir gezeigt, daß selbst eine vollständige Einstellung aller vom Menschen verursachten Verbrennungen den CO₂-Gehalt der Atmosphäre allenfalls um 0,00114 % reduzieren würde.

Im 2. Teil haben wir dann deutlich gemacht, daß CO₂ praktisch ohne jeden Einfluß auf das Klima ist. Vielmehr führt eine Erwärmung der Atmosphäre und damit der Meere zu einer Freisetzung des in den Weltmeeren gespeicherten CO₂. Also ist nicht CO₂ die Ursache der Erwärmung, sondern umgekehrt steigt das CO₂ in der Atmosphäre, wenn sich diese erwärmt. Heute stellen wir die Frage,

1. ob es eine Erderwärmung überhaupt gibt und
2. wenn ja, wodurch diese verursacht wird.

Zunächst zur Frage der Erderwärmung. Es wurde allgemein akzeptiert, daß im Verlauf der letzten 30 Jahre eine geringfügige Erwärmung der Atmosphäre stattgefunden hat. Allerdings zeigen nun die Daten der letzten 10 Jahre, daß es zu einer Abkühlung kommt.

So meldet z.B. das britische Hadley Zentrum für Klimawandel einen Temperaturanstieg von 2000 bis zum Jahre 2008 von nur 0,07 Grad Celsius, während der UNO-Weltklimarat einen Anstieg von 0,2 Grad Celsius behauptet. Das der tatsächliche Wert bei 0,07 Grad liegt gibt inzwischen aus der bekannteste deutsche Klimaforscher, Mojib Latif zu.

Daß offensichtlich die Daten zur Erderwärmung manipuliert wurden, hat erst vor einigen Wochen der Datenklau von Hackern aufgedeckt, die in das Computersystem des Climate Research Unit (CRU), dem wichtigsten Institut des Klimarates, eingebrochen waren und über 1.000 Emails entwendeten. Diese Emails wurden anschließend im Internet veröffentlicht und legen die Manipulation der Daten nahe.

Jedenfalls ist klar, daß man den Angaben des Weltklimarates keineswegs trauen darf. Doch selbst wenn die Daten annähernd zutreffend wären, ist ein Auf und Ab des Klimas völlig normal. Aus einer Temperaturerhöhung von 0,2 Grad Celsius (oder 0,07 Grad) auf einen Anstieg der Temperatur in den nächsten Jahrzehnten auf bis zu 14 Grad Celsius zu schließen ist vollkommen unseriös.

Wie schon gesagt: Eine einfache Wettervorhersage von drei Tagen für eine bestimmte Region ist mit einer Wahrscheinlichkeit von unter 50 Prozent möglich. Eine Langzeitwetterprognose, denn das ist das Klima, von 90 Jahren ist absolut unmöglich.

Selbst wenn wir nun eine leichte Erwärmung der Atmosphäre in den letzten 30 Jahren zugeben, besagt dies 1. nicht, daß dies auch für die nächsten 30 Jahre so sein muß und 2. erst recht nicht, daß die Erwärmung vom Menschen verursacht ist. Dies wurde bereits nachgewiesen.

Was also ist für die Erwärmung der Erde verantwortlich? Ganz einfach: die Sonne.

Die Sonneneinstrahlung der Erde ist ständigen Schwankungen unterworfen. Das zeigen schon ganz schlichte Untersuchungen von Baumringen, sowie Bohrungen und geophysikalische und geologische Untersuchungen. Durch die verschiedenen Zyklen der Sonneneinstrahlung sinkt oder steigt die Erdtemperatur.

Mit dem Steigen der Temperatur wird vermehrt CO₂ aus den Meeren gelöst und gelangt in die Atmosphäre. Ebenso nimmt der Wasserdampf in der Atmosphäre zu. Wird die Sonneneinstrahlung wieder geringer, so sinkt die Temperatur der Atmosphäre und auch der Meere. Das in der Luft befindliche CO₂ wird wieder in den Meeren gebunden.

Dieser Vorgang ist völlig natürlich und gehört zu den einzigartigen Wundern der göttlichen Schöpfung, auf die der Mensch praktisch keinen Einfluß ausüben kann. Dadurch entstehen Eiszeiten und Wärmezeiten, und auch innerhalb dieser großen Perioden gibt es vielfache Schwankungen.

Zudem ist allgemein bekannt, daß Wärmeperioden stets mit großem Wachstum und Wohlstand verbunden waren und sind, während Kälteperioden das Gegenteil bewirken. Eine größere Wärmeperiode von etwas 300 Jahren gab es z.B. zur Zeit des Römischen Reiches. Das Ende dieser Periode steht in direktem Zusammenhang mit dem Untergang des Reiches und der Völkerwanderung, die eine Folge der zunehmenden Kälte war.

Würden die in Kopenhagen versammelten Ideologen also tatsächlich das Klima verändern können und, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht (!!!), die Temperatur um 2 Grad Celsius senken, müßte dies zu einer neuen Periode der Armut und des Hungers führen.

Fassen wir alles bisherige noch einmal zusammen:

1. Der menschliche Einfluß auf das atmosphärische CO₂ ist völlig unbedeutend.
2. Nicht CO₂ führt zu einer Erwärmung der Erdatmosphäre, sondern die Erwärmung dieser führt zu höherem CO₂.
3. Temperaturschwankungen der Erde sind völlig normal und diese gab es zu allen Zeiten.

Damit erweist sich die Theorie der menschengemachten Erderwärmung als gewaltige Lüge, deren Kosten in die 100 Billionen Dollar gehen können, wenn man sie glaubt.

Deshalb stellt sich die Frage: Wer profitiert von der Klimalüge? Diese Frage werden wir in unserem nächsten Beitrag beantworten.

Wem nutzt die Klimalüge?

Nachdem wir in den vorangegangenen Beiträgen gezeigt haben, daß die Behauptung einer von Menschen verursachten Erderwärmung durch die industriellen und sonstigen Verbrennungsprozesse eine Lüge ist, stellen wir heute die Frage, wer von dieser Lüge profitiert. ...

4. Teil

Wenn die gesamte Theorie über die Erderwärmung falsch ist, aber dennoch tausende Wissenschaftler daran festhalten, insbesondere aber Politiker auf der ganzen Welt bereit sind, hunderte von Milliarden Dollar für diesen Schwindel auszugeben, dann stellt sich die Frage, wer davon profitiert. Eine andere Frage ist, wer hinter dieser Ideologie steht. Beides muß keineswegs identisch sein und im Falle der Klimalüge sind die Profiteure der Klimalüge und die Ideologen, die für deren Verbreitung in erster Linie verantwortlich sind, nur zum Teil identisch.

Stellen wir die Nutzenfrage etwas konkreter: Wem nützt es, wenn die CO₂-Emissionen, wie gefordert, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten um mindestens 25 - 30 % reduziert werden?

Die Antwort liegt auf der Hand. Zunächst profitieren alle diejenigen, die Energieanlagen produzieren, deren CO₂-Ausstoß gering ist. Dazu zählen die Hersteller und Betreiber von Sonnenenergieanlagen, Windkraftanlagen und nicht zu vergessen die Hersteller von Kernkraftwerken. Da letztere im Allgemeinen besonders mächtig sind, gab es einige Zeit lang die Vermutung, diese Unternehmen, zu denen in Deutschland z.B. Siemens gehört, hätten die Klimalüge ins Rollen gebracht.

Diese Vermutung ist nicht zu beweisen und auch wenig wahrscheinlich, da die Kernenergie praktisch davon kaum profitieren wird. Zumindest sieht es derzeit so aus und in Deutschland jedenfalls kann man sicher sein, daß es gegen den massiven Widerstand der rotlackierten Grünen und anderer Ökosozialisten keine Kernkraftwerke geben wird.

Zudem kann man sagen, daß in dem Falle, daß man wirklich an einer Reduzierung des CO₂ interessiert wäre, - und gerade die linken Ökos sind hier die größten Schreihälse - moderne Hochtemperaturreaktoren eine echte, sehr sichere und auch preiswerte Alternative wären. Das diese roten Ökos dagegen mit aller Macht ankämpfen macht bereits deutlich, daß es ihnen um etwas ganz anderes geht.

Weitere Profiteure des Klimaschwindels sind zweifellos die Regierungen. Mit Hilfe der Klimalüge gelingt es ihnen, neue Steuermittel einzutreiben. Deutschland war das erste Land, das eine "Ökosteuer" eingeführt hat.

Ein inzwischen nachahmenswertes Modell für viele andere Industriestaaten. Das eine solche Steuer das Wirtschaftswachstum massiv beeinträchtigt, interessiert diese für das Gemeinwohl verantwortlichen Damen und Herren nicht im geringsten.

Eine weitere Maßnahme der Regierungen um zu noch mehr Geld zu kommen, sind der Handel mit den CO₂-Emissionsrechten. Die Einführung einer Klimaschutzsteuer ist nur noch eine Frage der Zeit.

Auch die farbigen Umweltplaketten, die man am Auto haben muß, um in Städte fahren zu können, sind ein enormes Geschäft für die Autoindustrie. Viele Autohalter und insbesondere Kleintransporter müssen nun vorzeitig verschrottet werden, weil sie die Auflagen nicht erfüllen, um eine grüne Plakette zu bekommen. Daß diese Maßnahme, wie kürzlich bekannt wurde, absolut Null dazu beigetragen hat, die Belastung der Innenstädte zu vermindern: wen interessiert das schon.

Mit ein wenig Nachdenken kommt man schnell auf weitere Profiteure der Klimalüge. Wir müssen uns hier nicht die Mühe machen, diese alle aufzuzählen.

Doch eins muß noch gesagt werden: Die Zahl der Profiteure steht in keinem Verhältnis zu

denen, die unter dem Klimawahn leiden. Nur eine verschwindend kleine Minderheit profitiert, die überwältigende Mehrheit der Menschen und der Wirtschaft wird darunter schwer zu leiden haben. Denn hinter dem Klimaschwindel steht eine gewaltige materielle Umverteilung von reichen zu armen Ländern.

Hierzu nur ein Zitat: Der Delegationsleiter des sozialistischen Äthiopien, das einen Krieg nach dem anderen gegen seine Nachbarn führt und dabei das eigene Volk verhungern läßt und ausblutet, drohte bereits vor dem Gipfel, falls nicht die geforderten Milliarden gezahlt würden, wird Afrika die Klimaverhandlungen boykottieren.

Die afrikanischen Staatschefs, die mit nur wenigen Ausnahmen korrupt bis über alle Ohren sind und ihre Völker ausplündern, vertreten nämlich die ihnen von den Ökosozialisten einge-flüsterte Auffassung, daß die Industrienationen ihnen Milliarden Dollar schuldig sind für die "Ausbeutung" im Kolonialismus und durch deren angeblich "imperialistische Politik", die für die Klimaschäden in diesen Ländern verantwortlich sind. Anstatt diesen korrupten Politikern, die jährlich Milliarden Dollar Entwicklungshilfe verpulvern, ohne das dies den afrikanischen Völkern zugute kommt, die Wahrheit zu sagen, wagte niemand ihnen zu widersprechen.

Im 5. und letzten Beitrag unserer Reihe zum Klimagipfel werden wir die eigentlichen Hinter-männer (und natürlich "Hinterfrauen") nennen und deren Ziele aufdecken.

Die Hintergründe der Klimalüge

Die "Retter der Menschheit" sind in Kopenhagen versammelt. Sie haben eine zweite Erbsünde entdeckt: der "Klimakiller CO2". Von diesem muß die Menschheit erlöst werden um wieder ein glückliches und zufriedenes Leben führen zu können. In einer Dokumentationsreihe zum Klimagipfel hat das Civitas Institut deutlich gemacht, daß die Theorie über den von Menschen gemachten Klimawandel auf Grund eine CO2-Erhöhung eine Lüge ist, von der einige Wenige profitieren. Im heutigen fünften und letzten Beitrag zum Thema werden wir die wahren Hin-tergründe dieser neuen Ideologie beim Namen nennen.

In unserem letzten Beitrag haben wir gezeigt, wer besonders von der Klimaideologie profi-tiert. Es sind neben einigen Wirtschaftszweigen vor allem die Politiker und Regierungen und dabei ragen besonders die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer hervor, die nicht selten von einem sozialistischen Regime regiert werden.

Dennoch erklärt dies nicht die Beteiligung der hochindustrialisierten Länder, von denen diese Ideologie sogar ihren Ausgang nahm. Warum insbesondere die europäischen Länder an der Verbreitung dieser Lüge interessiert sind, warum gerade sie sich, im Verein mit einigen Ent-wicklungs- und Schwellenländern, besonders für die Ziele der CO2-Reduktion engagieren, muß andere Gründen haben.

Das Deutschland hier eine Führungsrolle einnimmt, erklärt sich leicht daraus, daß in keinem anderen Land der Erde die Öko-Sozialisten größeren Einfluß haben. Diese treiben selbst eine CDU geführte Bundesregierung vor sich her, da die CDU schon seit längerem jede selbständi-ge Position aufgegeben hat und sich dem Mainstream vollkommen anpaßt.

Um zu verstehen, wer hinter dieser Ideologie steht, reicht ein Blick auf die Ziele und Absich-ten der Klimahysteriker. Gesteuert wird diese Kampagne über die UNO. Auch die Kopenha-gener Konferenz ist von der UNO einberufen, bzw. von einem UN-Unterausschuß.

Das primäre Ziel der Öko-Sozialisten und ihrer Helfer ist die Errichtung einer Weltregierung. Um diesem Ziel näher zu kommen, bedarf es einer weltweiten Bedrohung, die nicht von eini-gen Ländern allein abzuwenden ist, sondern eine weltweite Kooperation erfordert. Diese Be-drohung ist die "Klimakatastrophe". Nachdem andere Scheinbedrohungen zu keinem Erfolg geführt haben (man erinnert sich an das "Waldstreben", das "Ozonloch" und andere "Gefah-ren", von denen heute niemand mehr redet), hat man mit der "Klimakatastrophe" ein Thema von globalem Ausmaßen gefunden, von dem alle Länder "bedroht" werden.

Über den Hebel der "Klimakatastrophe" soll es gelingen, die Strukturen für eine Weltregie-

zung zu schaffen, die, ähnlich wie die EU und noch weitergehend, in die nationale Souveränität der Staaten eingreifen kann und Anordnungen vorgibt, die von den Staaten durchzuführen sind. Wer sich dagegen wehrt wird isoliert und die Regierung wird nach kurzer Zeit gestürzt.

Dabei sind als Maßnahmen geplant:

Eingriffe in die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher,

Kontrolle der Wirtschaft durch internationale Vorgaben und planwirtschaftliche Eingriffe,

Kontrolle über die Rohstoffvorkommen und deren Abbau,

Verbreitung einer weltweiten Ideologie unter den Begriffen "Frieden",

"Völkerverständigung" und "Toleranz" zur Auflösung nationalstaatlicher Strukturen,

Einebnung aller kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Unterschiede.

Gewaltige planwirtschaftliche Umverteilung der Güter aus dem wohlhabenden Ländern mit schweren Eingriffen in deren Wohlstand, zu Gunsten der Entwicklungsländer,

Dies geht einher mit einem Programm zu De-Industrialisierung, wie es bereits von verschiedenen Seiten dargelegt wurde (z.B. dem Organisator der UN-Konferenz von Rio 1992 und Chefberater des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, sowie von zahlreichen Öko-Sozialisten, unter anderem vom Ex-Maoisten Jürgen Trittin).

"Globale Kulturrevolution", wie vom Potsdamer Institut für Klimaforschung gefordert, bei der das Stadt- und Landleben neu definiert werden sollen.

Kurz und in einem Satz zusammengefaßt, wie von Dr. Klaus Peter Krause, dem langjährigen FAZ-Wirtschaftsredakteur in der "Jungen Freiheit" gesagt: "Der vorgebliche Klimawandel oder die 'Klimakatastrophe' dient als Vehikel, um die Menschen für eine neue Weltgesellschaft gefügig zu machen". Diese neue Weltgesellschaft wird noch weit weniger als die EU demokratisch sein, sondern eine globale Diktatur sein, zu deren Zielen zweifellos die Vernichtung der katholischen Kirche gehören wird, die schon immer gegen den "Fortschritt der Menschheit" stand, wie es seit der Französischen Revolution heißt.

Das zahlreiche Vertreter der Amtskirche dieser Klimaideologie hinterherlaufen und dabei mitwirken, hängt mit der Anpassung an alles Weltliche zusammen, dem bloß noch "sekundären Christentum", wie es seit dem II. Vatikanum in der Kirche vorherrschend geworden ist. Doch dies wird sicherlich nicht so bleiben. Die Kirche wird wieder zu ihrer Berufung zurückfinden und dann wird sie wieder als "Feind der Menschheit" von den Ideologen der Weltregierung bekämpft werden.

Gegen die Perspektive einer UN-Weltdiktatur, die von kleinen Gruppen von Öko-Sozialisten, Neo-Kommunisten und Freimaurern beherrscht wird, muß der weltweite Kampf aufgenommen werden. Nur die Kirche ist in der Lage, diesen weltweiten Kampf zu organisieren und anzuführen.

Es gibt aber bereits heute in zahlreichen Ländern entschlossenen Widerstand gegen die Klima-Ideologie, wenn auch deren Hintergründe nicht immer richtig eingeschätzt werden. Dieser Widerstand wird von den gleichgeschalteten Medien ignoriert, oder deren Vertreter werden auf das Übelste diffamiert. Wer z.B. hat jemals etwas gehört von der "Oregon Declaration"?

In den USA haben 19.000 Klimaforscher und andere Wissenschaftler eine Erklärung, die sogenannte "Oregon Declaration" unterschrieben, die die Regierung auffordert, sich nicht am Kyoto-Protokoll und ähnlichen Abkommen zu beteiligen, weil die Informationen über einen menschlich indizierten Klimawandel falsch sind.

Diese und zahlreiche andere Initiativen werden totgeschwiegen. Wissenschaftler und Forschungsinstitute, die sich nicht unterordnen und eine andere Theorie als die der Klimakatastrophe vertreten, bzw. den Schwindel entlarven, erhalten keine Forschungsgelder und werden arbeitslos.

Ein solches Institut ist EIKE: Hier erhalten Sie weitere Informationen über die Tatsachen und die Klimalüge: "Europäisches Institut für Klima und Energie".<<

Zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa 2,2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen betragen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro erforderlich.

Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee, zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

15. Was steckt tatsächlich hinter der Pseudo-Rettung des Weltklimas durch die NWO-Klimaspekulanten?

Die UNEP (Umweltorganisation der Vereinten Nationen) und die WMO (Weltorganisation für Meteorologie) gründeten im Jahre 1988 den IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuß für Klimaänderungen).

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - <https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/> -: >>Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?

von C. O. Weiss

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. ...

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

... Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen.

... Anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO₂ einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. ...

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen.

Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. ...

Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:

Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegenggeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. ...

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anläßlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu. ...

Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfäßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. ...

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?

Um was es geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. ...

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeudende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.

Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.

Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigen, der sich aufreiben läßt.

Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.

(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019:

>>**Janichs Welt _ Klima-Planwirtschaft**

... Die Klimasteuerung muß selbst dann scheitern, wenn an der These von der menschengemachten Erderwärmung etwas dran wäre. Grüne und angegrüne Altparteien folgen nämlich genau jener Ökonomik, die schon den Ostblock zusammenbrechen ließ. ...

Sogar der Weltklimarat gibt in seinem "Third Assessment Report" von 2001 zu: "Das Klimasystem ist ein gekoppeltes, nichtlineares chaotisches System. Daher ist die langfristige Vorhersage zukünftiger Klimazustände nicht möglich." Ohne eine solche Vorhersage ist natürlich auch keine Steuerung möglich. Planwirtschaft führt immer zur Verschwendung knapper Ressourcen. So errechnete das Ifo-Institut im April, daß Elektroautos 28 Prozent mehr CO2 verbrauchen als Dieselfahrzeuge.

Selbstverständlich fiel sofort die versammelte Öko-Mafia über die Studie her. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß für die Herstellung Kobalt gebraucht wird, das in Entwicklungsländern und China unter unmenschlichen Bedingungen zum Teil von Kindern abgebaut wird. Ohne die künstlich erzeugte Nachfrage der staatlichen CO2-Planer würde dieses Problem gar nicht existieren.

Windräder wiederum verbrauchen ein Gut, das wirklich knapp ist, nämlich Grund und Boden. Solange die Wertschöpfung durch technischen Fortschritt schneller steigt als die Bevölkerung, ist das unproblematisch. Aber gerade dieser Marktmechanismus wird durch Planwirtschaft ausgehebelt. Windräder verbrauchen ein Vielfaches an Platz im Vergleich zu Kohle- oder Atomkraftwerken. Sie töten Vögel und Insekten, die wiederum bei der Nahrungsmittelerzeugung eine große Rolle spielen.

Physiker der Universität Heidelberg kamen zudem kürzlich zu dem Schluß, daß - trotz Milliarden-Ausgaben für Erneuerbare Energie - der CO2 Ausstoß kaum gesunken ist. ... Deindustrialisierung und damit der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands sind denn auch das offensichtliche Ziel der Klima-Alarmisten.

Die Öko-Diktatur ist noch schlimmer als die kommunistische.

Die Öko-Diktatur ist aus zwei Gründen noch schlimmer als die kommunistische: Die Ostblockführer wußten zumindest, daß fast alle Menschen gerne ein Auto fahren würden (trotzdem dauerte die Lieferung zehn Jahre, und die Qualität war lausig). ... Die aktuelle Klimaplanwirtschaft setzt jedoch direkt beim Konsumenten an. Der Green New Deal der Demokraten in den USA will Flugreisen und das Auto gleich ganz unmöglich machen, im Zweifel mit Verboten. Die gelten natürlich nur für das gemeine Volk und nicht für die Elite, versteht sich.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 14. März 2021 (x1.000/...):

>>**Doku Klimawandel - Menschen zwischen Wissen und Glauben**

... Ist das Klima so einfach zu beeinflussen, wie es uns von Politik und Medien immer wieder präsentiert wird? Vielen Menschen reicht die vorgekaute Meinung einschlägiger Lobbyisten

völlig aus, anderen wiederum erscheint diese Thematik zu komplex, um sich selbst gründlich damit auseinanderzusetzen. Der Autor Prof. Dr. Werner Kirstein, ein erfahrener Klimatologe und Physiker, hat sich seit über 40 Jahren mit den naturwissenschaftlichen Prozessen der regionalen und globalen Klimaschwankungen befaßt.

In seinem neuen Buch: "KLIMAWANDEL - Realität, Irrtum oder Lüge? Menschen zwischen Wissen und Glauben" erklärt er für jedermann verständlich die Fakten zu den "Brennpunkten" beim Klimawandel. Es wird insbesondere aufgezeigt: Klimawandel ist Realität, Klimawandel ist ein Irrtum und Klimawandel ist eine Lüge. Trotz dieser offensichtlichen Gegensätze ist jede der drei Aussagen richtig. Wie kann das sein? In seinem leicht lesbaren, etwa 200 Seiten fassenden Buch geht Werner Kirstein auf diese und viele weitere Fragen ein.

Einige dieser "Brennpunkte" werden in dieser Dokumentation beleuchtet. Dazu werden einige Auszüge direkt aus Werner Kirsteins Buch übernommen oder in eigenen Worten gekürzt wiedergegeben.

Klimawandel ist Realität

Das Klima der Erde hat sich schon immer geändert, das heißt konkret: Klimawandel ist Realität - gemeint ist der natürliche Klimawandel! Die Spuren der Klimaänderungen bzw. Klimaschwankungen werden seit langem durch Klimatologen und Geologen erforscht und sind unter anderem durch Auswertung von Baumringen, Sediment-Analysen und Reliefveränderungen der Erdoberfläche belegt.

Im Wechsel der Warm- und Kaltzeiten hat sich mit zeitlicher Verzögerung auch die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre geändert. Zuerst stieg immer die Temperatur, viel später folgte dann der Anstieg der CO₂-Konzentration. Die Temperaturunterschiede betragen bis zu 10 Grad Celsius, z.B. ist die Temperatur heute etwa 10 Grad tiefer als in den Warmzeiten der Erdgeschichte! Und auch die CO₂-Konzentration war oft wesentlich höher als heute.

Die Temperaturänderungen beruhten immer auf natürlichen Ursachen, wie der Sonnenaktivität und den Erdbahnparametern, nie war der Mensch für wechselhaftes Klima in irgendeiner Weise verantwortlich.

Klimawandel ist (ein) Irrtum

Von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft wurde 1986 die Warnung vor einer "drohenden weltweiten Klimakatastrophe" aufgrund einer fehlerhaften Statistik, der Mauna-Loa-Kurve, ausgegeben.

Die Mauna-Loa-Kurve zeigt eine Scheinkorrelation von Temperatur- und CO₂-Anstieg auf. Daraufhin wurde behauptet, daß die Temperatur der Erde vom Gehalt der Luft an Spurengasen, wie CO₂, abhängt. Computersimulationen und Modellrechnungen auf der Grundlage dieses fatalen Irrtums sagten folglich immer eine Erwärmung voraus. Auch die Klimaentwicklung in der Vergangenheit sowie die Dynamik der Wolkenentwicklungen und Meeresströmungen können in Modellen nicht korrekt erfaßt werden.

So kam es zu völlig falschen Voraussagen. Selbst der Weltklimarat (IPCC) gab 2001 zu: "In der Klimaforschung und -modellierung sollten wir erkennen, daß es sich um ein gekoppeltes nicht-lineares chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich."

Klimawandel ist (eine) Lüge

So konnte sich die politische Drohung "Klimaerwärmung" zu einem unglaublich großen Lügen-Monster aufblähen, mit dem das EU-Parlament noch 2019 den "Klimanotstand" ausgerufen hat.

Aber immer mehr Wissenschaftler und auch einige Politiker wenden sich von den apokalyptischen Aussagen des Weltklimarates ab. Verschiedene Studien und Temperaturkurven wurden als Lügen und Fälschungen entlarvt. So wurden zum Beispiel in der Hockeystick-Graphik die realen Temperaturschwankungen mit der langen Warmphase im 12. Jahrhundert ausgeglichen

und ein quasi stabiles Klima über 800 Jahre vorgegaukelt, um dann den Temperaturanstieg ab 1900 auf die CO₂-Emissionen durch die Industrialisierung zurückzuführen.

Trotz dieser erkannten Lügen fließen staatliche Fördergelder gezielt in diese "politisch vorrangige" Forschung. Der sogenannte menschengemachte Klimawandel ist zu einem Glaubensbekenntnis geworden, das die Wahrheit mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Wetter ist nicht gleich Klima. Schon vor mehr als hundert Jahren hat sich die Klimatologie darauf verständigt, aufgezeichnete Wetterereignisse und -parameter aus mindestens dreißig Jahren auszuwerten, um Klimaaussagen treffen zu können.

Klima ist eigentlich nichts anderes als eine gigantische Wetterdatensammlung aus der Vergangenheit, folglich kann Klima auch nicht geschützt werden. Klima kann immer nur langfristig und großräumig beobachtet werden. Die staatlich bezahlten Meteorologen in den Leitmedien deuten schon wenige heiße und trockene Tage als Extremwetter und als Beweis einer bereits eingetretenen Klimakatastrophe.

Es sind aber nur zeitlich begrenzte und lokal auftretende Wetterphänomene, die den Bürgern als Klimakatastrophe präsentiert werden. Werden die Begriffe Wetter und Klima absichtlich von Politik und Leitmedien verwischt, um die Bürger zu verunsichern und zu täuschen? Ein Volk mit Zukunftsängsten kann viel leichter von den "Klimazielen" überzeugt und auf Klimasteuern und weitere Verteuerungen eingestimmt werden.

Auch die Klimaforscher des Potsdam-Institutes für Klimafolgenforschung (PIK) benutzen gerne die Verwechslung von Wetter und Klima für ihre Panikmache. Stehen hier für die Klimaforscher Fördergelder für Klima-Alarmismus im Vordergrund?

Die Rolle des Weltklimarates (IPCC)

Der Weltklimarat (IPCC) wurde 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) gegründet.

Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt brachte sein Mißtrauen dem IPCC gegenüber in seiner Rede zur globalen Erwärmung in Berlin 2011 zum Ausdruck: "Die vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bisher gelieferten Unterlagen stoßen auf Skepsis, zumal einige der beteiligten Forscher sich als Betrüger erwiesen haben."

Von den anfänglich 2.500 Experten des IPCC blieben nur 5 übrig, die an der Hypothese des menschengemachten Klimawandels festhielten. Trotzdem vertrauen Politiker, die mittlerweile den IPCC prägen, den rein hypothetischen Modellen und den ideologisch geprägten Denksätzen blind. Nur Anfang der 1980er Jahre waren tatsächlich Klimaexperten im IPCC vertreten. Die Frage ist, warum so unwissenschaftlich und propagandistisch gearbeitet wird.

Finanzielle Interessen am Mythos der von Menschenhand gemachten Klimakatastrophe werden ersichtlich, wie Kenner der Szene bestätigen. Profiteure der horrenden Geldmittel sind u.a. Privatpersonen wie Al Gore, der frühere US-Vizepräsident, Warren Buffet, Elon Musk, der 1,5 Milliarden US-Dollar aus Steuergeldern bekam, Vinod Khosla und James Cameron. Aber auch Forschungsgruppen und Institute, die Fördergelder bekommen, sowie diverse Industriezweige und Banken, wie die Weltbank, profitieren von diesem Mythos.

Das Eingeständnis eines Alarmisten

Wie ein Klima-Gläubiger durch ein "Damaskus-Erlebnis" vom Saulus zum Paulus wurde, zeigt eindrucksvoll James Lovelock, der in einem Interview erklärt, daß er sich mit seinen alarmistischen Prognosen geirrt habe. Er habe genauer über die Modelle nachgedacht, auf deren Grundlage die Klimakatastrophe prognostiziert werde. Diese Modelle, so Lovelock, überzeugten ihn nicht mehr.

"Das Problem ist, daß wir noch viel zu wenig über das Klima wissen. Noch vor 20 Jahren dachten wir, wir hätten alles im Griff. Dies führte dann zu einigen alarmistischen Büchern, darunter auch meins, weil es so eindeutig aussah. Aber es ist nicht eingetreten. Das Klima absolviert sein übliches Programm. Im Grunde ist nichts Außergewöhnliches passiert. Dabei

hatten wir angenommen, daß wir heute auf halbem Wege in eine überhitzte Welt sein sollten. Jedoch hat sich die Welt seit Beginn des Millenniums kaum erwärmt. ...

Die Temperatur ist nahezu konstant geblieben, obwohl sie hätte ansteigen sollen. Dabei ist der Kohlendioxidgehalt in der gleichen Zeit weiter angestiegen, darüber herrscht kein Zweifel."

Klimawandel: Glaube contra Wissen Werner Kirstein veranschaulicht in seinem Werk, wie der Mensch im Spannungsfeld zwischen 'Glauben' und 'Wissen' steht. Hier nur drei Beispiele:

1. Glaube: Alte Fotos zeigen ausgedehnte Alpengletscher, während jüngere Fotos im Vergleich zurückgewichene Gletscher zeigen. Alarmsignal einer nahenden Klimakatastrophe?

Wissen: Anhand von Baum- und Pflanzenresten in jetzt gletscherfreien Zonen konnte nachgewiesen werden, daß es hier in früheren Zeiten keine Gletscher gab. Aus solchen Nachweisen kann geschlossen werden, daß während 65 Prozent der letzten 10.000 Jahre die Alpengletscher kleiner und die Temperaturen höher waren - ohne menschliches Zutun!

2. Glaube: Die Population der Eisbären ist durch die menschengemachte Erderwärmung empfindlich bedroht.

Wissen: Eisbären gab es bereits vor 600.000 Jahren im Nordpolarmeer. D.h. sie haben alle Warmzeiten (zwischen den Eiszeiten) überlebt. In wärmeren Zeiten fressen sie auch Gräser, Sträucher und Beeren und gelten daher als kluge Jäger. Seit die kanadische Regierung das Abschließen verboten hat, ist die Zahl der Tiere von ca. 5.000 auf 25.000 angewachsen.

3. Glaube: Das Eis an den Polen schmilzt unaufhaltsam. Der bekannte Larsen-B-Eisschelf hat drei Viertel seiner Eismasse verloren. Es ist nur eine Frage der Zeit bis die Arktis und Antarktis völlig eisfrei sind.

Wissen: Seit einigen Jahrzehnten weiß man sicher, daß die arktischen und antarktischen Temperaturen gegenläufige Schwankungen zeigen. Das bedeutet: Während die Temperaturen am Südpol sinken, steigen sie gleichzeitig am Nordpol.

Dieses Phänomen wird auch 'ipolare Schaukel' oder Arktis-Antarktis-Kopplung genannt. Es zeigt sich: Ein genaueres Hinschauen ergibt möglicherweise ein anderes Bild einer Situation. In der aktuellen Klimadebatte scheint es dagegen eher auf emotionale Überzeugungskraft anzukommen, auch wenn sie dem Faktenwissen widerspricht.

Was ist Öko-Nihilismus? Nihilismus heißt nach Albert Camus, einem französischen Schriftsteller, Philosoph und Literatur-Nobelpreisträger, nicht an nichts zu glauben, sondern nicht an das, was ist. Oft setzen Nihilisten alles daran, etwas vermeintlich Gutes zu erreichen, achten dabei aber nicht auf dessen Folgen. Diese können schwerwiegend sein und völlig gegen Prinzipien des wissenschaftlichen und logischen Denkens verstoßen. Verletzungen der Menschenwürde nimmt der Nihilismus für den angeblich guten Zweck in Kauf.

Beim Öko-Nihilismus steht ein stark übertriebener hartnäckiger Wille der Umweltrettung im Vordergrund dieser Lebensphilosophie. Es ist eine Ideologie, die mitunter von rücksichtslosem Ökoteror gekennzeichnet ist. Die aktuell gefährlichste Form des Nihilismus sieht nicht nur Edgar Gärtner, Autor des Buches "Öko-Nihilismus: Eine Kritik der politischen Ökologie", im Klimaschutz. Gärtner: "Was ist Öko-Nihilismus? Wirtschaftlicher Selbstmord auf Raten, weil alles auf eine Karte gesetzt wird, ohne dabei an die Kosten zu denken."

Gedankenlos nimmt die "Klimapolitik" mit der (gewollten) Verteuerung von Energieträgern und Nahrungsmitteln Hungersnöte in Kauf, um ein statistisches Konstrukt zu schützen. "Klimaschutz" - durch die Drosselung von CO₂-Emissionen mit Hilfe "erneuerbarer" Energien - ist eine dumme, unausgereifte Vorstellung. Sonnen- und Windenergie gibt's eben nicht umsonst, die Kosten der technischen Umsetzung sind enorm hoch und alles andere als CO₂-neutral. Aushebelung der Demokratie durch Klimanotstand.

Die EU hat bereits seit längerer Zeit den Klimanotstand ausgerufen und viele deutsche Städte haben diese undemokratische Ebene bereits betreten. Mit Notrechten sollen politische Gegner ausgeschaltet werden. Nicht mehr die besseren Argumente sollen sich durchsetzen, sondern

die ideologische Zielrichtung. Aber die extremen Forderungen bergen gewaltiges soziales und ökonomisches Konfliktpotential. Bedenken gegen den Begriff Notstand sind mehr als berechtigt, da so Tür und Tor geöffnet werden können, den Rechtsstaat in Frage zu stellen.

Das Klima-Manifest

Die *Bayrische Werte-Union* hat Anfang 2020 ein Klima-Manifest herausgegeben. Die Kernaussagen hier in Kurzform:

1. Die Sonne steuert unser Klima, nicht das CO₂.
2. Klimaschutzmaßnahmen - wie die gescheiterte Energiewende - sind ein politischer Irrweg.
3. Deutschland braucht eine stabile und bezahlbare Energieversorgung. Die Punkte werden im Klima-Manifest 2020 detaillierter ausgeführt. Unter anderem lehnt die Werte-Union den "Green Deal" und eine CO₂-Bepreisung laut "Klimapaket der Bundesregierung" entschieden ab. Im Klima-Manifest wird das Ende des Klima-Mythos und eine Bildungsoffensive zum Thema "Klima, Sonnenzyklen und Kohlendioxid" gefordert.

Mehr dazu kann im *Klima-Manifest 2020* der Bayrischen Werte-Union nachgelesen werden. Nur mit Ängsten und Panikmache kann die Politik die Menschen hörig und gefügig machen. Die Drohung mit einer Klimakatastrophe ist derzeit das Instrument dazu. Doch: wenn die neue kleine Eiszeit in ein paar Jahren nicht mehr zu leugnen sein wird, kann man den 'Klimawissenschaftlern' den Politikern der Erderwärmung und den Journalisten der Klimapropaganda nur eine Antwort geben: "Wer in den Wald ruft, muß auch das Echo aushalten, auch wenn es dann ganz anders klingt."

Prof. Dr. Werner Kirstein.<<

16. Wieso war die Anti-Kernenergie-Bewegung letzten Endes erfolgreich?

Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich schließlich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...): >>... 1. Die 68er

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermesslichen Schaden in Deutschland angerichtet.

Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randalen zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat.

Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der

Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich - das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO₂-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom.

Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks.

Was sind das für Leute, deren Aufgabe es war, die Energieautarkie in Deutschland zu zerstören und das Land fast ganz von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem Ausland abhängig zu machen?

Wie oben erwähnt, waren es die 68er, also meist politisierende Studenten, sehr oft Soziologen und Politologen, die von der Frankfurter Schule beeinflusst waren, die Revolution machen oder alles kurz und klein schlagen wollten. Sie sollten die Bevölkerung gegen die sehr leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie aufhetzen mit schlagkräftigen Parolen. Diese Studenten hatten nie erkannt, wie die großen Leistungen in Deutschland zustande gekommen waren, nämlich durch beharrliche zielgerichtete gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes, geleitet durch verantwortungsbewußte Eliten, durch die konstruktive Zusammenarbeit von Industrie, Hochschulen, Finanzinstituten und Staat. Vor allen Dingen nicht durch endloses Palavern und Abschieben der Verantwortung auf anonyme Gremien.

Die Leistungen, welche die 68er vollbracht haben, sind eher bizarr, sie liegen z.B. auf rhetorischem Gebiet. So ist ihnen die Einführung des großen Binnen-I gelungen (StudentInnen, WählerInnen usw.). Eine weitere kulturelle Großtat war, daß der fortschrittliche 68er Redner mit offenem Hemdkragen, 5-Tage-Bart, Jeans und Krokodillederschuh zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine Wahlrede halten kann, ohne die weibliche Hälfte der Menschheit zu diskriminieren, indem er seine Zuhörer dauernd mit der Floskel "Meine lieben Wählerinnen und Wähler" anredet, während der Parteigegner nur die Wähler anspricht, was ihn als Macho disqualifiziert. ...

Es ist erstaunlich, zu welcher absonderlichen und krausen Ideen das menschliche Gehirn fähig ist, wenn es sich nicht an der Realität orientiert, sondern an Ideologien und suggerierten Meinungen, wie es für die 68er charakteristisch ist. Da wegen der verschiedenen Bildungsreformen seit 1945 ihr Intellekt wenig entwickelt und suggestiv stark verformt ist, können sie mit klaren Begriffen wenig anfangen. Sie führen deswegen dauernd neue schwammige Schlagworte in die Sprache ein - z.B. Nachhaltigkeit, Trauerarbeit, Betroffenheit, Hinterfragung ...- über die in Talkshows und in Feuilletons palavert wird.

Was nun sind die herausragenden Leistungen der 68er und ihrer Nachfolger?

Vor allen Dingen haben sie den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken verhindert oder behindert, den Bau der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsanlage unterbunden, den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen (Transrapid), Kanälen boykottiert, die technische Entwicklung gebremst. Sie haben Umbenennungen von Straßen und Kasernen durchgesetzt, die verleumderische Wehrmachtsausstellung organisiert, Denkmäler zerstört ebenso wie das ganze Kulturleben der Nation, für Schwule und Lesben demonstriert, geschützte Wege für Kröten und Frösche anlegen lassen, neue Behörden geschaffen (Ausländer-, Frauen-, Gleichstellungsbeauftragte).

Sie haben Frauenhäuser organisiert, für Naturschutzparks und Biotop plädiert, (sowie verhindert), wo es etwas zu verhindern gab. Sie haben die Quotenfrau erfunden und den Trauerarbeiter. Sie kämpfen gegen den Leistungsdruck in den Hochschulen und sind die Erfinder der Sekundärtugenden und anderer Unsäglichkeiten aus dem Narrenhaus, über die seit Jahren in Feuilletons, Workshops und Talkshows auf hirnrissige Art in 68er Lyrik palavert wird. Weitere revolutionäre Ideen waren: das Fahrrad als Verkehrsmittel der Zukunft propagieren, den Mützenschirm der Kopfbedeckung nach hinten drehen, anscheinend zum Schutz des Nackens usw. ...

Sie haben die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie behindert.

Vor allen Dingen haben sie es durchgesetzt, daß die erneuerbaren Energien mit erheblichen Staatsmitteln gefördert werden, ohne gleichzeitig die Speicherung dieser Energien durch Wasserstoff zu entwickeln. Ohne Speichermöglichkeit sind die erneuerbaren Energien in dem Industriestaat Deutschland völliger Unfug.

Nach den Wünschen unserer anglo-amerikanischen Freunde sollten die 68er nicht nur Randalen machen, Häuser besetzen, Straßenkämpfe mit der Polizei und Sitzblockaden veranstalten, Häuserwände und Eisenbahnwagen beschmieren, Kernkraftwerke belagern usf., sondern wirklichen Schaden in Deutschland anrichten. Dazu brauchten sie als Operationsbasis eine demokratisch legitimierte Partei, welche Regierung und Verwaltung beeinflussen konnte. Außerdem brauchten sie eine Klientel von gleichgesinnten Protestierern und Sympathisanten, die man vor allen Dingen in der studentischen umerzogenen Jugend fand.

In den Parteien der Umweltschützer und Grünen sah man die geeigneten Bundesgenossen, die nun flugs auf bolschewistische Art unterwandert und umfunktioniert wurden, unterstützt vom Wohlwollen der Frankfurter Schule, von Geheimdiensten, von den Medien und einigen Ministerien. Bei den Grünen hatte man die Macht schnell in den Händen, bei anderen Parteien dauerte der Marsch durch die Institutionen länger.

So sind die Grünen (die ehemaligen 68er) jetzt die besten Helfershelfer der angloamerikanischen Globalisierer, die die Weltherrschaft anstreben. Nur dürfen das ihre Anhänger nicht wissen, die ja inzwischen auch von der Globalisierung betroffen werden. Genausowenig dürfen sie wissen, daß sie mit ihren Antikernkraft- und CO₂-Kampagnen Millionen Deutsche dem Hungertod preisgeben, da Deutschlands Existenz von seiner Industrie und damit von ausreichender Energieversorgung abhängt.

Diese Leute ohne Realitätssinn und in Unkenntnis technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge haben die Energieversorgung Deutschlands auf eine Basis gestellt, die das Land unweigerlich in den Abgrund führt. Statt der Versorgungssicherheit des Landes unbedingte Priorität zu geben, haben sie, als sie in der Regierung waren, den Einflüsterungen aus New York und London Folge geleistet und die blühende deutsche Nuklearindustrie vernichtet, mit verderblichen Folgen nicht nur für Deutschland, denn ohne Nutzung der Kernenergie - vor allen Dingen des in Deutschland entwickelten Hochtemperaturreaktors - wird die Welt in Kriegen und Chaos versinken.

Denn der Energiebedarf der Welt wird in den nächsten Jahren gewaltig steigen, weil die Ent-

wicklungsländer nach mehr Wohlstand für ihre Völker streben.

Welches waren die Argumente der 68er, mit denen sie die Vernichtung der deutschen Nuklearindustrie begründeten?

Sie behaupteten, der Ausstieg aus der Kernenergie und der Abbruch der laufenden Entwicklungsarbeiten und Umfunktionierung der entsprechenden Institute sei nötig, weil diese Technik

- Radioaktivität produziere und damit lebensfeindlich sei,
- weil die Wiederaufarbeitung der Abfallprodukte der Kernreaktoren gefährlich und die Endlagerung nicht gesichert sei,
- weil die Brennstoffversorgung nicht gesichert sei,
- weil Tschernobyl die Gefährlichkeit der Kerntechnik gezeigt habe,
- weil Terroranschläge auf nukleare Einrichtungen zu befürchten seien,
- weil die Kerntechnik unwirtschaftlich sei.

In einem jahrelangen Streit wurden diese Punkte von ausgewiesenen Fachleuten widerlegt.

Da die 68er diese Sachargumente nicht widerlegen konnten, wurden die Experten als Lobbyisten der Atomindustrie und als Fachidioten verleumdet. Es war für sie halt offenkundig, daß die Kerntechnik Teufelswerk ist und nur dem Vorteil der Großindustrie dient. Dieses Dogma verteidigen sie bis heute mit Zähnen und Klauen. Die 68er sind auf Grund ihrer mangelhaften Vorbildung gar nicht in der Lage, komplizierte naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu durchschauen oder beurteilen zu können - ich meine hier nicht die 68er von der Randal-Fraktion, sondern ihre Intelligenzia (Intelligenz in sozialistischen Staaten) aus den Ministerien, Feuilletons, Instituten und Kanzeln.

Die Stichworte und Argumente für ihre Aktionen kamen aus London und New York, unterstützt wurden sie in ihrem Tun durch diverse nichtstaatliche Organisationen, Logen, Medien, selbst Ministerien und Banken. Auch wenn es nicht allgemein bekannt ist: Banken und andere Finanzinstitutionen gehören zu den wirkungskräftigsten Verhinderern der Kernenergie und anderer Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland.

Sie haben in dieser Hinsicht die gleichen Interessen wie die 68er. Nur darf es keiner wissen. Denn durch den Bau von Kernkraftwerken und durch Infrastrukturmaßnahmen werden große Kapitalmengen niedrig verzinst gebunden, die somit nicht mehr für Spekulationszwecke zur Verfügung stehen. Neue Energietechniken (HTR, Kohleverflüssigung, Biomassevergasung, Wasserstofftechnik ...) sind forschungsintensiv, Forschung erfordert Ingenieurleistung und kostet Geld, das dann nicht mehr in die Banken fließt. Wenn in Deutschland Kernkraftwerke gebaut würden, kämen viele große Banken in erhebliche Schwierigkeiten. Die Banken nehmen also gerne die kostenlosen Dienste der 68er in Anspruch.

Im folgenden soll kurz auf die einzelnen Argumente eingegangen und ihre Stichhaltigkeit bewertet werden. Dazu ist zunächst eine kurze Beschreibung der Kernkraftwerke erforderlich.

2. Kernkraftwerke

Kernkraftwerke dienen dazu, hohe Temperaturen zu erzeugen. In Druckwasserreaktoren (sie sind die üblichen heute betriebenen Reaktoren) werden ca. 350° C erreicht, in Hochtemperaturreaktoren ca. 1.000° C. Wegen dieses Temperaturniveaus sind Druckwasserreaktoren geeignet als Wärmequelle für Dampfturbinen, die mit einem Stromgenerator gekoppelt sind und so Elektrizität erzeugen. Hochtemperaturreaktoren erzeugen Prozeßwärme für chemische Prozesse, z.B. Kohlevergasung oder Methansynthese. Bei der Kohlevergasung sinkt die Temperatur des im Kernreaktor aufgeheizten Kühlmittels (Helium) von 1.000° C auf ca. 600° C. Mit einem Wärmeträger dieser Temperatur läßt sich über geeignete Turbinen Elektrizität erzeugen.

In konventionellen Kraftwerken wird die Wärme durch Verbrennung von Kohle, Erdöl oder

Erdgas erzeugt wie in Zentralheizungen. In Kernkraftwerken geschieht dies durch die bei der Spaltung von Urankernen in Kernreaktoren frei werdende Energie. Das natürliche in Mineralien vorkommende Uran besteht aus 0,7 % Uran 235 (Uran mit dem Atomgewicht 235), das durch Neutronen gespalten werden kann, und aus 99,3 % Uran 238, das nicht spaltbar ist, aus dem aber durch Anlagerung von einem Neutron mit nachfolgender Emission von zwei Beta-Teilchen das Plutonium 239 entsteht. Dieses stark radioaktive Plutonium (Alpha-Strahler) ist spaltbar. Man nennt diesen Vorgang der Herstellung von Pu 239 im Kernreaktor **Brüten**.

Für den Betrieb von Druckwasserreaktoren muß der Anteil von Uran 235 von 0,7 % auf ca. 3-5 % angehoben werden. Dies geschieht in Urananreicherungsanlagen. ... Der sehr kleine Atomkern setzt sich zusammen aus positiv geladenen Protonen und ungeladenen Neutronen. Der Kern von Uran 235 enthält 92 Protonen und 143 Neutronen. Er ist umgeben von 92 Elektronen. Der Kern von Uran 238 hat 92 Protonen und 146 Neutronen. Die Protonen und Neutronen im Kern werden durch Kräfte zusammengehalten, die millionenfach größer sind als diejenigen, die Moleküle (z.B. Erdöl- oder Erdgasmoleküle) zusammenhalten. Diese Energien werden bei der Spaltung der Kerne (oder Zersetzung der Moleküle) frei.

Die Kernspaltung wird durch ein nicht zu schnelles Neutron verursacht, das in einen U 235-Kern eindringt. Der Kern gerät dabei in Schwingungen und zerplatzt, wobei 2-3 Neutronen freigesetzt werden, die weitere Spaltungen bewirken (Kettenreaktion) oder Plutonium 239 erzeugen (Brüten). Außerdem entstehen zwei mittelschwere Kerne; die fast immer radioaktiv sind (Zerfallsprodukte). Nur die Kerne sind stabil, d.h. nicht radioaktiv, bei denen die Neutronenzahl zur Protonenzahl in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander steht.

Druckwasserreaktoren

Der eigentliche Druckwasserreaktor (DWR) besteht aus einem dickwandigen zylindrischen Metallbehälter (ca. 5 m Durchmesser, 13 m Höhe), in dem die Brennelemente, die Steuerstäbe und das Kühlmittel untergebracht sind. Die Brennelemente bestehen aus ca. 5 m langen Rohren (Durchmesser etwa 11 mm), die mit kleinen Tabletten (ca. 9 mm Durchmesser) aus Uranoxid gefüllt sind.

Das verwendete Uran besteht aus ca. 3-5 % Uran 235 und 95-97 % Uran 238. Diese Rohre sind oben und unten zugeschweißt und werden vom Kühlwasser umströmt, wobei die bei der Kernspaltung entstandene Wärme abgeführt wird. Das Wasser hat auch die Aufgabe, die bei der Kernspaltung emittierten Neutronen hoher Geschwindigkeit abzubremesen. Die langsamen Neutronen bewirken eher eine Kernspaltung als die schnellen. Das auf ca. 330° C erhitzte Wasser wird in einen Wärmetauscher gepumpt, wo das Wasser zum Antrieb einer Turbine aufgeheizt und verdampft wird.

Hochtemperaturreaktoren (HTR)

Der HTR unterscheidet sich vom Druckwasserreaktor vor allem durch seine Brennelemente und seine temperaturbeständigen keramischen Konstruktionswerkstoffe. Die Brennelemente bestehen aus Körnern von etwa 1 mm Durchmesser, die aus einem Gemisch von Thoriumdioxid und Urandioxid bestehen.

Diese Körner sind von drei sehr festen und sehr dichten Grafit-schichten umhüllt. Etwa 15.000 dieser Körner sind zu einer Kugel von 6 cm Durchmesser zusammengepreßt und gesintert, die so gut wie unzerstörbar ist. Das Thorium 232 selbst ist nicht spaltbar. Aus Thorium 232 entsteht aber im Reaktor durch Anlagerung eines Neutrons mit anschließender zweimaligen Emission eines Beta-Teilchens das künstliche Uran 233 (kommt in der Natur nicht vor), das wie das U 235 durch langsame Neutronen spaltbar ist.

Die Neutronen für die Umwandlung von Th 232 in U 233 erhält man durch die Spaltung von stark angereichertem Uran 235 (90 %), das man in Form von Urandioxid dem Thoriumdioxid zu etwa 5 % beimischt. Die beschichteten Körner bestehen also aus einer Mischung von 95 % ThO₂ und 5 % UO₂, die von drei sehr dichten und festen Grafit-schichten umhüllt sind. Alle

bei der Kernspaltung entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte verbleiben in diesen Körnern.

Der eigentliche Reaktorbehälter ist ein Zylinder von ca. 5 m Durchmesser und 6 m Höhe, der in seinem unteren Teil trichterförmig ausgebildet ist. In diesem Zylinder befinden sich die Steuerstäbe und ca. 650.000 Brennelementkugeln, die allmählich durch den Reaktor wandern und über den unteren Trichter ausgeschleust werden können. Die Kugeln werden durch Helium gekühlt, das von oben nach unten zwischen den Brennelementen hindurch strömt, wobei das Gas eine Temperatur von knapp 1.000° C annimmt bei einem Druck von ca. 40 bar.

Der Reaktorkern ist mit hochtemperaturfestem Grafit ausgekleidet. Das heiße Helium dient dazu, in geeigneten Öfen Kohle zu vergasen. Dabei sinkt seine Temperatur auf ca. 500° C. Die Restenergie dieses abgekühlten Heliums wird verwendet zur Erzeugung von hochgespanntem Dampf, mit dem über eine Turbine Elektrizität erzeugt wird. Ca. 90 % der Reaktorleistung dienen der Kohlevergasung, 10 % werden für die Erzeugung von Strom verwendet. Im HTR wird kein Plutonium erzeugt. Dieser Reaktor ist absolut betriebssicher. Die radioaktiven Zerfallsprodukte sind sicher in den grafitbeschichteten Partikeln eingeschlossen.

Die Entwicklung dieses Reaktors THTR 300 in Hamm-Üntrop wurde 1989 aus politischen Gründen in Deutschland eingestellt. Südafrika und China haben die Blaupausen der Technik übernommen. Die Serienproduktion des HTR soll 2011 in Südafrika beginnen, um vor allen Dingen Märkte in Entwicklungsländern zu bedienen.

3. Radioaktivität

Durch die Spaltung von U 235 und Pu 239 entstehen erhebliche Mengen an stark strahlenden Substanzen. Deren hochenergetische Strahlungen (Alpha-Teilchen, Beta-Teilchen, Gamma-Strahlen, Neutronen) können die DNS-Moleküle der menschlichen Zellen beschädigen, welche die Baupläne der biologischen Zellen enthalten. Leben, also die DNS-Moleküle gibt es seit drei Milliarden Jahren auf der Erde, als deren natürliche Radioaktivität noch wesentlich höher war als heute.

Die Biologie kennt seit dieser Zeit Methoden, Fehler der DNS-Strukturen zu reparieren, wenn sie nicht zu massiv auftreten wie bei einer Atombombenexplosion. Der Blitz einer explodierenden Atombombe - er ist heller als tausend Sonnen und dauert einige Sekunden - enthält außer der sehr intensiven Wärmestrahlung eine sehr starke hochenergetische Röntgenstrahlung, die den gesamten Körper durchdringt und dabei den größten Teil der DNS-Moleküle und andere Moleküle im Zellverband beschädigt. Das ist tödlich. Denn die neu entstehenden Körperzellen entstehen nach einem falschen Plan oder erfüllen nicht mehr ihre vorgesehenen Funktionen.

Die bei der Explosion einer Atombombe entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte sind im Augenblick der Explosion nicht wirksam, da sie mit der sehr heißen Luft im Explosionszentrum als Gase in sehr große Höhen transportiert werden, wo sie sich durch Luftströmungen weit verbreiten und allmählich als radioaktiver Niederschlag abregnen. Es muß also klar unterschieden werden zwischen der tödlichen Wärme- und Röntgenstrahlung einer explodierenden Atombombe und der radioaktiven Strahlung der Zerfallsprodukte, die ähnliche Strahler enthalten wie die Zerfallsprodukte eines Kernreaktors.

Wie schädlich ist diese radioaktive Strahlung?

Bei der Entwicklung der Röntgentechnik waren viele Forscher jahrzehntelang sehr hohen Dosen von Röntgenstrahlung ausgesetzt, was auf Dauer zu erheblichen Schäden an den betroffenen Körperteilen und Organen (z.B. Krebs) und sehr oft zum Tod führte. Ähnliche Schäden sind durch Leuchtziffern von Armbanduhren hervorgerufen worden, bei denen die Ziffern stark strahlende radioaktive Präparate enthielten. Vor allen Dingen die mit der Herstellung der Ziffernblätter Beschäftigten trugen im Laufe der Jahre erhebliche Schäden an den Händen davon.

Es ist bekannt, daß unsere Umwelt seit jeher radioaktiv ist.

Die allgegenwärtige natürliche Radioaktivität setzt sich zusammen aus der Bodenstrahlung, aus der Radioaktivität der Luft und aus der Höhenstrahlung. Die Bodenstrahlung wird verursacht durch die radioaktiven Elemente im Erdinneren, hauptsächlich Thorium Uran, Kalium. Sie bewirken zum großen Teil die hohen Temperaturen im Erdinneren. Die Radioaktivität der Luft entsteht durch radioaktive Gase, die aus dem Erdinnern kommen, hauptsächlich Radon (Radon 220 und Radon 222 sind Alpha-Strahler und Zerfallsprodukte von U 238 und Th 232). Die Höhenstrahlung ist eine extrem energiereiche Strahlung aus dem Weltraum, die vermutlich von Supernova-Explosionen herrührt. Pro Sekunde durchdringen ca. 10 dieser Teilchen den menschlichen Körper. Es ist nicht bekannt, daß durch diese natürliche Strahlung jemals ein Lebewesen geschädigt worden ist.

Die Strahlenwirkung auf den biologischen Organismus wird in rem gemessen. Das rem gibt die durch durchdringende Strahlung hervorgerufene Energieabsorption von 1 Gramm Körpergewebe an. ... Die natürliche Strahlenbelastung ... (für die Bevölkerung der USA ist z.B.) ... tausendmal größer als die durch Kernkraftwerke verursachte.

4. Wiederaufarbeitung und Endlagerung

Die Brennelemente des Druckwasserreaktors enthalten 3-5 % spaltbares U 235 sowie 95-97 % nicht spaltbares U 238. Der U 238-Kern fängt im Reaktor ein Neutron ein. Durch anschließende Emission von zwei Elektronen entsteht aus dem Uran 238 das Plutonium 239, das von Neutronen gespalten werden kann sowie die weiteren Plutoniumisotope Pu 240, Pu 241 (spaltbar) und Pu 242. Der Reaktor hat also neuen Brennstoff Pu 239 und Pu 241 erbrütet. Dieses Plutonium kann man aus den abgebrannten Brennelementen herauslösen und für die Herstellung neuer Brennelemente (oder von Atombomben) verwenden. Die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente hat folgende Ziele:

- Herauslösung des stark alpha-strahlenden Plutoniums aus den abgebrannten Brennelementen, das damit nicht in die Endlagerung kommt, sondern durch Kernspaltung für die Energiegewinnung verwendet wird,
- Gewinnung wertvoller radioaktiver Präparate, vor allen Dingen Transurane für die Medizintechnik.

Das spaltbare Plutonium wird allerdings von den Atommächten in großem Umfang für den Bau von Atombomben verwendet. Man braucht nur etwa 7 kg Plutonium, um eine Bombe zu fabrizieren. Je tausend Megawatt Reaktorleistung werden im Jahr etwa 250 kg Uran 238 in Plutonium umgewandelt.

Im Jahre 1964 wurde in Karlsruhe eine Prototyp-Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb genommen, 1971 die Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft KEWA gegründet. Ziel dieser Einrichtungen war es, optimale Verfahren für die Wiederaufarbeitung und Endlagerung zu finden. Nach dem heute üblichen Purex-Verfahren werden die abgebrannten Brennstäbe in kleine Stücke zerschnitten, ihr Inhalt in Salpetersäure aufgelöst. Mit chemischen Verfahren kann man nun Uran- und Plutoniumverbindungen voneinander trennen. Die Spaltprodukte werden in flüssiger Form in geeigneten Behältern zwischengelagert. Später konzentriert man sie und verglast sie mit Hilfe eines Glasbildners.

Dieser verglaste Abfall wird in 150-l-Behältern aus Spezialstahl verpackt. Die Behälter sollen in Deutschland in stillgelegten Salzbergwerken (Asse bzw. Gorleben) endgelagert werden, 600-1.000 m unter der Erdoberfläche. Diese Salzlager sind vor 200-300 Millionen Jahren entstanden, als urweltliche Meere austrockneten. Seitdem sind sie von der Biosphäre vollständig getrennt. Ein Kontakt zur Biosphäre kann nur durch Wasser bewirkt werden, welches, wenn es in den Salzstock eingedrungen wäre, das Salz aufgelöst und zum Verschwinden gebracht hätte.

In einem Kraftwerk mit einer Leistungsabgabe von 1.000 MW entstehen im Jahr etwa 2 Ku-

bikmeter verglaster Abfall. Diese Spaltprodukte strahlen nach einer Lagerzeit von 100 Jahren nicht stärker als Uranerz, da der größte Teil der Strahler zerfallen ist, wobei stabile Kerne entstanden sind.

Die im Kernreaktor erbrüteten Transurane (Plutonium, Americium usw.) haben allerdings Halbwertszeiten von vielen Millionen Jahren. In den USA wurde in den 80er Jahren das Truex-Verfahren entwickelt, bei dem die Transurane abgeschieden werden. Nur noch diese müssen verglast werden, so daß das Verglasungsvolumen nur noch 20 Liter beträgt statt der 2.000 Liter beim Purex-Verfahren. Die schwach- und mittelaktiven Abfälle werden in Zement eingebettet, was genau so sicher aber wesentlich billiger als die Verglasung ist.

Wie man sieht, waren die Probleme der Wiederaufarbeitung und Endlagerung gelöst.

Die 68er und die Grünen hingegen behaupteten das Gegenteil, unterstützt von allen Medien, einigen "Experten" und manchen Verwaltungen. Die deutschen Wiederaufbereitungsaktivitäten wurden eingestellt, die Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Reaktoren erfolgt seitdem für teures Geld in La Hague in Frankreich. Was war der Grund dafür, daß dauernd neue Verdächtigungen gegen die Wiederaufarbeitung und Endlagerung vorgebracht und die technischen Lösungen der Probleme nicht zur Kenntnis genommen wurden?

Erstens haben die Herrschaften die Technik nicht verstanden, zweitens sind Kernreaktoren ohne Endlagerungsmöglichkeiten radioaktiver Abfälle nicht denkbar und drittens wird bei der Wiederaufarbeitung spaltbares Plutonium gewonnen, mit dem sich die Uranvorräte erheblich strecken lassen, mit dem aber auch Atombomben hergestellt werden können. Das mit den Atombomben durfte man offen nicht sagen, denn unsere Freunde in USA, Frankreich, England, aber auch in Rußland oder China bauen ihre Atombomben mit Plutonium, das in ihren Kernreaktoren erbrütet wird. Also wurden nach bewährter Manier verschiedene Antiplutonium-Kampagnen inszeniert:

- Plutonium ist das schlimmste Gift,
 - Es verseucht die Welt für Milliarden Jahre mit seiner Radioaktivität,
 - Die "Plutonium-Wirtschaft" ist die größte Bedrohung, welche die Menschheit je erlebt hat.
- Diese Behauptungen sind purer Unsinn. Sie dienten nur dazu, die deutsche Energie-Autarkie zu verhindern. Durch die Nutzung des in den Reaktoren erbrüteten Plutoniums wäre die Energieversorgung in Deutschland sicherer und kostengünstiger geworden und das radioaktive Plutonium beseitigt worden.

Seit den 60er Jahren beschäftigte man sich zunächst in den USA, später auch in Europa mit der Entwicklung schneller Brüter, in denen aus Uran 238 durch Beschuß mit schnellen Neutronen das spaltbare Plutonium 239 hergestellt wird. Als Ausgangsmaterial für den Brutprozeß stand das Uran 238 zur Verfügung, das in den Kernreaktoren keine Verwendung fand. Das Uran hätte auf diese Weise für die Energiegewinnung zu ca. 70 % ausgenutzt werden können statt der ca. 0,5 % bei der alleinigen Nutzung von Uran 235 im Druckwasserreaktor. Auf diese Weise wäre die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert gewesen.

Der schnelle Brüter erzeugt Plutonium, das im gleichen oder einem anderen Kernreaktor zur Energiegewinnung verbraucht wird. In Deutschland ging der Schnelle Brüter SNR 300 in Kalkar am Niederrhein im Jahre 1981 in Betrieb, heftig beföhdet von 68ern und den Medien. Die Entwicklung des SNR 300 wurde daraufhin 1991 eingestellt.

Im September 1996 genehmigte die Bezirksregierung in Düsseldorf den Umbau der Reaktoranlagen zu einem Freizeit- und Vergnügungspark, wie die von den Anglo-Amerikanern gesteuerte Internetfirma Google (www.google.de) mit Befriedigung berichtet. Wenn die Deutschen wüßten, wie man sie verhöhnt!

Auch der im Abschnitt 2 (Kernkraftwerke) beschriebene Hochtemperaturreaktor ist ein Brüter. In ihm wird aus nicht spaltbarem Th 232 das durch langsame Neutronen spaltbare U 233 ge-

brütet. Der THTR 300 in Hamm-Uentrop wurde im September 1989 endgültig stillgelegt. Mit der durch die Anglo-Amerikaner provozierten Annullierung der großen Kernkraftprojekte in Buschir (Persien) und Angra dos Reis in Brasilien (siehe auch Abschnitt 8) und der Einstellung der Arbeiten am Hochtemperatur-Reaktor und am schnellen Brüter war die deutsche Nuklearindustrie zugrunde gerichtet.

Um einen Wiederaufbau zu verhindern, wurden gleichzeitig die großen Kernforschungsanlagen in Jülich und in Karlsruhe umfunktioniert. Sie durften sich fortan mit erneuerbaren Energien und Umwelttechnik beschäftigen. Der deutsche Michel klatschte Beifall, wie es ihm die Grünen und die Medien empfahlen. Die produzierende deutsche Wirtschaft ist seitdem auf Talfahrt, wie die Arbeitslosenstatistik beweist.

5. Brennstoffversorgung

Die 68er bezweifelten, daß es genügend Uran auf der Erde gebe zum Betrieb der Kernkraftwerke. Auch dabei haben sie sich getäuscht, nicht nur, weil sie den schnellen Brüter übersehen haben, der für sie nur ein Ungeheuer der Plutonium-Wirtschaft ist. Außerdem nahmen sie den Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 nicht zur Kenntnis, der mit Thorium betrieben wird.

Ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1 Gigawatt benötigt im Jahr ca. 175 Tonnen Natururan (0,7 % U 235, 99,3 % U 238), d.h. etwa 25-30 Tonnen angereichertes Uran. Diese Menge Uran ist leicht für mehrere Jahre speicherbar, während das bei einem ölbefeuerten Kraftwerk einer Leistung von 1 GW nicht möglich ist, da es 6.000 Tonnen Öl pro Tag benötigt.

Die mit geringen Kosten abbaubaren Uranvorkommen der Erde liegen bei ca. 6 Millionen Tonnen, die entsprechenden Thoriumvorkommen sind mindestens dreimal so hoch. Große Uranlager mit hohem Urangehalt gibt es in USA, Kanada, Australien, Afrika, Schweden, mächtige Thorium-Lagerstätten sind in Brasilien und Südindien. Im Durchschnitt enthält Granit 4 Gramm Uran pro Tonne und 11 Gramm Thorium pro Tonne, dispers verteilt im Gestein. In den Alpen z.B. liegen also unermessliche Vorräte an Uran und Thorium, deren Gewinnung allerdings teuer ist. Die Energieversorgung der Welt ist durch die oben genannten reichen Lager für viele hundert Jahre gesichert.

Das Meerwasser enthält etwa 3 mg Uran pro Kubikmeter, in den Ozeanen befinden sich also mehr als 4 Milliarden Tonnen Uran. Mit dem Thorium-Hochtemperaturreaktor also ist die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert, ebenso mit dem schnellen Brüter, da mit diesen Reaktoren die Uran- und Thoriumreserven der Erde voll ausgenutzt werden können.

Das Argument der 68er über die nicht ausreichenden Brennstoffvorräte für Kernreaktoren ist also falsch.

6. Tschernobyl

Ein Hauptargument gegen die Kernenergie lieferte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl südlich von Kiew am 26.4.1986. Was war dort geschehen? Die in der Sowjetunion verwendeten Reaktoren vom RBMK-Typ verwenden Grafit als Moderator zum Abbremsen der bei der Kernspaltung entstehenden schnellen Neutronen, Wasser dient nur zur Kühlung. Diese Reaktoren sind besonders geeignet zur Plutoniumherzeugung, sie sind nicht inhärent sicher wie die deutschen Druckwasserreaktoren. Sie schalten also nicht automatisch ab, wenn die Kühlung ausfällt, wie das beim Druckwasserreaktor der Fall ist. Ein Reaktor vom RBMK-Typ würde in Deutschland nicht zugelassen.

Am 25.4.86 wollte die Bedienungsmannschaft des Kernreaktors ohne Genehmigung durch die vorgesetzte Dienststelle feststellen, ob bei einem totalen Stromausfall alle Sicherheitssysteme funktionieren und die Kühlpumpen weiterlaufen. Das Notkühlsystem wurde außer Betrieb gesetzt, weil dieses den Reaktor während des geplanten Experiments abschalten würde.

Da während des Versuchs die Leistung des Reaktors durch eine Xenon-Vergiftung stark abge-

fallen war, wurden am frühen Morgen des 26.4.1986 sämtliche Kontrollstäbe entfernt. Sofort stieg die Reaktorleistung. Die Brennstäbe platzten, Kühlkanäle wurden zerstört. Es traten chemische Reaktionen des Wasserdampfs mit dem heißen Grafit auf. Dies führte zu Gasexplosionen und zum Brand des Grafits. Innerhalb einer Minute war der Reaktor zerstört. Allerdings traten nur 3,5 % des radioaktiven Inventars in die Atmosphäre, die meisten Spaltprodukte kondensierten an den Innenwänden des Reaktors.

31 Menschen wurden durch diese Katastrophe getötet, meist Angehörige der Feuerwehr und der Rettungsmannschaften. 24.300 Personen aus der nächsten Umgebung von Tschernobyl, die hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt gewesen sind, werden jetzt lebenslang regelmäßig untersucht.

Die amerikanische Presse berichtete von 2.200 Toten und hunderttausenden Verstrahlten, wie es die Herren der Finanzoligarchie wünschten, welche die Katastrophe geschickt für ihre Zwecke instrumentalisierten.

Diese Katastrophe von Tschernobyl war der Anlaß für eine weltweite Antikernkraft-Hysterie, die sämtliche Planungen der deutschen Nuklearindustrie zunichte machte. Sie kam den Anglo-Amerikanern gerade recht, um innerhalb von wenigen Jahren den Hochtemperaturreaktor und den schnellen Brüter lahmzulegen sowie das Brasilien- und das Irangeschäft der deutschen Nuklearindustrie unmöglich zu machen. Wie oben gezeigt wurde, war die Ursache der Katastrophe ein ungeeigneter Reaktor-Typ sowie das verantwortungslose Verhalten des Bedienungspersonals, das alle Sicherheitsvorrichtungen außer Betrieb setzte. Dies ist bei deutschen Reaktoren nicht möglich.

7. Terroranschläge

Als den 68ern gar nichts mehr gegen die Kernenergie einfiel, kamen sie auf die Idee mit den Terroristen oder man flüsterte sie ihnen ins Ohr. Die Terroristen sollten mit Panzerfäusten die Kernkraftwerke angreifen, als das nicht reichte mit Güterzügen voller Benzin und schließlich sollten richtige Jumbo-Jets in die Reaktoren hineinrasen.

Es ist möglich, daß terroristische oder kriminelle Aktionen gegen Kernkraftwerke oder andere nukleare Einrichtungen zukünftig unternommen werden, um Regierungen unter Druck zu setzen. Ein Angriff mit Kernwaffen auf derartige Einrichtungen ist wenig wahrscheinlich, da nur terroristische Staaten dazu in der Lage wären, die sofort mit Sanktionen zu rechnen hätten. Diebstahl von Plutonium oder hoch angereicherte Uran zum Bau von Atomwaffen setzt großen technischen Sachverstand und aufwendige Einrichtungen voraus.

Da solche Terroristen nicht dumm sind, werden sie einfachere Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele finden, z.B. können sie sich eine Atomwaffe aus den militärischen Arsenalen der Atomkräfte besorgen, in denen ca. 50.000 Atombomben lagern. Der Zugang zu den zivilen kerntechnischen Anlagen ist durch das Atomgesetz geregelt, das sehr weitreichende Schutz- und Sicherungsmaßnahmen vorsieht, die nicht hinter denen der militärischen Anlagen zurückstehen. Es ist für den Terroristen viel einfacher, sich Giftgas zu besorgen oder nach Anleitung eines Chemiebuches herzustellen. Auch biologische Waffen sind mit einfachen Einrichtungen und kostengünstig zu produzieren.

8. Unwirtschaftlichkeit der Kernenergie

In den 70er und 80er Jahren sind in Deutschland die modernsten Kernreaktoren und Nuklear-techniken entwickelt worden, die auch für den Export geeignet waren. Unter anderem wurden Verträge mit Brasilien (Juni 1976) über die Lieferung von acht Kernkraftwerken nach Angra dos Reis sowie die dazu nötigen Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen abgeschlossen und Verträge mit Iran (Oktober 1977) über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken von je 1,3 GW nach Buschir sowie vier weitere nach Isfahan und Saveh.

Diese Verträge fanden nicht die Billigung unserer anglo-amerikanischen Freunde. Nicht aus Kostengründen, sondern auf Grund von massivem diplomatischem Druck aus den USA und

von Randalen auf den Straßen deutscher Städte wurden diese Verträge annulliert. Sie hätten der deutschen Nuklearindustrie einen großen Vorsprung vor der amerikanischen Konkurrenz verschafft.

Diese Aufträge und weitere Projekte der deutschen Nuklearindustrie gefährdeten die Erdölinteressen der Anglo-Amerikaner, die ihre seit über hundert Jahren verfolgten Weltherrschaftspläne bedroht sahen. Deswegen und weil sie Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion einiges vorhatten, mußte die deutsche Industrie über den Hebel der Nuklearindustrie entscheidend geschwächt werden. Das Manöver ist dank der Hilfe der 68er und ihrer Hintermänner gelungen. Daß viele von denen wußten, um was es im Grunde ging, konnte man an den Parolen auf Häuserwänden erkennen, z.B. "Deutschland verrecke".

Um die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie zu verbessern, wurden in Deutschland seit den 60er Jahren erhebliche Anstrengungen gemacht, in Zusammenarbeit zwischen Staat, Industrie und Forschung neue kostengünstige und sichere Kernreaktoren und Nukleartechniken zu entwickeln, z.B. den mit Thorium betriebenen Hochtemperatur-Reaktor THTR 300, den schnellen Brüter SNR 300, die Gasultrazentrifuge zur Urananreicherung, die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente, die Endlagerung usw. Dazu einige Anmerkungen.

Der THTR 300

Der Baubeginn für den THTR 300, dessen elektrische Leistungsabgabe ca. 300 Megawatt betrug, war im Mai 1971. Die Fertigstellung wurde durch immer neue Einsprüche und Änderungen der Genehmigungsbedingungen behindert. Trotzdem gab der THTR 300 seit November 1985 Strom ans Netz. Im September 1989 wurde der THTR 300 stillgelegt.

Der SNR 300

Die Planungsarbeiten an dem schnellen Brüter SNR 300, der von Deutschland, Belgien und Holland in Kalkar am Niederrhein errichtet wurde, liefen seit 1967. Der Brutreaktor mit einer elektrischen Leistungsabgabe von 300 Megawatt wurde 1981 in Betrieb genommen und 1991 stillgelegt.

Die Gasultrazentrifuge

Seit Ende der 60er Jahre wurde in Deutschland an der Vervollkommnung des Urananreicherungsverfahrens durch die Gasultrazentrifuge gearbeitet. 1977 wurde eine Prototypanlage in Almelo in Holland in Betrieb genommen, 1985 die Anlage in Gronau. Auf diese Weise war das sehr teure und energieaufwendige amerikanische Anreicherungsverfahren - das Gasdiffusionsverfahren - überflüssig. Damit waren die Amerikaner nicht mehr die alleinigen Lieferanten von angereichertem Uran, so daß sie den Kernenergiemarkt nicht mehr beherrschten. Da im Laufe des Projekts Briten und Holländer in die Zentrifugentechnik eingebunden wurden, konnte die Anreicherungsanlage nach ihrer Fertigstellung nicht einfach verboten werden. Sie läuft also noch und produziert angereichertes Uran.

Der gesamte Kernbrennstoffkreislauf ist somit rentabel, von der Urangewinnung über die Anreicherung, Brennelementeherstellung, den Reaktorbetrieb bis zur Wiederaufbereitung und Endlagerung. Der normale Druckwasserreaktor hat nach ca. zwei Monaten Betrieb soviel Energie erzeugt wie seine Herstellung gekostet hat. Der elektrische Strom aus Kernkraftwerken ist seit vielen Jahren billiger als der aus konventionellen Kraftwerken.

9. Folgerungen

Den Anglo-Amerikanern ist es mit Hilfe der Grünen und der Medien gelungen, innerhalb von zehn Jahren die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten, die für unsere Energieversorgung und unser Überleben notwendig war. Die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und des schnellen Brüters wurde eingestellt, wichtige Auslandsaufträge zum Aufbau der Infrastruktur in Brasilien und im Iran wurden durch Druck aus New York annulliert, um die deutsche Nuklearindustrie zu schwächen und die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu halten.

Die Antikernkraftkampagnen wurden von New York aus ferngesteuert. Sie dienten dazu, die

deutsche Nuklearindustrie zu vernichten. Ihr Ziel war nicht die Sorge um das Wohlergehen des deutschen Bürgers, wie man uns weismachen will. Die von den 68ern und Grünen benutzten Argumente sind ohne Substanz und dienen nur dazu, Angst zu verbreiten. Die grünen Thesen zur Kernenergie sind den 68ern mit suggestiven Methoden so in ihre Gehirne eingehämmert, daß Begriffe wie Kernkraftwerk, Plutonium, Castorbehälter usw. bei ihnen zu reflexartigen Reaktionen führen wie bei den Pawlowschen Hunden unter Umgehung des Verstandes und der Großhirnrinde. Dies ist sehr schwierig reparierbar, wie moderne Erkenntnisse der Biologie beweisen.

Die Medien wenden seit Jahrzehnten diese Methoden der Gehirnwäsche an

Erstaunlich ist, daß dies nicht mehr nur auf historischem Gebiet geschieht, sondern neuerdings auch auf naturwissenschaftlich-technischem. Nur eine unverzügliche Wiederaufnahme der Kernenergietechniken, die man Ende der 80er Jahre aufgeben mußte, kann Deutschland noch retten. Die Drohungen aus New York dürften uns dabei nicht hindern.

Wissenschaftler und Ingenieure haben den Weg zum Aufbau einer friedlichen Welt ohne Armut gezeigt. Die jetzige Erdölwirtschaft der Globalisierer führt mit Sicherheit in den Abgrund, in Krieg und Chaos, Mord und Verderben.

Nicht mit einer mächtigen Armee überleben wir die kommende Krisenzeit, sondern mit der richtigen Energietechnik für die ganze Welt. Joachim Fernau sagt 1977 in seinem Buch "Halleluja": Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten, und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen.

Joachim Fernau irrt. Die Menschheit wird viel schneller zugrunde gerichtet.<<

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgerneht derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost " berichtete am 30. Juni 2011: >>**Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022**

Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 - als erste führende Industrienation.

Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.

Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.

Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.

SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel, CDU, und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz EEG zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampfthema wird damit im breiten Konsens befriedet. ...<<

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtete später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>**Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?**

Solarenergie und Windenergie fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.

Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.

Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen. Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie - letzteres in Brennstoffzellen. Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.

Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß

diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.

Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.

Aber man tut es nicht! Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kohlekraftwerke und Kernkraftwerke, die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz ins Netz speisen können.

Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergie-technik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.

Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Hy-solar-Projekte an der Universität Stuttgart, das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neunburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftsweisenden Entwicklungsaktivitäten.

Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht, wie z.B. Tankstellen.

Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.

Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit berichtete am 30.

April 2018 über den Atomausstieg (x1.002): >>**Milestones des Deutschen Atomausstiegs**

2000: Bundesregierung (SPD, Grüne) verhandelt eine Ausstiegsvereinbarung mit den 4 EVU (im sogenannten "Atomkonsens" werden sogenannte "Reststrommengen" mit den 4 EVUs vereinbart)

2002: Atomausstiegsgesetz tritt in Kraft

Dezember 2010: Mit dem Elften Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes der Bundesregierung von CDU/CSU und FDP werden die Laufzeiten verlängert. Die AKWs sollen durchschnittlich zwölf Jahre länger Strom produzieren

März 2011: Reaktorkatastrophe von Fukushima

März 2011: Moratorium (alle 17 AKW in Deutschland werden auf Sicherheit überprüft, 8 AKW werden vorübergehend vom Netz genommen)

Sommer 2011: Der Bundestag beschließt im parteiübergreifenden Konsens (CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne) mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes den beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie: 8 AKW wird Berechtigung zum Leistungsbetrieb entzogen, für die anderen 9 AKW werden gestaffelte Enddaten eingeführt; die letzten drei AKW werden spätestens 2022 vom Netz gehen.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 43 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Dieses Sonderheft ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x087/79) = Der rote Holocaust und die Deutschen, Seite 79.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen</u> . Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick</u> . GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: Verraten - verkauft - verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Tiefer Staat</u> . Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Spezial Nr. 24. Werder (Havel) 2019.

x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x355	Barmettler, André (Hg.): <u>Die hybride Kriegsführung</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.
x359	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Dresden 1945</u> . Die Toten, die Täter und die Verharmloser. COMPACT-Geschichte Nr. 9. Werder (Havel) 2020.

Internet

x858	http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/ - Oktober 2015.
x864	http://horst-koch.de/erneuerbare-energie-gegen-kernenergie/ - Januar 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x880	http://horst-koch.de/europa-vatikan-u-die-neue-weltordnung/ - Dezember 2016.
x882	http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info ... - Februar 2018
x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/ - November 2019
x948	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/11/04/die-europaeische-union-von-anfang-an-instrument-der-us-geostrategie/#more-5772 - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.002	https://www.bmu.de/ (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) - März 2021
x1.004	https://charismatismus.wordpress.com - April 2021
x1.010	https://www.stmichael-online.de/klimaluege1.htm - April 2021
x1.011	https://www.stmichael-online.de/opium.htm - April 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021